TILO GIESBERS/ANIKA TASCHKE

RÄT*INNEN GEGEN RECHTS

UMGANG MIT RECHTEN IN KOMMUNALEN GREMIEN

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Tilo Giesbers und Anika Taschke

RÄT*INNEN GEGEN RECHTS

UMGANG MIT RECHTEN IN KOMMUNALEN GREMIEN

INHALT

Vorwort: Kommunalpolitik braucht mutige Menschen – gerade jetzt! 6

1 Einleitung 9

2 Rechte Akteur*innen in kommunalen Gremien 17
2.1 Rechte Parteien nach 1945 18
2.2 Aktuelle Situation 20
2.3 Regionale Unterschiede 22
2.4 NPD und Co. 25
2.5 Republikaner und Pro 26
2.6 Kleinstparteien, Einzelbewerber*innen und Wählergemeinschaften 26
2.7 Extrem Rechte in etablierten Parteien 28
2.8 Weitere Akteur*innen 29
2.9 Ausblick auf die Kommunalwahlen 2019 30

3 Thematische Aktionsfelder rechter Akteur*innen 35
3.1 Sozialpolitik 37
3.2 Sozialchauvinismus 38
3.3 Kinder- und Jugendpolitik 39
3.4 Anti-Gender und LGBTIQ*-Feindlichkeit 40
3.5 Bildungspolitik 42
3.6 Gesundheitspolitik 43
3.7 Rechts- und Innenpolitik 44
3.7.1 Drogenpolitik 44
3.7.2 Bürgerdienste 44
3.7.3 Polizei/Geheimdienste 45
3.7.4 Schöffenwahlen 45
3.8 Wirtschaftspolitik/Rekommunalisierung 45

3.9 Lobbyismus-/Korruptionskritik 46
3.10 Verkehr/Autofahrer-Lobby 46
3.11 «Kümmerer»-Themen 47
3.12 Umwelt- und Naturschutz 47
3.13 Internationales/EU 48
3.14 Plebiszite/Partizipation 49
3.15 Asyl/Geflüchtete/Migration 50
3.16 Feindbild Islam 52
3.16.1 Sakralbauten 52
3.16.2 Ernährung, Tierhaltung und Artenschutz 52
3.16.3 Sport 53
3.17 Verschwörungsmythos «Umvolkung»/«Deutschenfeindlichkeit» 54
3.18 Anti-Antifa/Anti-Zivilgesellschaft 55
3.19 Gewerkschaften 56
3.20 Kultur 57
3.21 Political Correctness 58
3.22 «Lügenpresse» 59
3.23 «Alternativmedien» 61
3.24 Antisemitismus 61
3.25 Erinnerungskultur und Geschichtspolitik 63
3.26 Weitere NS-Relativierungen 65
3.27 Sonstige Geschichtspolitik 67
3.28 Antikommunismus 67

4 Umgang mit rechten Akteur*innen in kommunalen Gremien 71
4.1 Grundsätzlicher persönlicher Umgang 73
4.1.1 Begrüßung/Handgeben 73
4.1.2 Small Talk 74
4.1.3 Distanzierung 74
4.2 Öffentliche Veranstaltungen 75
4.2.1 Rechte im Publikum 76
4.3 Gremienarbeit 76
4.3.1 Berliner Konsens 76
4.3.2 Schweriner Weg 77
4.4 Fraktionsbildung 79
4.5 Wahlen von Personen in Gremien und Positionen 80
4.6 Konstituierung 80
4.7 Gremien und Ämter 81
4.8 Redebeiträge und Befassung mit Anträgen 83

Interview mit Katja Wolf: «Ich habe
der NPD noch nie die Hand gegeben» 87

5 Haltung zeigen – Angebote schaffen 93
5.1 Ansprechbar sein und informieren 94
5.1.1 Sprechstunden 95
5.1.2 Infostände 95
5.1.3 Ämterbegleitung 95
5.1.4 Broschüren in einfacher Sprache 95
5.2 Vergabe von Räumen 96
5.3 Eigene Veranstaltungen 97
5.4 Kooperation mit anderen Fraktionen 98
5.5 Fortbildung, Information und Beratung 99
5.6 Projekte sichern und fördern 99

Anhang 102
Kontakte 102
Beratungsstellen 103
Archive 103
Weitere Informationen und Hintergrundrecherchen 103

Verwendete Literatur 104

VORWORT: KOMMUNAL-POLITIK BRAUCHT MUTIGE MENSCHEN – GERADE JETZT!

Seit mehr als 20 Jahren bin ich Stadtverordnete in Bernau bei Berlin. DIE LINKE ist seit mehreren Wahlperioden die stärkste Fraktion und stellt seit 2014 auch den Bürgermeister.

Es gab und gibt in Bernau keine Koalitionen. Für die allermeisten, die Kommunalpolitik gestalten und verantworten, steht die Sacharbeit im Vordergrund. Trotz durchaus auch gegensätzlicher politischer Positionen hat das Ringen um gemeinsame Lösungen Priorität. Leitend ist der Wille, für die Stadt und ihre Bürger*innen vernünftige Entscheidungen zu treffen. So wurde mancher Antrag fraktionsübergreifend auf den Weg gebracht. Nach anstrengenden Sitzungen trifft man sich hin und wieder auch mal auf ein Glas Bier. Es ist nicht unüblich, dass an öffentlichen Sitzungen der Fraktion DIE LINKE auch Mitglieder anderer Fraktionen teilnehmen.

Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten findet in Bernau bisher außerhalb der Stadtverordnetenversammlung bei Straßenfesten oder auch Straßenblockaden statt. Eine in dieser Wahlperiode gewählte Vertreterin der NPD ist inzwischen längst ausgeschieden. Es steht aber zu befürchten, dass es nach den Kommunalwahlen in Brandenburg im Mai 2019 auch in Bernau eine Fraktion der extremen Rechten geben wird. Darauf werden wir uns einstellen und der Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunalpolitiker*innen spielt dabei eine wichtige Rolle. Zur Vorbereitung auf diese mancherorts neue Situation soll die vorliegende Broschüre beitragen.

Es wird darauf ankommen, auch in Zukunft Themen rechtzeitig zu besetzen und sie stark zu machen. Früher war die PDS die «Kümmererpartei», das sollte DIE LINKE wieder werden. Eine der vordringlichsten Aufgaben von Kommunalpolitiker*innen bleibt es deshalb zu wissen, was die Leute bewegt, im Gespräch zu bleiben, auch zwischen den Wahlen, und Sprechstunden in unterschiedlicher Form anzubieten – in Bernau heißt das: Sprechstunden unterm freien Him-

mel, «Rotes Frühstück», öffentliche thematische Fraktionssitzungen in Stadt- und Ortsteilen oder Sprechstunde unterm Weihnachtsbaum … Zu diesem «Kümmern» gehört es auch, Vereine, Initiativen und andere Räume der Zivilgesellschaft nicht den Rechten zu überlassen.

Noch wichtiger als bisher wird die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Fraktionen werden. Dazu muss man nicht zwingend Koalitionen bilden, unverzichtbar ist es aber, sich abzustimmen und sich gemeinsam von Rechten zu distanzieren. Dass es jenseits parteipolitischer Differenzen einen geteilten demokratischen Konsens gibt, der politische Kultur im Umgang miteinander ein- und rechte Pöbeleien ausschließt, dies deutlich zu machen – vor allem auch nach außen – wird zukünftig noch wichtiger sein als bislang.

Zu dieser politischen Kultur gehört es auch, nicht über jedes Stöckchen zu springen, das einem hingehalten wird. Manches kann man ins Leere laufen lassen oder mit Ironie kommentieren. Eine klare und unmissverständliche Abgrenzung von völkischen, rassistischen und sexistischen Äußerungen ist dagegen zwingend und muss öffentlich erfolgen. Dabei ist der Blick nicht nur auf die gewählten Vertreter*innen zu richten. Breites zivilgesellschaftliches Engagement, wie in Initiativen für Weltoffenheit und Toleranz, stärkt eine gegen rechts gerichtete politische Grundstimmung in der Kommune und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbreitung von Informationen und zur Aufklärung. Gedenktage wie der 27. Januar oder der 9. November sollten dem emotionalen Erinnern dienen, die Geschichte der eigenen Kommune könnte nach antifaschistischen Bezugspunkten durchforscht werden.

Die Tatsache, dass künftig extreme Rechte wahrscheinlich verstärkt in den Kommunen vertreten sein werden und dort ihre Möglichkeiten nutzen werden, sollte uns nicht verunsichern. Ich danke daher den Verfasser*innen für diese sehr gelungene, informative und ermutigende Broschüre.

Dr. Dagmar Enkelmann,
Vorstandsvorsitzende der
Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Berlin, Februar 2019

1 EINLEITUNG

Am 20. Januar 2018 hielt Björn Höcke in Eisleben (Sachsen-Anhalt) eine Rede, in der er zwischen islamfeindlichen Tiraden auch seine Machtfantasien durchblicken ließ: «Unsere zukünftige Volkspartei ist die letzte Evolutionäre Chance für unser Vaterland […]. Wir werden die Macht bekommen – und dann werden wir das durchsetzen, dann werden wir das durchsetzen, was notwendig ist, damit wir auch in Zukunft noch unser freies Leben leben können.»[1] Von den Medien weitgehend unbeachtet, nahm er auch auf die kommenden Kommunalwahlen Bezug:

«Und das Dritte und Letzte, das mir Antonio Gramsci mitgegeben hat, dass ist die klassische Entscheidung zwischen der bürgerlichen Gesellschaft und der politischen Gesellschaft. Liebe Freunde, jenseits der Parlamente, jenseits der Verwaltungsapparate dieses Staates wird der Zeitgeist geprägt. Und nur wenn man den Zeitgeist beherrscht, kann man die kulturelle Hegemonie erwerben, und nur wenn man die kulturelle Hegemonie erworben hat, wie das die 68er und in Folge die Alt-68er getan haben, kann man irgendwann und wirklich langfristig die politische Macht erwerben. Das heißt, wir müssen rein in die bürgerliche Gesellschaft – und das wäre eine Bitte, die ich heute Abend hier zum Ausdruck bringen will: Wir Patrioten, liebe Freunde, wir müssen rein, wir müssen rein in die Schützenvereine, wir müssen rein in Jagdgenossenschaften, wir müssen rein in die Kirchengemeinden, wir müssen rein in die Kirmesgesellschaften, da müssen wir überall rein, um uns die bürgerliche Gesellschaft zurückzuholen, und wir werden uns die bürgerliche Gesellschaft zurückholen. Und parallel dazu müssen wir natürlich die politische Gesellschaft durchdringen. Die AfD ist ja von oben nach unten mit den großen Themen gewachsen, und zwar so schnell und kräftig gewachsen wie keine andere Partei vor ihr seit 1945. Eine unglaubliche, ja als historisch zu bezeichnende Erfolgsgeschichte, auf die wir zurückblicken können als AfD. Und jetzt, liebe Freunde, muss ein gegenläufiges Wachstum erfolgen: von unten nach oben. Jetzt müssen wir die kommunalpolitische Ebene in Angriff nehmen und ich glaube, die heutige Veranstaltung dient ja auch dazu, den Kommunalwahlkampf

1 Dpa: Höcke in Eisleben. Landeschef will Islam nach Machtergreifung in Türkei bekämpfen, in: Mitteldeutsche Zeitung, 28.1.2018, unter: www.mz-web.de/eisleben/hoecke-in-eisleben-landeschef-will-islam-nach-machtergreifung-in-tuerkei-bekaempfen-29572096.

hier in Sachsen-Anhalt – und in Thüringen werden wir ihn auch in Kürze eröffnen – entsprechend zu starten. Wir müssen überall dort, wo wir gute Leute haben – und die Betonung liegt auf gute Leute, denn Qualität ist der Quantität vorzuziehen – überall dort müssen wir jetzt rein: in die Landratsämter, in die Kreistage, in die Stadträte, wir müssen Bürgermeister stellen. Das ist jetzt unsere Aufgabe.»[2] Höckes Worte müssen als Drohung verstanden werden. Sie zeigen das Selbstbewusstsein einer extremen Rechten, die sich kurz vor der Machtübernahme wähnt. Und dass nicht ohne Anlass: Ob auf den Philippinen, in den USA, Ungarn, Österreich, der Türkei oder zuletzt in Brasilien – in den letzten Jahren ist die Gesellschaft in vielen Teilen der Welt deutlich nach rechts gerückt. Auch in Deutschland erleben wir nicht erst seit der vielbeschworenen «Grenzöffnung» 2015 einen lauter werdenden Rassismus, dem in den Medien und in der Politik – wieder einmal – das Wort geredet wird, anstatt ihm entschieden entgegenzutreten. Man müsse «mit Rechten reden», heißt es oft. Wieder einmal wird nicht oder nur zögerlich verstanden, dass Rechte immer schon meinten, was sie sagen: Wenn ein Alexander Gauland ruft, «Wir werden sie jagen!», dann meint er damit nicht nur die Regierung Merkel, sondern greift die freie Gesellschaft als Ganzes an.

Mit den «Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes» (Pegida) und zunehmender rechter Gewalt führt die extreme Rechte den Kampf auf der Straße. Mit eigenen Printmedien, Internet-Trollen und «Bürgerdialogen» führt sie den Kampf um die Köpfe. Und mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und anderen Akteur*innen wird der Kampf um die Parlamente und in den Parlamenten geführt. Die Situation erinnert an das alte «Drei-Säulen-Konzept» der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und auch an die später hinzugekommene vierte Säule, den «Kampf um den organisierten Willen», also der Bündelung der vielfältigen rechten Organisationen.[3] Neonazi-Hooligans laufen bei Demonstrationen – nicht nur wie in Chemnitz im September 2018 – einträchtig neben AfD-Politiker*innen, Holocaustleugner*innen neben «Wutbürgern», «Lebensschützer» neben NPD-Funktionär*innen und Burschenschaftlern. Der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Jens Maier verdeutlichte im Juni 2018 in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag den Führungsanspruch seiner Partei in dieser rechten Bewegung: «Mit der AfD ist eine Kraft in diesem Land aufgewacht, die weder Sie noch irgendein anderer aufhalten kann.»[4] Maier wird bewusst sein, dass er damit die in Deutschland verbotene SA-Parole «Deutsch-

2 Höcke, Björn: Rede in Lutherstadt Eisleben, 20.1.2018, unter: www.youtube.com/watch?v=SjqdFggKRjw. **3** Brandstetter, Marc: Die vier Säulen der NPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2006, unter: www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2006/september/die-vier-saeulen-der-npd. **4** Wiegel, Gerd: Zwischenbilanz, in: der rechte rand 173, Juli/August 2018, unter: www.der-rechte-rand.de/archive/4017/zwischenbilanz-afd/.

land, erwache!» aufgegriffen hat. Er ist Richter.

Im Jahr 2019 haben AfD und Co. reichlich Gelegenheit, Höckes Worten Taten folgen zu lassen. Parallel zur Europawahl werden in Bremen alle Gremien, in Hamburg die Bezirksversammlungen und in acht Flächenländern nahezu alle kommunalen Gremien neu gewählt: in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Auch einige Posten von Wahlbeamt*innen wie Landrät*innen und Bürgermeister*innen werden neu vergeben. Im Jahr danach folgen noch die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Aber um wie viele Gremien und Mandate geht es eigentlich? Selbst die Landeswahlleitungen können hierzu nur punktuell Auskunft geben. Unsere Zählung ergab, dass es in den 401 Landkreisen und kreisfreien Städten, rund 11.000 Städten und Gemeinden, in Gemeindeverbänden, Bezirken und Gemeindeteilen bundesweit ungefähr 21.500 direkt zu wählende Kommunalvertretungen mit rund 260.000 Mandaten gibt. Im Jahr 2019 wird ungefähr jeder zweite Sitz neu vergeben: gut 125.000 in rund 12.700 Gremien.[5] Viele demokratische, insbesondere linke Kommunalpolitiker*innen stehen derzeit vor besonderen Schwierigkeiten. Für einige gehören rechte Akteur*innen inzwischen zum politischen Alltag – für andere hingegen wird es das erste Mal sein, dass völkisch-nationalistische und autoritäre Rechte in den Sitzungssaal und die Ausschüsse einziehen. Umso dringlicher stellt sich die Frage, wie mit rechten Akteur*innen in- und außerhalb von kommunalen Gremien umzugehen ist. Die Herausforderungen für Kommunalpolitiker*innen bestehen darin, sich Rassismus klar entgegenzustellen und mit anderen demokratischen Akteur*innen gemeinsame Absprachen zum Umgang in den Gremien zu finden, um rechte Propaganda in demokratisch legitimierten Gremien zu entlarven, sie klar zu benennen und keine Normalisierung im politischen Alltag zuzulassen.

Dafür ist es unumgänglich, dass alle linken Politiker*innen die ihre Politikfelder betreffenden Positionen der Rechten kennen. Ein wohlverstandener Antifaschismus ist auch in der Kommunalpolitik kein Thema für Spezialist*innen, sondern muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Trotzdem sollte der Erfahrung und dem Wissen von Spezialist*innen vertraut und wenn möglich ein Austausch mit meist bestens informierten antifaschistischen Gruppen der jeweiligen Region etabliert werden. Davon profitieren in der Regel beide Seiten.

Zum Kampf gegen rechts gehört es selbstverständlich, sich nicht an der Entwicklung eigener Politikangebote hindern zu lassen, sondern gerade jetzt deutlich für eine

5 Genaue Angaben sind nicht möglich. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein werden gegebenenfalls Ausgleichsmandate vergeben. Manche Gemeindeteilvertretungen werden wiederum aufgrund fehlender Kandidierender gar nicht oder nur teilweise gewählt werden.

menschliche Gesellschaft und soziale Verbesserungen einzutreten. Gerade in Kenntnis rechter Denkmuster kann dies noch selbstbewusster geschehen. Und linke Akteur*innen in den Kommunen müssen noch mehr als bisher verstehen, dass Vernetzung wichtig ist: mit emanzipatorischen und kämpferischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Verbänden aller Lebensbereiche auf kommunaler Ebene einerseits und mit energischen Genoss*innen aus anderen Kommunen, auf Landes-, Bundesebene und europäischer Ebene andererseits.

Auf der kommunalen Ebene geht es auch um die Umsetzung von Bundes- und Landesgesetzgebung, aber vor allem um Problemlösungen vor Ort. Hier besteht für viele Menschen die Möglichkeit zur direkten Kontaktaufnahme. «Kommunalpolitik ist die Königsdisziplin», sagt Katja Wolf, Oberbürgermeisterin von Eisenach im Interview (→ Seite 87). In Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten, Ortsbeiräten oder Bezirksverordnetenversammlungen, Stadtverordnetenversammlungen, Bezirksräten und -versammlungen spielt sich Alltagspolitik ab, die für viele Menschen leichter zu (be-)greifen ist als Landes-, Bundes- oder Europapolitik. Diese soziale Nähe ist die Stärke der Kommunalpolitiker*innen. Das wissen rechte Akteur*innen nur allzu gut, denn oft geben sich AfD, NPD und Co. als «Kümmerer» aus und heften sich damit genau das Etikett an, das auch eine Partei wie DIE LINKE für sich in Anspruch nimmt. Linke Politik muss hier also den Unterschied klar und deutlich machen, indem sie solidarische statt völkisch-nationale, demokratische statt autoritäre sowie integrative statt ausgrenzende Ansätze liefert. Linke, progressive Kräfte und Akteur*innen müssen Politik für alle Menschen gestalten, für Migrant*innen, für Frauen, Homo- und Transsexuelle, für Menschen mit Behinderung, Erwerbslose, Wohnungs- und Obdachlose und Alleinerziehende – kurz: für eine Gesellschaft, in der sich keine*r gegen andere ausspielen lässt. Dafür kämpfen antifaschistische und humanistische Kommunalpolitiker*innen, ob allein, zu zweit oder in einer großen Fraktion.

Noch einige grundsätzliche Bemerkungen zu Wortwahl und Schreibweisen in dieser Broschüre:

Wir finden die Begriffe Rechtsextremismus und Rechtspopulismus problematisch und verwenden sie nur in Zitaten. Das Konzept, radikale, politische Einstellungen mit dem Wort «Extremismus» an den viel zitierten «Rändern» links und rechts neben der demokratischen «Mitte» zu verorten, ignoriert die Tatsache, dass Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit oder Chauvinismus, also Ideen, die von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen, immer schon in allen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten vorhanden waren. Diese Ignoranz ist in unseren Augen ein Teil des Problems, das sich in den aktuellen, rassistischen Mobilisierungen von «Nein zum Heim»-Initi-

ativen über Pegida bis zur AfD zeigt. Die Ereignisse der letzten Jahre haben lediglich sichtbar werden lassen, was immer schon da war und eben nicht konsequent genug bekämpft worden ist. Außerdem ist es aus unserer Sicht mindestens zynisch, Forderungen nach Gleichberechtigung, nach Freiheit der/des Einzelnen in einer Gesellschaft der Freien mit ihrem exakten Gegenteil gleichzusetzen.

Der Begriff Rechtspopulismus wiederum gibt zwar implizit zu, dass problematische Einstellungen «im Volk» (*populus* = lateinisch: «das Volk») vorhanden sind, dem quasi nach dem Mund geredet werden würde. Andererseits verharmlost es die Situation: «Populär» hört sich so ungefährlich an. Popularitätswerte sind heute wichtig, Popmusik hören viele. Auf den Inhalt wird dabei kaum noch geachtet. «Populismus» beschreibt also bestenfalls eine Methode. Ein politisches Phänomen wird damit aber entpolitisiert. Es braucht deshalb endlich wieder einen genauen Blick auf die Verhältnisse, eine schonungslose Problemanalyse.

Es gibt viele richtige Begriffe, um die verschiedenen Rechten zu bezeichnen. Wir haben es mit christlichen Fundamentalist*innen und selbsternannten «Lebensschützern» zu tun, mit völkischen Nationalist*innen, Antisemit*innen und Rassist*innen, mit Leugner*innen des Klimawandels und Autolobbyist*innen, Frauen- und Homofeind*innen, mit neoliberalen Wohlstandschauvinist*innen, mit Militarist*innen und Revisionist*innen, mit angeblichen «Neurechten» und Burschenschaftlern, mit Faschist*innen und Neonazis. Sie sollten auch so genannt werden.

Wenn im Folgenden allgemeine Begriffe wie extreme Rechte genutzt werden, ist das gesamte Spektrum gemeint.[6] Diese Broschüre kann nur Handlungs*empfehlungen* geben. Jede Person mit einem Mandat muss für sich selbst entscheiden, was sie sich selbst zumuten möchte und kann und welche Risiken sie einzugehen bereit ist. Die Empfehlungen sollen all denjenigen eine Unterstützung sein, die sich den Herausforderungen stellen und sich

6 Begriffe sind immer umstritten. Zudem erfahren sie im Laufe der Zeit auch Wandlungen. Häufig werden sie aber auch vereinnahmt und in ihr Gegenteil umgedeutet. Das gilt im gegenwärtigen Sprachgebrauch im Deutschen insbesondere für die Begriffe «Zivilgesellschaft» und «Demokratie». Wie in der Einleitung zu dieser Broschüre zitiert, bedienen sich auch Leute wie der Thüringer AfD-Fraktionschef Björn Höcke dieser Begriffe und er beruft sich etwa bei «Zivilgesellschaft» allen Ernstes auch noch auf den ursprünglichen Schöpfer des Begriffs, den italienischen Kommunisten und linken Vordenker Antonio Gramsci. Konjunktur hatte der Begriff Anfang der 2000er Jahre, als der damalige SPD-Kanzler Schröder die «Zivilgesellschaft» zum «Aufstand der Anständigen» aufrief. Auch er meinte sicher etwas anderes als Gramsci und linke Aktive, die an dem Begriff oft auch nicht vorbeikommen. Es muss nur im linken Diskurs klar sein, dass «unsere» Zivilgesellschaft eine zutiefst emanzipative, humanistische, (staats-)kritische, soziale und partizipative ist, die gesellschaftliche Veränderung zum Besseren für alle in einem staatsfernen, egalitären und friedlichen Aushandlungsprozess erkämpfen will und in diesem Sinne auch revolutionäres Potenzial hat. Eine völkische oder nationalistische Zivilgesellschaft, in der die repressive Staatsgewalt und ein rassistisch definiertes «Volk» angerufen werden, kann es aus linker Perspektive nicht geben – genauso wenig wie eine völkische Demokratie. Es wird darauf ankommen, dass sich die Linke die Begriffe nicht streitig machen lässt und auf einer klar emanzipatorischen Definition besteht (vgl. Candeias, Mario (Hrsg.): Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung, Bestimmungsansätze, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 24, Berlin 2018, unter: www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung/).

gemeinsam mit Kolleg*innen entschieden gegen Antidemokrat*innen in der Kommune positionieren und klare Kante gegen rechts zeigen wollen. Gleichzeitig möchten die nächsten Seiten verschiedene Möglichkeiten aufzeigen, mit welchen Mitteln in den Ausschüssen oder Ältestenratssitzungen, aber auch auf Veranstaltungspodien rechten Akteur*innen die Bühne für rassistische und hetzerische Redebeiträge genommen werden kann. Dabei bieten wir verschiedene Herangehensweisen an, mit den sehr unterschiedlichen Bedingungen vor Ort, den Personen und Netzwerken umzugehen.

Nichtstun ist keine Alternative! Es ist an der Zeit, dass alle linken, demokratischen Mandatsträger*innen und Initiativen sich gegenseitig unterstützen und auf allen parlamentarischen Ebenen, aber auch außerhalb der Sitzungen und Gremien, gegen rechts Haltung zeigen und Stellung beziehen. Das tägliche Paroli-Bieten, Gegenhalten, Enttarnen ist eine Aufgabe für viele Mandatsträger*innen geworden. Wir möchten, dass alle Leser*innen sich mit dieser Broschüre bestärkt fühlen, dass das Einstehen gegen Rassismus, Homophobie, Neonazismus und Nationalismus in den Gremien wichtig ist und mutige Menschen und Akteur*innen braucht. Dabei darf der Spaß am Lesen und der politischen Arbeit nicht zu kurz kommen.

Michaele Sojka, ehemalige Landrätin des Landkreises Altenburger Land in Thüringen für DIE LINKE, zeigt, dass eine klare Haltung auch mit Mandat möglich ist: «Natürlich hat man als Linke eine Haltung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ob mit oder ohne Amt. Das habe auch ich nie versteckt, im Gegenteil. Von 2012 bis 2018 konnte ich auch die spezifischen Möglichkeiten im Amt einer Landrätin nutzen, um Zusammenhänge deutlich zu machen, zu argumentieren bzw. auf aktuelle Ereignisse in meinen unzähligen Reden und Grußworten einzugehen. Viel darüber habe ich auch in den sozialen Medien kommuniziert.»[7] Wir möchten ermutigen, bestärken und auffordern, für eine solidarische, humanistische Kommunalpolitik mit den Menschen vor Ort gegen rechte Akteur*innen auf die Straßen zu gehen, Veranstaltungen durchzuführen und auch weiterhin für linke Politik einzustehen.

7 Interview mit Michaele Sojka, geführt von den Autor*innen am 6.1.2019.

2 RECHTE AKTEUR*INNEN IN KOMMUNALEN GREMIEN

2.1 RECHTE PARTEIEN NACH 1945

Rechte Parteien und Wählergemeinschaften in der Kommunalpolitik sind nicht neu. Schon in den späten 1940er und 1950er Jahren gab es zum Beispiel mit der Deutschen Partei (DP) und dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) zwei Rechtsaußen-Parteien, die in vier bzw. sechs Landtage einzogen und an drei bzw. fünf Landesregierungen beteiligt waren. In Niedersachsen stellte die DP sogar den zweiten Ministerpräsidenten. Beide Parteien waren bis 1960 auch an verschiedenen Bundesregierungen unter Konrad Adenauer beteiligt. Sicher durch ihre Erfolge auf Landes- und Bundesebene ermutigt, traten DP und GB/BHE in vielen Regionen der Bundesrepublik auch zu Kommunalwahlen an. In welchem Umfang sich andere, damals im Bundestag vertretene, rechte Parteien wie die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (DKP-DRP) oder die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) an Kommunalwahlen beteiligten, ist nicht bekannt.

In den folgenden Jahrzehnten gab es immer wieder neue, rechte bis neonazistische Parteien, die eine Zeit lang Wahlerfolge nicht nur in Landtagen, sondern auch in Kreisen, Städten und Gemeinden erzielten. So zog die 1964 gegründete NPD in sieben der damals zehn westdeutschen Landtage ein und verpasste den Einzug in den Bundestag 1969 mit 4,3 Prozent nur knapp. Verschiedenen Angaben zufolge kam die Partei in ihrer damaligen, ersten Hochphase auf viele Hunderte Kommunalmandate.

In den 1980er und 1990er Jahren waren die Parteien Die Republikaner (REP) und die Deutsche Volksunion (DVU) in mehreren Landtagen und etlichen Kommunen erfolgreich. In Garzau (Landkreis Märkisch-Oderland, Brandenburg) stellten die REP mit Friedrich Röger ab 1993 sogar den Bürgermeister. Röger wurde 1998 für eine Wählergemeinschaft wiedergewählt, trat 2000 aus Altersgründen zurück, kandidierte 2009 aber noch einmal für den Landtag – für die NPD.

In den frühen 2000er Jahren folgte in einigen Regionen zum Beispiel die sogenannte Schill-Partei,[8] in anderen Gegenden die Parteien der sogenannten PRO-Bewegung.

8 Die im Jahr 2000 vom als «Richter Gnadenlos» bekannt gewordenen Ronald Barnabas Schill (Hamburg) eigentlich als Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) gegründete, später in Offensive D umbenannte Partei wurde 2007 aufgelöst.

WENDEZEIT IN DER NOCH-DDR

Zu den letzten Kommunalwahlen in der DDR trat im Mai 1990 in vielen Regionen die sogenannte Deutsche Soziale Union (DSU) an, die sich in der Folgezeit sehr schnell vom konservativen Versuch, einen Ableger der Christlich-Sozialen Union (CSU) im Osten zu etablieren, zu einer Partei des rechtsreaktionären Milieus entwickelte.
Die Partei Die Republikaner (REP) durften damals nicht antreten, da ihre Registrierung verweigert wurde: Parteien- und Kommunalwahlgesetz der DDR enthielten eine Klausel, durch die Aktivitäten extrem rechter Parteien verhindert werden sollten.[9] Allerdings wurden mit den Mitteldeutschen Nationaldemokraten (MDN) und der Nationalen Alternative (NA) zwei neonazistische Parteien als Parteien registriert. Die MDN waren bis zur Fusion im August 1990 der DDR-Ableger der NPD. Der abweichende Name wurde wohl einerseits wegen des Scheiterns der Annäherungsversuche an die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) gewählt, die im August 1990 weitgehend in der FDP aufging. Andererseits profitierte die Partei von der Unerfahrenheit der DDR-Verwaltung, die hinter dem Begriff Nationaldemokraten offenbar nichts Antidemokratisches vermutete. Verbotsbestrebungen kamen zu spät, und die MDN wurden im Gegensatz zu NA und REP zu den Kommunalwahlen im Landkreis Salzwedel, damals Bezirk Magdeburg, zugelassen, blieben aber ohne Mandat.

9 § 3 Abs. 2 Parteiengesetz der DDR: «Die Gründung und Tätigkeit von Parteien, die faschistische, militaristische, antihumanistische Ziele verfolgen sowie Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß bekunden oder verbreiten, die Personen und Gruppen aufgrund ihrer Nationalität, ihrer politischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer körperlichen bzw. geistigen Behinderungen diskriminieren oder ihre Ziele mit Gewalt oder durch Androhung von Gewalt zu verwirklichen suchen, sind verboten.»; § 9 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz der DDR analog: «Parteien, andere politische Vereinigungen und Organisationen, Bürgerbewegungen und -gemeinschaften, die faschistische, […] durch Androhung von Gewalt zu verwirklichen suchen, sind von der Wahl ausgeschlossen.»

Schon seit Mitte der 1990er Jahre, besonders aber nach dem Einzug in die Landtage von Sachsen (2004) und Mecklenburg-Vorpommern (2006) feierte auch die NPD wieder Erfolge. Sie kam in dieser Zeit wieder auf viele Hunderte Mandate in Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten.

Heute ist das Spektrum rechter Akteur*innen in der Kommunalpolitik sehr vielfältig. Vertreter*innen autoritär rechter und neonazistischer Parteien wie NPD oder REP, die in früheren Legislaturen große Erfolge hatten, lassen sich ebenso finden wie Mandatsträger*innen von Kleinstparteien wie der neonazisti-

schen Partei Der III. Weg[10] und der Partei Die Rechte. Hinzu kommen solche, die über Listen der mittlerweile weitgehend aufgelösten Parteien und Gruppen der sogenannten Pro-Bewegung gewählt wurden, Überbleibsel und frühere Funktionär*innen der Schill-Partei, christliche Fundamentalist*innen und türkische Nationalist*innen. Nur schwer überschaubar ist die Vielzahl dezidiert rechter Wählergemeinschaften, rechter Kandidierender auf unverdächtigen Listen sowie rechter Einzelbewerber*innen.

Die vielen verschiedenen Parteien und Listen sind auch Ausdruck der Konjunkturen der vergangenen Jahrzehnte. Erfolg und Niedergang von Parteiprojekten, persönliche, strategische oder inhaltliche Differenzen führten und führen immer wieder zu Aus- und Übertritten sowie Neugründungen. Gerade bei erfolgreichen, jungen Parteien werden machthungrige Glücksritter von vielversprechenden Posten angelockt. Die entsprechenden Kämpfe und enttäuschten Rückzüge konnten und können auch bei der derzeit zweifellos einflussreichsten Partei des Spektrums beobachtet werden: der AfD. Ausdruck dieser Kämpfe sind nicht nur die hohe Fluktuation bei ihren kommunalen Mandatsträger*innen, sondern auch die vielen Abspaltungen, wie etwa die Partei Liberal-konservative Reformer (LKR)[11] um AfD-Gründer Bernd Lucke, Die Blaue Partei von Frauke Petry und die zu Beginn des Jahres 2019 entstandene Partei «Aufbruch deutscher Patrioten – Mitteldeutschland» des AfD-Rechtsaußen und einstigen sachsen-anhaltischen Fraktionschefs André Poggenburg.

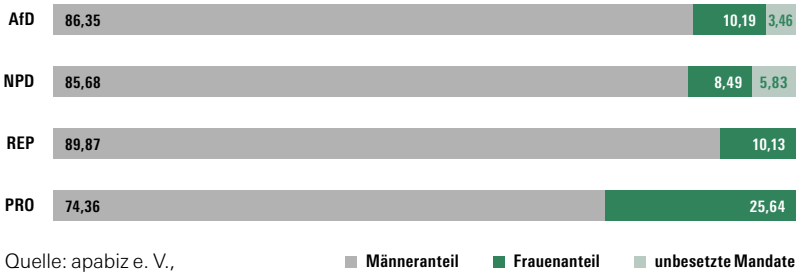
2.2 AKTUELLE SITUATION

Aktuell kommen Parteien, Listen und Einzelbewerber*innen rechts von CDU/CSU neben 330[12] Sitzen in Landtagen, dem Bundestag und dem Europaparlament auf mehr als 2.420 kommunale Mandate, also rund ein Prozent aller Sitze. Außerdem stellen sie ein paar wenige Bürgermeister, darunter der im März in die AfD eingetretene Bürgermeister von Burladingen (Zollernalbkreis, Baden-Württemberg), der kurz vor seiner Wahl im September 2017 aus der AfD ausgetretene Marcel Schneider in Teuchern (Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt), Hans-Joachim Weigel für die DSU in Schönfeld (Landkreis Meißen, Sachsen) und der frühere Landtagskandidat der DVU-Abspaltung Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) Horst Schubert in Stößen (Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt), der von 2004 bis 2005 für die Freien Wähler

10 Zwischenzeitlich ging ein Mandat in Plauen (Sachsen) durch Übertritt von der NPD auf den III. Weg über. Durch den Tod des Mandatsträgers fiel der Sitz 2017 an den nächsten Bewerber der NPD-Liste. **11** Bis November 2016 hieß die Partei Allianz für Fortschritt und Aufbau (Alfa), musste sich nach einem Rechtsstreit aber umbenennen. **12** Alle genannten Zahlen beziehen sich auf den Kenntnisstand des apabiz e.V. von Ende November 2018.

im Kreistag saß und dort eine gemeinsame Fraktion mit der NPD bildete. Hinzu kommen mehrere Ortsbürgermeister.
Auffallend ist der bei nahezu allen rechten Parteien und Listen geringe Frauenanteil unter Kandidierenden und Mandatsträger*innen (→ Abbildung 1). Nur 10,1 Prozent, also circa jede*r zehnte für die AfD Gewählte ist eine Frau, ebenso bei allen für die REP gewählten Mandatsträger*innen. Die für die NPD Gewählten bringen es auf aktuell knapp 8,5 Prozent. Aus dem Rahmen fällt hier die sogenannte Pro-Bewegung, bei denen immerhin jedes vierte Mandat von einer Frau gehalten wird.

Abbildung 1: Männer und Frauen unter den Mandatsträger*innen (in Prozent)



Quelle: apabiz e. V.,
Stand: November 2018

Die AfD konnte bei den jeweils letzten, bisherigen Kommunalwahlen mindestens 1.561 Mandate gewinnen. Durch Aus- und Übertritte gingen ihr mindestens 251 Sitze verloren. Die aktuelle Übermacht der AfD im rechtsoffenen bis rechtsautoritären Teil der Gesellschaft führte dagegen zu mindestens 20 Übertritten aus nahezu allen Parteien, darunter die REP und die NPD, aber auch CDU, FDP, SPD und sogar DIE LINKE.[13] Unter den Kandidierenden auf den Listen der AfD fanden sich auch ehemalige Mitglieder von Bündnis90/Die Grünen und der Piratenpartei. Außerdem wurden mindestens zwölf weitere Personen mit AfD-Parteibuch über andere Listen gewählt. Von den aktuell 1.342 Mandatsträger*innen sind 138 Frauen (10,3 Prozent). Aufgrund zu weniger Kandidierender oder fehlender Nachrücker*innen sind in der aktuellen Legislaturperiode 53 Sitze unbesetzt.

13 So trat Patrick Hoffmann im Kreistag Kusel (Rheinland-Pfalz) 2014 aus der Partei DIE LINKE aus und im Jahr darauf in die AfD ein. 2016 kandidierte er für die AfD für den Landtag. Jörg Henke kandidierte 2009 für DIE LINKE für den Gemeinderat Crossen (Landkreis Landkreis Saale-Holzland-Kreis, Thüringen). 2014 zog er dann für die AfD in das Gremium ein.

2.3 REGIONALE UNTERSCHIEDE

Die unterschiedliche Verteilung der aktuellen Mandate in den Bundesländern ist nicht auf die Stärke der Partei in der jeweiligen Region, sondern vor allem auf die Zeitpunkte zurückzuführen, zu denen gewählt wurde. In Thüringen etwa erreichte die AfD 2014 ganze fünf Kommunalmandate. Die erst ein gutes Jahr zuvor gegründete Partei hatte bis dahin einfach zu wenig Zeit für den Aufbau ihrer Strukturen. Vier Monate später war Björn Höcke aber schon Fraktionschef einer starken AfD-Fraktion im Thüringer Landtag. In Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein fanden flächendeckende Kommunalwahlen erst im März und September 2016 bzw. im März 2018 statt. Mit 777 Gewählten erhielt die AfD allein in diesen drei Ländern nahezu die Hälfte aller ihrer kommunalen Sitze.

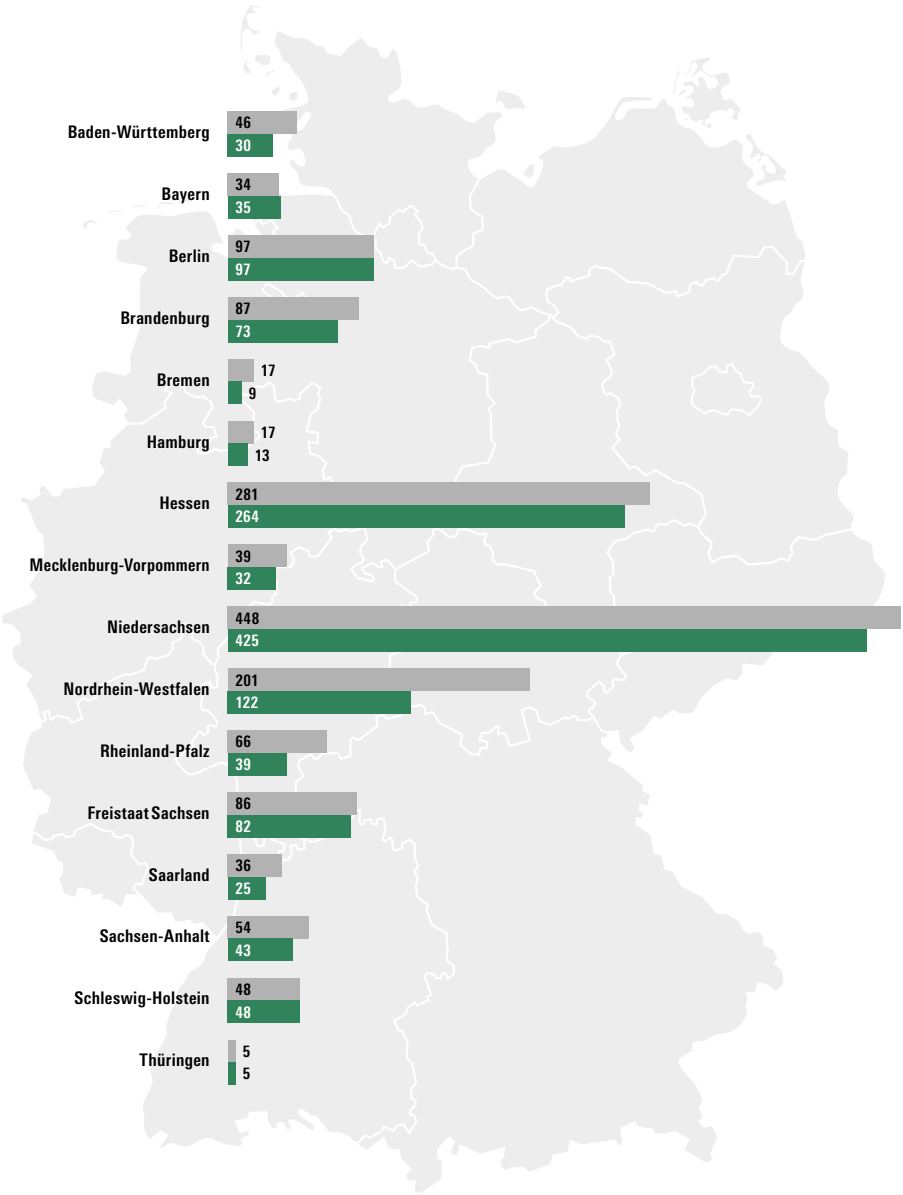
Der Ost-West-Vergleich ergibt eine ungefähr der Bevölkerung entsprechende Verteilung der Mandate (→ Abbildung 2). 269 erreichte Mandate im Osten (ohne Berlin) stehen 1.195 im Westen gegenüber, was einem Verhältnis von gut 1 zu 4 entspricht.

Abbildung 2: Verteilung der Mandate der AfD nach politischen Ebenen

Anzahl der für die AfD Gewählten					Anzahl der derzeitigen AfD-Mandatsträger*innen			
Ost (ohne Berlin)	West (ohne Berlin)	Berlin (Bezirke)	gesamt	Ebene	Ost (ohne Berlin)	West (ohne Berlin)	Berlin (Bezirke)	gesamt
0	25	0	25	Bezirke	0	24	0	24
139	656	97	892	(Land-)Kreise/kreisfreie Städte inkl. Bezirke Hamburg bzw. Berlin	110	550	97	757
0	40	0	40	Gemeindeverbände	1	36	0	37
112	370	0	482	Städte/ Gemeinden	104	323	0	427
18	104	0	122	Stadt-/ Gemeindeteile	20	77	0	97
269	1.195	97	1.561	gesamt	235	1.010	97	1.342

Quelle: apabiz e. V., Stand: November 2018

Abbildung 3: Verteilung der AfD-Mandate nach Ländern

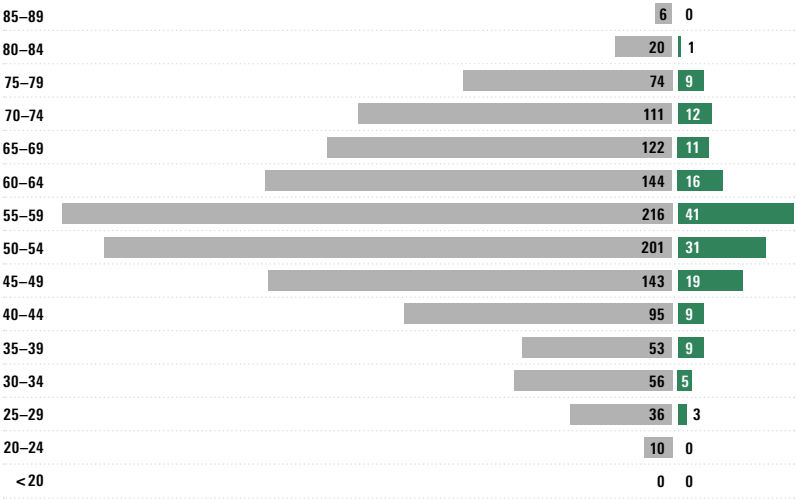


Quelle: apabiz e. V.,
Stand: November 2018

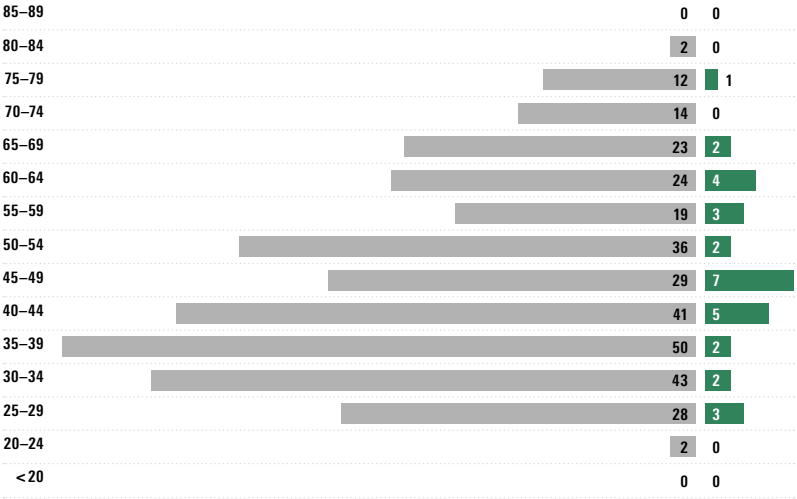
Für eine Partei im Aufwind überrascht der auf den ersten Blick relativ hohe Altersdurchschnitt bei der AfD (→ Abbildung 4).

Abbildung 4: Altersverteilung

AfD-Mandatsträger*innen



Mandatsträger*innen der NPD (gewählt über Listen, als Einzelpersonen oder über «Tranlisten»)



Quelle: apabiz e. V., Stand: November 2018

männlich weiblich

Die LKR um Bernd Lucke kommen derzeit auf 62 Sitze, darunter sechs Frauen (9,7 Prozent). Mit 42 sind die meisten davon auf Austritte aus der AfD zurückzuführen, 20 weitere sind direkt aus Wahlen hervorgegangen. Von den mindestens sieben Mandaten der Blauen Partei werden zwei von Frauen gehalten.

2.4 NPD UND CO.

Die NPD erzielte bei den jeweils letzten Wahlen 361 Mandate, davon 72 im Westen (19,9 Prozent). Hinzu kommen mindestens sechs Einzelbewerber*innen oder Bewerber anderer Listen mit NPD-Parteibuch und elf Mandate für oft ungenau als «Tarnlisten» bezeichnete, der NPD nahestehende Listen. Während der Name Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) der Listen in München und Nürnberg klar auf die Nähe zur NPD verweist, «verstecken» sich NPD-Leute in anderen Regionen unter unverdächtigeren Bezeichnungen wie Alternative für Torgelow (AfT), Wählergemeinschaft Schöneres Strasburg, Wir von hier (Ueckermünde, alle Mecklenburg-Vorpommern) oder Bündnis Zukunft Hildburghausen (Thüringen). In den jeweiligen Kommunen ist der Charakter der Listen allerdings meist bekannt.

Von den insgesamt 378 Sitzen mit NPD-Bezug sind 22 unbesetzt, 31 werden derzeit von Frauen gehalten (8,4 Prozent). Seit den letzten Wahlen haben mindestens 38 Mandatsträger*innen die Partei verlassen und ein Stadtrat wurde ausgeschlossen.[14] Aktuell hält die NPD noch 324 Sitze direkt und vier indirekt, 24 davon sind mit Frauen besetzt (7,4 Prozent). Die elf aktuellen «Tarnlisten»-Mandatsträger sind alle männlich. Die Partei Die Rechte hält aktuell zehn Sitze. Drei davon gehen auf Übertritte aus der NPD zurück, unter ihnen ist eine Frau.

Auch Übertritte zur NPD gab es in der Vergangenheit immer wieder. So wechselte etwa der ehemalige Bürgermeister von Krauschwitz (Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt) Hans Püschel von der SPD zur NPD, ebenso wie Gustav Haenschke im Gemeinderat von Wellen (Börde-kreis, Sachsen-Anhalt). Haenschke gehörte seit den frühen 1990er Jahren zu den Fahrern der sachsen-anhaltischen Ministerpräsidenten. Bürgermeister von Wellen war damals der heutige Innenminister von Sachsen-Anhalt, Holger Stahlknecht (CDU).

14 Dpa: Sachsens NPD wirft Leipziger Stadtrat Enrico Böhm raus, in: Leipziger Volkszeitung, 23.3.2016, unter: www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Sachsens-NPD-wirft-Leipziger-Stadtrat-Enrico-Boehm-raus.

2.5 REPUBLIKANER UND PRO

Die Republikaner (REP) holten zuletzt – fast ausschließlich in Westdeutschland – 84 Mandate, von denen acht von Frauen gehalten werden (10,5 Prozent). Mittlerweile sind mindestens 16 der Verordneten ausgetreten, fünf davon sind heute für die AfD aktiv. Von den aktuell bis zu 68 REP-Mandaten sind sechs mit Frauen besetzt (8,8 Prozent).
Auf Listen, die der «Pro-Bewegung» zuzurechnen sind, erlangten 78 Personen Mandate, darunter 20 Frauen (25,6 Prozent). Zwei der wichtigsten Parteien des Spektrums, die Bürgerbewegung Pro Köln und die Bürgerbewegung Pro Deutschland, haben sich Ende 2017 bzw. Anfang 2018 offiziell aufgelöst. Pro Deutschland forderte seine Mitglieder auf, sich der AfD anzuschließen.[15] Zur «Pro-Bewegung» gehört auch Pro Chemnitz um den Rechtsanwalt und Stadtrat Martin Kohlmann. Kohlmann wurde vor allem durch die rassistischen Demonstrationen im Sommer und Herbst 2018 in Chemnitz sowie als überaus aggressiver Verteidiger im Verfahren gegen die Neonazi-Terrorgruppe Gruppe Freital (Sachsen)[16] überregional bekannt.

2.6 KLEINSTPARTEIEN, EINZELBEWERBER*INNEN UND WÄHLERGEMEINSCHAFTEN

Die sonstigen, extrem rechts einzuordnenden Mandatsträger*innen haben sehr unterschiedliche Hintergründe: So traten zum Beispiel als Einzelbewerber Michael Hanko[17] in Spremberg (Landkreis Spree-Neiße, Brandenburg), Ralf Städing[18] in Postlow (Landkreis Vorpommern-Greifswald, Mecklenburg-Vorpommern) oder Dennis Wesemann[19] in Stresow (Landkreis Jerichower Land, Sachsen-Anhalt) an. Extrem rechte Kleinstparteien wie «Ab jetzt … Demokratie durch Volksabstimmung» (Rhein-Sieg-Kreis, Nordrhein-Westfalen), Unabhängige Bürgerpartei (UBP) (Nordrhein-Westfalen) oder Bürger in Wut (BiW) in Bremen gehören genauso wie Reste von DSU, der Zentrumspartei oder STATT-Partei dazu. Auch einige christliche Fundamentalist*innen sitzen in kommunalen

15 Pro Deutschland: Pro Deutschland hat sich aufgelöst, 15.11.2017, unter: https://web.archive.org/web/20171115012002/https://www.pro-deutschland.de/. **16** Nebenklage «Gruppe Freital»: Prozess gegen Mitglieder der neonazistischen «Gruppe Freital» im OLG Dresden. Eine Dokumentation, 4.3.2018, unter: www.gruppe-freital-nebenklage.de/. **17** Auf einem Hanko gehörenden Grundstück war ein Neonazi-Treffpunkt ansässig, vgl. dazu: Kompalla, Peggy/Wendler, Simone: Pumper diskutieren «Bunker 38», in: Lausitzer Rundschau, 19.4.2008, unter: www.lr-online.de/lausitz/spremberg/pumper-diskutieren-bunker-38_aid-4001658. Hanko trat im Dezember 2018 in die AfD ein und kündigte an, sich für einen Platz auf der AfD-Landesliste zur Landtagswahl 2019 in Brandenburg zu bewerben. **18** Städing gehört(e) zur Neonaziband «Wiege des Schicksals», vgl. dazu: Neonazi wird Feuerwehrchef, in: Ostsee-Zeitung, 21.2.2014, unter: www.endstation-rechts.de/news/ich-habe-da-keinerlei-bedenken-neonazi-musiker-soll-feuerwehr-chef-werden.html. **19** Wesemann ist als Neonazi-Hooligan bekannt, vgl. dazu: Bündnis Magdeburg Nazifrei: Neonazi gibt Mandat auf, Versandhandel brummt, 31.7.2015, unter: https://md-linksdrehend.org/mdnf/indexe08a.html?p=3786.

Gremien. Sie sind zumeist für das dem evangelikalen Spektrum zuzurechnende «Bündnis C – Christen für Deutschland» bzw. deren Vorläuferparteien Partei Bibeltreuer Christen (PBC) und AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie (AUF) gewählt worden.

In Bonn und Neuss hält das Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG) Mandate. BIG gilt als türkisch-nationalistisch und Erdoğan-nah. Im selben Milieu soll sich auch das Neue Forum Offenbach (Hessen) bewegen.

Zu beachten sind auch die in manchen Regionen sehr starken, explizit rechten Wählervereinigungen, deren Mitglieder teilweise auf langjährige Aktivitäten in diversen, extrem rechten Organisationen zurückblicken können.

Im Landkreis Bautzen (Sachsen) ist das «Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland» um den früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Henry Nitzsche[20] aktiv. Auf den Listen der im Landkreis Wittenberg (Sachsen-Anhalt) aktiven Allianz der Bürger (AdB) treffen ehemalige Aktive der Schill-Partei mit bizarren Figuren aus dem «Reichsbürger»-Spektrum wie dem «König von Deutschland», Peter Fitzek, und frühere DVU-Funktionär*innen aufeinander. In Stadtrat und Kreistag Wittenberg bildet die AdB mit der AfD Fraktionen. In Frankfurt am Main sind die Bürger für Frankfurt (BfF) vertreten, die 2015 wegen der «zunehmend nach rechts tendierenden politischen Ausrichtung» vom hessischen Landesverband der Freien Wähler ausgeschlossen wurden.[21] Die Gruppierung Die Hannoveraner wurde von früheren Republikanern gegründet, ebenso die Bürger Union Stadtallendorf (BUS, Hessen). Die Wählergemeinschaft Die Freien Bürger (Main-Taunus-Kreis, Hessen) mit ihren Ablegern in Bad Soden und Flörsheim werden vom früheren Bundesvorsitzenden der Deutschen Partei (DP), Dr. Heinrich Kappel, geführt. Die Freie Liste Biblis (FLB, Landkreis Bergstraße, Hessen) wurde bei den letzten Wahlen mit 31,4 Prozent zweitstärkste Kraft und stellt sieben der 23 Gemeindevertreter*innen. Der Fraktionsvorsitzende der FLB, Hans-Peter Fischer, ist nicht nur früherer REP-Politiker, sondern auch Eigentümer des Hotels «Neißeblick» in Ostritz (Landkreis Görlitz, Sachsen). Das Grundstück an der Grenze zu Polen war in den letzten Jahren mehrfach Schauplatz von Neonaziveranstaltungen wie sächsischen NPD-Landesparteitagen. Zuletzt fanden hier 2018 Neonazifestivals unter dem Motto «Schild & Schwert» statt. Den aus halb Europa angereisten, bis zu 1.000 Ultrarechten wurden Rechtsrock und Kampfsport, Tattoo- und Verkaufsstände geboten.

Da die Namen von Wählergemeinschaften und Regionalparteien – wie die Beispiele zeigen – meist wenig

20 Burschel, Friedrich: Das Institut für Staatspolitik, in: Antifaschistisches Info Blatt 84/ 3.2009, 18.9.2009, unter: www.antifainfoblatt.de/artikel/das-institut-f%C3%B-Cr-staatspolitik. **21** Murr, Günter: Freie Wähler schließen BFF aus, in: Frankfurter Neue Presse, 21.4.2015, unter: www.fnp.de/frankfurt/freie-waehler-schliessen-10712838.html.

über die Inhalte aussagen, muss in diesem Bereich von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Gerade hier und bei Einzelkandidierenden sollten linke Kommunalpolitiker*innen besonders aufmerksam sein, um nicht ungewollt mit Rechten gemeinsam zu agieren. Hilfreich kann dabei das Wissen antifaschistischer Initiativen sein (→ Adressteil im Anhang).

2.7 EXTREM RECHTE IN ETABLIERTEN PARTEIEN

Einige Wähler*innengemeinschaften haben sich in der Bundesvereinigung Freie Wähler (FW) zusammengeschlossen. In der Partei, die in den einzelnen Bundesländern inhaltlich sehr unterschiedlich aufgestellt ist, zeigt sich das Problem der «Braunzone» zwischen Konservativen und extremen Rechten ziemlich deutlich. In Bayern ist sie mittlerweile an der CSU-geführten Landesregierung beteiligt. Die AfD-Abspaltung Bürger für Mecklenburg-Vorpommern (BMV) hat sich im Dezember 2018 aufgelöst und den FW angeschlossen, sodass sie im Schweriner Landtag eine Fraktion bilden. Für die Kommunalwahlen verspricht sich das neue Bündnis viel, wie es in einer Erklärung zum Zusammenschluss heißt.[22] In Sachsen gehen die FW mit ihrer neuen Geschäftsführerin, der früheren grünen Fraktionschefin im Landtag und Protagonistin der «Bürgerbewegung für Sachsen», Antje Hermenau, in den Wahlkampf. Hermenau hatte sich mehrfach verständnisvoll über Pegida geäußert[23] und trat bei der AfD mit einer Lesung auf,[24] woraufhin sie sich mit Bündnis 90/Die Grünen überwarf. Die FW Sachsen wenden sich einer Pressemitteilung zufolge «gegen jede Form des Extremismus», werfen gleichzeitig aber Angela Merkel den Bruch ihres Amtseids vor, weil sie in Bezug auf die Ereignisse in Chemnitz im August und September 2018 den Begriff «Hetzjagd» verwendet habe.[25] Aber ob «Kinder statt Inder» (Jürgen Rüttgers, CDU im Jahr 2000),[26] «unterschiedliche Vermehrung von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Intelligenz» (Thilo Sarrazin, SPD, 2010)[27] oder «Das gehört sich

22 Freie Wähler M-V: Bürgerliche Parteien in MV gehen gemeinsamen Weg, 13.11.2018, unter: https://mv-freie-waehler.jimdo.com/2018/11/13/b%C3%BCrgerliche-parteien-in-mv-gehen-gemeinsamen-weg/. **23** Geisler, Astrid: Hanebüchen, verharmlosend, naiv, in: taz. die tageszeitung, 25.1.2015, unter: www.taz.de/!5022617/; Fischer, Christian: Grünen-Ikone sieht schwarz, in: Bild, 2.11.2015, unter: www.bild.de/regional/dresden/antje-hermenau/buch-gruene-politikerin-hermenau-liebaeugelt-mit-cdu-43244572.bild.html. **24** Reinhard, Doreen: Sie war eine Grüne. Plötzlich tritt sie bei der AfD auf. Was ist da los?, in: Die Zeit, 29.9.2016, unter: www.zeit.de/2016/41/antje-hermenau-die-gruenen-afd-doebeln. **25** Freie Wähler Landesvereinigung Sachsen: Freie Wähler Sachsen fordern Wiedergutmachung für Chemnitz-Rufschädigung, 12.9.2018, unter: http://newsroom.freiewaehler-sachsen.de/freie-waehler-sachsen-fordern-wiedergutmachung-fuer-chemnitz-rufschaedigung oder: BundesPressePortal: Freie Wähler Sachsen fordern Wiedergutmachung für Chemnitz-Rufschädigung, 12.9.2018, unter: www.bundespresseportal.de/sachsen/16-sachsen/freie-waehler-sachsen-fordern-wiedergutmachung-fuer-chemnitz-rufschaedigung-landesvorsitzender-grosse-staatsregierung-soll-verluste-bilanzieren.html. **26** «Kinder statt Inder». Rüttgers verteidigt verbalen Ausrutscher, Spiegel Online, 9.3.2000, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/kinder-statt-inder-ruettgers-verteidigt-verbalen-ausrutscher-a-68369.html. **27** Dpa: Einwanderer-Schelte. Sarrazin erklärt die Verdummung der Deutschen, Spiegel Online, 10.6.2010, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/einwanderer-schelte-sarrazin-erklaert-die-verdummung-der-deutschen-a-700031.html.

für niemand und für einen Asylbewerber schon dreimal nicht» (Boris Palmer, Grüne, 2018):[28] Auch in etablierten Parteien wie CDU/CSU, FDP, SPD oder Bündnis 90/Die Grünen fallen immer wieder rassistische, antisemitische und andere rechte Positionen auf, was angesichts der Politik, die diese Parteien auf Bundesebene zu verantworten haben, nicht verwundern kann. Selbst in der Partei DIE LINKE sind fragwürdige Positionen bisweilen anzutreffen.

2.8 WEITERE AKTEUR*INNEN

Neben Mandatsträger*innen in Bezirkstagen bis hinunter zu Ortsteilräten gibt es auch rechte Ortsbürgermeister*innen und Dezernent*innen. Hinzu kommen viele sachkundige Einwohner*innen in Ausschüssen sowie – zumindest in Kreistagen und den Räten größerer Städte und Gemeinden – Mitarbeitende und Büros der Fraktionen.[29] Viele der Mitarbeitenden können ihren Lebensunterhalt mit dieser Arbeit bestreiten, sind also sozusagen hauptamtliche Rechte. Welche Bedeutung dies für die Ansprechbarkeit vor Ort haben kann, ist nicht zu unterschätzen. Auch die Zahl dieser Stellen wird 2019 voraussichtlich deutlich steigen.

Sichtbares Zeichen der finanziellen Ressourcen, die auch rechten Fraktionen auf kommunaler Ebene zustehen, sind eigene Flug- und Mitteilungsblätter, die zum Teil nur online, zum Teil aber auch gedruckt erscheinen. Mit eigenen Seiten in den Publikationen der jeweiligen Parteigliederungen oder mit eigenen Heftchen berichten AfD-Fraktionen unter Namen wie *Kasseler Durchblick* (AfD-Fraktion Kassel) oder *Der kleine Populist* (AfD Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg, Berlin) über Initiativen und Veranstaltungen der Kommunalpolitiker*innen.[30] Die teilweise über viele Jahre erschienenen NPD-Regionalblättchen wie *Blickpunkt Strehla* (Sachsen), *Klartext Wetzlar* (Hessen) oder *Wartburgbote* (Eisenach, Thüringen) sind dagegen mittlerweile größtenteils eingestellt.

Die zukünftige Mandatsverteilung wird sich auch in diesem Bereich niederschlagen. Linke Kommunalpolitiker*innen sollten nicht davor zurückschrecken, diese Machwerke aufmerksam zu studieren, um einerseits zu wissen, was Wähler*innen in ihren Regionen zu lesen bekommen, und um andererseits auf die Argumentationen reagieren zu können.

28 Knaack, Tobias: Rassismus? Palmer erklärt sich weiter – und sorgt weiter für Debatte, in: Südwest Presse, 1.5.2018, unter: www.swp.de/suedwesten/staedte/ulm/rassismus_-palmer-erklaert-sich-weiter-_-und-sorgt-wieder-fuer-debatte-25416076.html. **29** Die Verwaltungsgliederung in den Bundesländern ist unterschiedlich. Ebenso unterscheiden sich die Bezeichnungen der Gremien und Funktionen. Ein Überblick findet sich in den Kommunalverfassungen der jeweiligen Bundesländer. **30** Giesbers, Tilo: Blaues Rauschen im Blätterwald, in: der rechte rand 172, Mai/Juni 2018, unter: www.der-rechte-rand.de/archive/3666/afd-publikationen/.

Dasselbe gilt für den Bereich der sozialen Medien: Facebook, Twitter, Instagram und Co. werden zunehmend nicht nur von jüngeren Wähler*innen genutzt. Tipps für den Umgang mit analogen und digitalen Medien werden zum Beispiel in Seminaren der «Linken Medienakademie» (LiMA → www.linkemedienakademie.de) der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von antifaschistischen Bildungsträgern gegeben.

Wichtig ist es außerdem, die außerparlamentarischen Aktivitäten von rechts im Auge zu behalten. Wenn rassistische «Bürgerinitiativen» gegen Unterkünfte von Geflüchteten demonstrieren, Angehörige der sogenannten Identitären Bewegung Theateraufführungen stören oder Neonazis Sachspenden für (deutsche) Obdachlose sammeln, greifen sie damit Diskurse vor Ort auf und flankieren häufig die Arbeit ihrer «Kameraden» in den Gremien.

2.9 AUSBLICK AUF DIE KOMMUNALWAHLEN 2019

Bei den anstehenden Kommunalwahlen 2019, aber auch in den darauffolgenden Jahren werden sich die Trends der vergangenen Jahre fortsetzen. Einige lokal verankerte, rechtsautoritäre Wählergemeinschaften werden in den meisten Fällen nur dann an ihre früheren Ergebnisse anknüpfen können, wenn die AfD nicht gleichzeitig antritt. Noch deutlich drastischer werden NPD und Republikaner unter der neuen Konkurrenz zu «leiden» haben. Beide werden trotz vollmundiger Ankündigungen Mandate einbüßen. Einige rechte Parteien verzichten derzeit aufgrund der geringen Aussichten auf konkurrierende Wahlantritte gegen die AfD – zuletzt die NPD in Bayern. Einige Kleinstparteien wie Pro Deutschland haben sich sogar aufgelöst.

In Sachsen könnte die mit der AfD rivalisierende Blaue Partei punktuell Erfolge verzeichnen. Dort existiert eine Reihe von Wählergemeinschaften, die offen mit Frauke Petrys neuer Partei kooperieren. Auch für andere Bundesländer wie Sachsen-Anhalt und Thüringen haben Die Blauen Antritte angekündigt.

Klarer Gewinner rechts der Union dürfte wieder einmal die AfD werden. Sollte sie für die Kreistage und Stadträte der kreisfreien Städte flächendeckend antreten und Stimmenanteile in Höhe der aktuellen «Sonntagsfrage» zu den jeweiligen Landtagen erzielen, könnte sie allein auf dieser Ebene auf gut 1.500 Sitze kommen – also auf ungefähr so viele wie bei allen bisherigen Kommunalwahlen insgesamt. Auch in den Städten, Gemeinden und Gemeindeteilen wird es viele neue AfD-Vertreter*innen geben. Wahrscheinlich werden einige der neuen Sitze unbesetzt bleiben, da auf einigen Listen weniger Kandidat*innen stehen werden, als der Partei nach der Stimmenanzahl Mandate zustehen werden.

Im Gegensatz zu den vergangenen Kommunalwahlen in den betreffenden Ländern 2014 hat die Partei mittlerweile in vielen Regionen Strukturen aufbauen können. Dadurch wird auch der Anteil der ostdeutschen Länder an den AfD-Mandaten steigen. Gerade mit Blick auf die Wahlen zu den Landtagen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im Spätsommer und Herbst 2019 sind die zu erwartenden neuen Büros und Mitarbeitenden in den Kreistagen und größeren Kommunen und die damit steigende Ansprechbarkeit vor Ort genau im Auge zu behalten.

Insgesamt wird sich die Anzahl der extrem rechten Kommunalmandatsträger*innen mindestens deutlich mehr als verdoppeln – zum weit überwiegenden Teil zugunsten der AfD. Angesichts der Ergebnisse bei den Bundestagswahlen sind perspektivisch auch rechte Bürgermeister*innen und bereits sogar AfD-Landrät*innen denkbar.

Möglicherweise könnte es in den Gremien einiger Kommunen zukünftig Mehrheiten von rechts geben. Eine Zusammenarbeit von Wählergemeinschaften mit AfD oder Blauen gab und gibt es schon, zum Beispiel im Burgenlandkreis (Sachsen-Anhalt), wo FW, Bürger für Weißenfels – Landgemeinden (BfW) und AfD – vertreten durch den früheren Landesvorsitzenden André Poggenburg – eine Kreistagsfraktion bildeten.[31] Im Stadtrat von Mücheln (Saalekreis, Sachsen-Anhalt) saß der Landtagsabgeordnete Gottfried Backhaus, der nach seinem AfD-Austritt für die Blaue Partei aktiv ist, bis Oktober 2018 in einer Fraktion mit der Freien Wählergemeinschaft. Auch mit anderen rechten Parteien arbeitet die AfD kommunal zusammen. Im Vogtlandkreis (Sachsen) bilden AfD und DSU eine Ausschussgemeinschaft, in Kaarst (Rhein-Kreis Neuss, Nordrhein-Westfalen) AfD und Zentrumspartei eine Fraktion. Und einige, zum Teil wieder aufgelöste, gemeinsame Kommunalfraktionen der AfD – zum Beispiel mit der CDU (Zörbig, Anhalt-Bitterfeld, Sachsen-Anhalt oder 2014 bis 2016 Kreistag Elbe-Elster, Brandenburg), mit einem Parteilosen der FDP (Sandersdorf-Brehna, Anhalt-Bitterfeld, Sachsen-Anhalt) und «Liste Sport» oder mit der Ökologisch-Demokratischen Partei Deutschlands (ÖDP) (Kreistag Ebersberg, Bayern mit «Bayernpartei» und Parteilosem) – haben in den letzten Jahren gezeigt, dass punktuell auch Vertreter*innen «normaler» Parteien zu weitgehenden Kooperationen mit rechtsaußen bereit sind. Einige Politiker*innen der Union schlossen in der letzten Zeit jedenfalls eine künftige Zusammenarbeit mit der AfD nicht mehr aus. So äußerte sich etwa der neu gewählte CDU-Fraktionschef im sächsischen Landtag, Christian Hartmann, zu den prognostizierten Mehrheitsverhältnissen und schloss

31 Nach Poggenburgs AfD-Austritt und AdP-Neugründung trennte sich die Fraktion von ihm, vgl. Günther, Albrecht: Fraktion trennt sich von Ex-AfDler. André Poggenburg im Kreistag nun ohne Fraktion, in: Mitteldeutsche Zeitung, 14.1.2019, unter: www.mz-web.de/burgenlandkreis/fraktion-trennt-sich-von-ex-afdler-andr%C3%A9-poggenburg-im-kreistag-nun-ohne-fraktion-31870610.

eine Zusammenarbeit mit der AfD nach den kommenden Landtagswahlen nicht aus.[32] Auch Fraktionsbildungen von extremen Rechten mit Linken gab es schon. So schlossen sich im Jahr 2004 im Kreistag Rhein-Sieg-Kreis (Nordrhein-Westfalen) die jeweils einzeln für die PDS, die NPD und «Ab jetzt … Demokratie durch Volksabstimmung» Gewählten zur «Technischen Fraktion» zusammen. Der PDS-Vertreter trat jedoch nach der folgerichtigen Kritik an diesem Zusammenschluss aus der Partei aus.[33]

Die zunehmenden Angriffe etwa auf Beratungsstellen oder Jugend- und Kultureinrichtungen wie sie in den Landtagen zum Standardrepertoire von NPD und AfD gehörten bzw. gehören, machen deutlich, was rechte Mehrheiten in Kommunen für solche Projekte heißen können. Für Kürzungen sogenannter freiwilliger Leistungen wie Personal-, Miet- und Sachkosten freier Träger braucht es in den Kommunen lediglich einfache Beschlüsse. In vielen Fällen sind solche Entscheidungen existenziell. Anfang Februar 2019 zeigte sich in Dresden, was dies in Zukunft wohl in vielen Kommunen heißen wird: Ein Bündnis aus CDU, FDP, Bürgerfraktion und AfD lehnte die beantragten Mittel für freie Kulturprojekte weitgehend ab.[34]

32 CDU-Fraktionschef Hartmann schließt künftige Koalition mit der AfD nicht aus, in: mdr Sachsen, 26.9.2018, unter: www.mdr.de/sachsen/hartmann-fraktionsvorsitzender-cdu-afd-100.html. **33** NPD und PDS bilden gemeinsame Kreistags-Fraktion, Spiegel Online, 14.10.2004, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/zusammenschluss-in-nrw-npd-und-pds-bilden-gemeinsame-kreistags-fraktion-a-323185.html. Im Gemeinderat vom Muldestausee (Landkreis Anhalt-Bitterfeld, Sachsen-Anhalt) bildete sich 2014 eine Fraktion aus Wählergemeinschaften, Einzelbewerbern, zwei AfD-Vertretern und zwei parteilos über die offene Liste der LINKEN Gewählten. Erst als es knapp ein halbes Jahr später öffentliche Kritik gab, distanzierte sich DIE LINKE von den beiden Gemeinderäten. **34** Allianz aus CDU und AfD in Dresden – Freie Kulturprojekte vor dem Aus, Deutschlandfunk Kultur, 8.2.2019, unter: www.deutschlandfunkkultur.de/allianz-aus-cdu-und-afd-in-dresden-freie-kulturprojekte-vor.1013.de.html?dram:article_id=440619.

3 THEMATISCHE AKTIONSFELDER RECHTER AKTEUR*INNEN

Grundsätzlich haben rechte Politiker*innen und Parteien ihre spezielle Sicht auf alle Aspekte der Gesellschaft. Es gibt extrem rechte Ansätze in der Sozialpolitik genauso wie im Umweltschutz, der Haushaltspolitik, der Gesundheitspolitik oder der Kinder- und Jugendpolitik. In den Anträgen und Anfragen und den Redebeiträgen geht es in allen denkbaren Varianten um den «Großen Austausch» und «Islamisierung», um «Lügen-Presse», «Altparteien» und den Kampf gegen «Linksextremismus», «Diesel-Hysterie» und Videoüberwachung, aber auch um Busfahrpläne, Mülleimer, Gesundheitsversorgung, Sportplätze, Straßenschäden oder behindertengerechte Verwaltungsgebäude.

Daher müssen linke Politiker*innen in ihren Politikfeldern nicht nur die eigenen politischen Überlegungen hinter ihren Positionen kennen, sondern sich auch mit rechten Sichtweisen beschäftigen. Nur so können sie Rechte fundiert kritisieren und selbstbewusst auf rechte Argumente reagieren. Moralische Empörung allein hilft nicht. Permanente Skandalisierung wird stumpf und selbst zum «normalen» Alltag. Auch und gerade wenn rechte Initiativen vordergründig harmlos erscheinen, wenn zum Beispiel bessere Unterkünfte für Obdachlose im Winter gefordert werden, müssen die impliziten Ideen entschlüsselt und problematisiert werden: Wenn sich die Forderung nur auf Deutsche bezieht, sollte sie klar und deutlich als rassistisch markiert werden. Dabei ist es wichtig, nicht auf Worte wie «fremdenfeindlich» oder «ausländerfeindlich» zurückzufallen. Ein in Deutschland geborenes Kind mit dunkler Hautfarbe ist hier nicht «fremd» und auch kein*e «Ausländer*in». Auch der Begriff «Xenophobie» trifft nicht die Realität, denn es geht nicht um «Angst vor Fremden», sondern um Menschenfeindlichkeit und Rassismus.

Dass das klare Benennen des Problems oft nicht so einfach ist, wie es auf den ersten Blick erscheint, zeigt sich leider immer wieder. Antidemokratische Politiker*innen sind es in der Regel gewohnt, sich gegen emanzipative Argumente zu wehren, während Demokrat*innen oder Moderator*innen oft nicht darauf vorbereitet sind, sich mit rechten Argumentationen auseinanderzusetzen, wie bei vielen Podiumsdiskussionen oder Fernseh-Talkshows zu sehen ist.

Es ist wichtig zu verstehen, dass es in entsprechenden Debatten nicht darum geht und gehen kann, die Rechten davon zu überzeugen, dass eine menschliche Gesellschaft

wichtig und ihre Haltung falsch ist. Es geht vielmehr darum, die anderen Verordneten zu erreichen und so Mehrheiten gegen reaktionäre und menschenfeindliche Positionen zu erarbeiten. Und es geht vor allem darum, der Bevölkerung verständlich zu machen, warum die jeweilige rechte Initiative aus linker und humanistischer Sicht abzulehnen ist – ob dem Publikum einer öffentlichen Sitzung, den Followern bei Twitter oder den Menschen, die in der Tageszeitung einen Bericht über die Sitzung oder eine Meldung zu einer Stellungnahme lesen.

Im Folgenden wird versucht, einen Überblick darüber zu geben, in welchen Politikfeldern und mit welchen Mitteln die rechten Akteur*innen in der Vergangenheit versucht haben, ihre rassistischen und antidemokratischen Ziele durchzusetzen. In der Hoffnung, dass die Weitergabe dieser konkreten Erfahrungen hilft, auf ähnliche Situationen vorbereitet zu sein, werden die Positionen und Anträge der Rechten beispielhaft genannt, aber nicht weiter kommentiert. In den Fußnoten finden sich Hinweise zu weiteren Auseinandersetzungen mit den Konzepten und Themen der Rechten.

Ergänzend empfiehlt sich ein Blick in die Bände der Reihe «Crashkurs Kommune» der Rosa-Luxemburg-Stiftung (www.rosalux.de/publikationen/crashkurs-kommune/).

3.1 SOZIALPOLITIK

Die Sicherung der öffentlichen Daseinsfürsorge ist eine elementare Aufgabe linker Politik. Auch wenn in den Kommunen kein direkter Einfluss auf die gesetzlichen Regelungen genommen werden kann, befassen sich doch sehr viele der hier zu treffenden Entscheidungen mit sozialen Fragen.

Im Vordergrund der Sozialpolitik der extremen Rechten steht es, einen Keil zwischen die «deutsche Bevölkerung» und geflüchtete Menschen zu treiben. Um diese Gruppen rassistisch gegeneinander auszuspielen, stellen rechte und extrem rechte Parteien vermehrt Anfragen zu den Sozialleistungen in den Kommunen und den finanziellen Mitteln, die für die Geflüchtetenhilfe ausgegeben werden. Auch bei der Unterbringung von Obdachlosen sind Vergleiche zur Unterbringung von Geflüchteten an der Tagesordnung.

So bietet zum Beispiel die AfD in Altenburg (Thüringen) eigenen Angaben zufolge seit Mitte des Jahres 2018 Sozialberatungen an. Wie Antje Göring-Kube, Büroleiterin des AfD-Bundestagsabgeordneten Dr. Robby Schlund, in einem Video darstellt, gehe es ihr insbesondere darum, dass «deutsche Menschen oder sprich im Neudeutschen, die, die hier schon länger leben, behandelt werden wie Menschen 2. Klasse». Weiter sagt sie: «Ich bekomme Nackenstarre bei Pro Asyl. Dieses millionenschwere Unternehmen, staatstreu und politisch korrekt. Da

wird sich dumm und dusselig verdient, Asylbewerbern [sic!] darauf hinzuweisen, den Staat, der ihnen Schutz gewährt, zu verklagen […] und sich somit weitere Jahre in der sozialen Hängematte zu sichern.»[35] Im Kreistag Waiblingen (Baden-Württemberg) wollte die AfD eine Erhöhung des Etats für den kommunalen Wohnungsbau streichen lassen, da dies nicht zum Kernbereich der Kreisaufgaben gehöre.[36] Für eine Partei, die eher die kommerzielle Immobilienwirtschaft hofiert, scheint dies konsequent. Geradezu zynisch erscheint die Logik, dass Menschen, die sich die Miete nicht mehr leisten können, ihre Wohnung kaufen sollten. Entsprechende Anträge wurden von der AfD zum Beispiel im Berliner Abgeordnetenhaus eingebracht. Angriffe auf Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften werden in der Regel mit Hetze gegen die Unterbringung von Geflüchteten verbunden.

3.2 SOZIALCHAUVINISMUS

Vor allem in großen Städten instrumentalisieren Rechte vermehrt Obdachlose, um gegen Nichtdeutsche zu hetzen. So fragt die AfD nach dem Anteil von EU- und Nicht-EU-Ausländer*innen an Obdachlosen etwa im Kreis Teltow-Fläming (Brandenburg).[37] Ob ein «Kältebus» der AfD in Essen,[38] eine «Päckchenaktion» der AfD Sächsische Schweiz-Osterzgebirge[39] oder Spendenaktionen von Neonazis wie von dem «Bürgerbund Sachsen-Anhalt»[40] für «deutsche Obdachlose» – Kern solcher Aktionen ist nicht das Herz für sozial Benachteiligte. Der Stadtrat von Schweinfurt (Bayern) etwa erhöhte die «Wohngebühr» für Obdachlosenunterkünfte mit den Stimmen von CSU, AfD und mehrheitlich der SPD drastisch, was die Betroffenen zusätzlich belastet.[41] In einzelnen Fällen richten sich die Vorstöße gezielt gegen Sinti und Roma. So fragte der AfDler Carsten Hütter im Landtag Sachsen, wie viele Sinti und Roma deutscher und anderer Staatsangehörigkeit im Land leben würden.[42] Auch in Dortmund ließ sich die AfD über «die Roma-Problematik» aus, so heißt es in einer Pressemitteilung: «Mit Hilfe der hiesigen Sozialindustrie» würde «ein zunehmend teureres Füllhorn an Sozial-

35 AfD Sozial: Antje Göring-Kube. AfD Sozial – Langversion, 4.10.2018, unter: www.youtube.com/watch?time_continue=38&v=UGDSI8PUPIM. **36** Fechter, Armin: Streit um das Wohnungsbauprogramm, in: Backnanger Kreiszeitung, 17.12.2018, unter: www.bkz-online.de/node/1201361. **37** Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming, Anfrage 5-3495/18-KT, 27.3.2018. **38** Fiftyfifty: Hilfe nur für Deutsche? AfD mit «Kältebus für Obdachlose», unter: www.fiftyfifty-galerie.de/aktuell/3264/hilfe-nur-fr-deutsche-afd-mit-kltebus-fr-obdachlose. **39** Teidelbaum, Lucius: Ein Herz für (Deutsche) Obdachlose?, in: der rechte rand 170, Januar 2018, unter: www.der-rechte-rand.de/archive/2868/kein-herz-obdachlose/. **40** Bitterfeld-rechtsaußen: Engagement für Obdachlose – Neonazis als Helfer?, 28.11.2015, unter: www.facebook.com/bitterfeldrechtsaussen/posts/das-mdr-magazin-exakt-berichtete-in-seiner-letzten-ausgabe-auch-%C3%BCber-die-brigade/1653281031615380/. **41** Stadtrat für Gebührenerhöhung in Obdachlosenunterkunft, in: Schweinfurt City, 24.10.2018, unter: www.swity.de/2018/10/24/stadtrat-fuer-gebuehrenerhoehung-in-obdachlosenunterkunft/. **42** Ayyadi, Kira: Wie viele Sinti und Roma leben in Sachsen?, in: Belltower news, 25.6.2018, unter: www.belltower.news/afd-anfrage-wie-viele-sinti-und-roma-leben-in-sachsen-48380/.

staatsleistungen ausgeschüttet».[43] Auch Menschen mit Behinderung werden thematisiert. Im Bundestag fragte die AfD etwa nach dem Zusammenhang zwischen Behinderungen und Migrationshintergrund, und versucht dadurch, einen solchen zu konstruieren.[44] Dieses Beispiel verdeutlicht, dass die AfD nicht nur in Reden, Anträgen und Gesetzentwürfen, sondern vor allem auch mit dem Mittel der Kleinen Anfrage versucht, Material für ihr Weltbild zu sammeln.

3.3 KINDER- UND JUGENDPOLITIK

Durch den Einzug der AfD, aber auch der NPD in kommunale Gremien haben Rechte vermehrt Einblick in die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort. In den Jugendhilfeausschüssen erhalten sie Daten und Einsicht in Konzepte und Programme von Jugendfreizeiteinrichtungen und Schülerclubs. Dabei werfen rechte Politiker*innen den Trägern, Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen immer wieder vor, sie seien «linksextremistisch». Erziehungskonzepte, die antirassistische Arbeit fördern und Kinder im Sinne von Menschenrechten und Mündigkeit weiterbilden, werden kriminalisiert und diffamiert. Dabei geht es rechten Politiker*innen im Wesentlichen darum, Politik über die Kürzung kommunaler Gelder zu machen oder Bewerbungen von missliebigen Trägern zurückzuweisen, wenn öffentliche Ausschreibungen erfolgen. Immer wieder sehen sich Träger dazu gezwungen, sich zu rechtfertigen und zu wehren.[45] Darüber hinaus beschäftigen sich die Anträge mit Bildungskonzepten, die die Rechten als «Frühsexualisierung» ablehnen und denen eine «christlich-abendländliche» Erziehung in Kita und Schule gegenübergestellt wird (→ Punkt 3.4 Anti-Gender).[46] In elf Anträgen und Anfragen in Niedersachsen und Hessen hat die AfD die Situation in Kindertagesstätten thematisiert.[47] So stellte die AfD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Offenbach (Hessen) einen Änderungsantrag zu «flexiblen Öffnungszeiten für Alleinerziehende, Schichtarbeiter und Auszubildende».[48] Dieser Antrag setzt sich für eine Nutzung flexibler Öffnungszeiten ausschließlich für die ange-

43 AfD Ratsfraktion Dortmund: Das große Füllhorn der Sozialmarktbeschicker – Der Dortmunder Roma und Sinti-Report 2017 der Stadt liegt vor, 29.6.2017, unter: www.afd-do-fraktion.de/item/369-das-grosse-fuellhorn-der-sozialmarktbeschicker-der-dortmunder-roma-und-sinti-report-2017-der-stadt-liegt-vor. **44** Deutscher Bundestag, Drucksache 19/1444, 22.3.2018. **45** Dieckmann, Marcel: Jugendsozialarbeit im Visier – Rechtspopulistische Angriffe und Einschüchterungsversuche, in: Berlin rechtsaußen – der Berlin-Blog vom apabiz, 11.12.2018, unter: https://rechtsaussen.berlin/2018/12/jugendsozialarbeit-im-visier-rechtspopulistische-angriffe-und-einschuechterungsversuche/?fbclid=IwAR0lkhKffIcUaA5ecUwdPz3ogWEzNMLbncwUlYaL6mwf7qN5GYXLnl59eCw. **46** Beliebte Weihnachtsbräuche, in: Frankfurter Rundschau, 21.11.2016, unter: www.fr.de/rhein-main/alle-gemeinden/offenbach/offenbach-beliebte-weihnachtsbraeuche-a-293422. **47** Hafeneger, Benno (Hrsg.): AfD in den Parlamenten. Themen, Strategien, Akteure, in: Wochenschau Verlag, 2018, S. 115. **48** AfD-Fraktion Offenbach: Änderungsantrag Pilotprojekt für flexible Öffnungszeiten in Kitas, 29.09.2016, 2016-21/DS-I(A)0074/2.

sprochene Zielgruppe und nur unter der Bedingung ein, dass berufliche Gründe für eine solche Nutzung vorliegen. Das bedeutet, dass vor allem Alleinerziehende nur im Rahmen der vereinbarten und nachgewiesenen Lohnarbeitszeit diese flexiblen Kitaöffnungszeiten nutzen könnten.

Immer wieder werden auch Fälle von völkischen Nationalist*innen bekannt, die in Elternvertretungen von Kitas oder Schulen aktiv sind. Der bekannte Neonazikader Thomas «Steiner» Wulff etwa war zeitweise Elternvertreter an der Schule seines Sohnes.[49]

3.4 ANTI-GENDER UND LGBTIQ*-FEINDLICHKEIT

Ein wichtiger Themenbereich für Rechte fast aller Couleur ist die Ablehnung von Geschlechtergerechtigkeit, Feminismus und Genderpolitik. Sie weisen zurück, dass Geschlecht eine soziale Kategorie ist, und naturalisieren nicht nur die Zweigeschlechtlichkeit, sondern auch die Familie aus Mutter, Vater und Kindern und die vermeintlich dazugehörigen Verhaltensweisen, Rollen- und Aufgabenverteilungen.

Immer wieder stellen AfD-Fraktionen Anträge zur Streichung von «Gender Budgeting», lehnen das Gendern – etwa mit Sternchen oder Binnen-I – in der Verwaltungssprache kategorisch ab und bezeichnen Gender-Mainstreaming als groteske Ideologie. Auch von einer «Übererfüllung der Frauenquote in der Kreisverwaltung» ist die Rede, denn es müsse weiterhin die «Vereinbarkeit von Beruf und Familie» im Vordergrund stehen.[50] Oftmals wird wahlweise die Ausweitung des Aufgabenbereichs der Gleichstellungsbeauftragten der jeweiligen Körperschaften auf die Gleichberechtigung von Männern oder gleich die zusätzliche Einsetzung von Männerbeauftragten gefordert. In Treptow-Köpenick (Berlin) möchte die AfD die Umbenennung des Mädchenpreises – der Preis wird vom Bezirk jährlich an Mädchen vergeben, die sich sozial engagieren – in «Jugendpreis» erreichen, da die bisherige «Diskriminierung» von Jungen gegen das Grundgesetz verstoße.[51]

Im Bereich der Sexualerziehung zog eine Broschüre über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt für Fachkräfte in Kindertagesstätten eine Flut von Anträgen und Anfragen nach sich.[52]

Die AfD im Brandenburger Landtag wollte 2017 die Förderung der «Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule Trans* Belange» strei-

49 Adam, Jan: T-Shirt-Affäre nimmt positive Wendung – Thomas «Steiner» Wulff nicht mehr im Elternrat, in: Endstation Rechts., 20.9.2007, unter: www.endstation-rechts.de/news/t-shirt-affaere-nimmt-positive-wendung-thomas-steiner-wulff-nicht-mehr-im-elternrat.html. **50** AfD Kreisfraktion Offenbacher-Land: AfD Antrag zur Übererfüllung der Frauenquote, 20.10.2016, unter: www.afd-ofl.de/afd-antrag-zur-uebererfullten-frauenquote/. **51** Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin, Drucksache VIII/0628, 13.12.2018. **52** Queer Format: Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik, 2018, unter: www.queerformat.de/wp-content/uploads/mat_kita_QF-Kita-Handreichung-2018.pdf.

KREATIV UND MIT HUMOR GEGEN RECHTE INITIATIVEN

Während einer Landtagsdebatte in Sachsen-Anhalt im Mai 2018 zu Geschlechtsidentitäten fragte ein AfD-Abgeordneter, wie viele Geschlechter es denn nach Meinung der Linken gäbe. Der grüne Abgeordnete Sebastian Striegel antwortete mit einem Zwischenruf, dass es 42 wären. Der damalige AfD-Fraktionsvorsitzende Poggenburg versuchte daraufhin, sich bei Twitter über Striegel und den «linken geistigen Verfall» lustig zu machen. Auch nach mehrfacher Aufklärung verstand er offenbar nicht, dass er sich blamiert hatte. Die Antwort «42» sollte nicht nur die Absurdität der Frage kommentieren, sondern war ein Zitat aus dem Roman «Per Anhalter durch die Galaxis» von Douglas Adams: Hier lautet die Antwort auf die «Frage nach dem Leben, dem Universum und dem ganzen Rest» «42». Die Debatte fand an einem Gedenktag für den Autor Douglas Adams statt. Im September 2018 brachte die AfD einen Antrag in den Landtag von Thüringen ein, der die Förderung von Kulturveranstaltungen einschränken sollte. Ein Alternativantrag der CDU wollte gar die Streichung des Interventionsfonds des Landesprogramms für Demokratie. Aufhänger war ein geplantes «Aufmucken gegen rechts»-Konzert, auf dem Punkbands spielen sollten. Die linke Abgeordnete Katharina König-Preuss reagierte mit einer fulminanten Rede, in der sie fast 40 Bandnamen und passende Zitate aus Punksongs unterbrachte.

Quellen: 42? So blamierte sich AfD-Mann Poggenburg auf Twitter, in: BZ, 25.5.2018, unter: www.bz-berlin.de/deutschland/42-so-blamierte-sich-afd-mann-poggenburg-auf-twitter; Thüringer Landtag, Protokoll, 6. Wahlperiode, Protokoll 128. Sitzung, 27.9.2018

chen.[53] Ein Verordneter der AfD im Kreistag Peine (Niedersachsen) fand es auf Facebook «konsequent», dass Homosexuellen in Uganda lebenslange Haft droht.[54] Er nahm – neben vielen anderen rechten Politiker*innen – am «Marsch für das Leben» im September 2015 in Berlin teil. Die veranstaltenden «Lebensschützer» betrachten Abtreibungen grundsätzlich als Verbrechen – wahlweise am christlichen Glauben oder am (weißen) Volk. Formulierungen wie «Abtreibungsholocaust» verharmlosen zudem die Shoa.[55]

Die AfD versucht, sich auch beim Thema LGBTIQ* tolerant zu geben. Auch Vereinigungen wie «Homosexuelle in der AfD» oder «Alternative Homo-

53 «Benachteiligung der heterosexuellen Mehrheit»: AfD will Förderung queerer Gruppen streichen, queer.de, 1.6.2017, unter: www.queer.de/detail.php?article_id=28958. **54** AfD-Spitzenkandidat befürwortet Verfolgung von Homosexuellen, queer.de, 28.4.2016, unter: www.queer.de/detail.php?article_id=26030. **55** Apabiz: Lebensschutz-Bewegung, unter: www.apabiz.de/rubrik/lebensschutz-bewegung/.

sexuelle» (AHO) wurden gegründet. In der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg in Berlin machte eine AfD-Verordnete 2018 sogar publik, den Geschlechtswechsel zum Mann inklusive Namenswechsel juristisch vollzogen zu haben.[56] Die politische Praxis der Partei sieht allerdings keinerlei Notwendigkeit für den Schutz oder Beratungsangeboten von trans*, queer*- oder homosexuellen Menschen.

3.5 BILDUNGSPOLITIK

Im Bereich Bildungspolitik behandeln Initiativen extrem rechter Politiker*innen häufig tatsächlich relevante Fragen, wie den Zustand der Schulgebäude, Lehrer*innenmangel, Hygiene oder kostenloses Mittagessen. Aber auch in diesem Feld zeigen sich schnell die ideologischen Hintergründe. So wird nach dem Anteil von migrantischen Schüler*innen, Gewalt von muslimischen Schüler*innen, das angebliche Verbot von Schweinefleisch oder die herbeifantasierte Bevorzugung von geflüchteten Kindern bei der Schulzuweisung gefragt. Auch Lernmethoden wie das «Schreiben nach Hören», durch die die deutsche Sprache gefährdet werden würde, werden problematisiert. Hinzu kommen Forderungen nach der Einführung von Schuluniformen, etwa in Berlin.

Besonders verbissen agiert die AfD, wenn es im Unterricht um ihre Politik geht. Ihrer Meinung nach wird auch hier das Neutralitätsgebot verletzt. Um unliebsame Berichte und Unterrichtsinhalte zu bekämpfen, hat die Partei in mehreren Bundesländern eine Art Lehrerpranger eingerichtet: Auf eigens erstellten Webseiten sollen Lehrer*innen gemeldet werden, die über die AfD – aus ihrer Perspektive negativ – aufklären.

Auch in der Erwachsenenbildung macht die AfD Feinde ausfindig, indem sie beispielsweise gegen Kurse und Vorträge an Volkshochschulen vorgeht, da dort etwa Islamisierung gefördert[57] oder «Anti-AfD-#Hetze» betrieben werden würde.[58] Ihre Argumentation mit dem sogenannten Beutelsbacher Konsens[59] stellt allerdings dessen Überwältigungsverbot und das Ausgewogenheitspostulat völlig auf den Kopf und interpretiert ihn als Freibrief für völkische und rassistische Propaganda, welche im Meinungsspektrum ihren Platz haben müsse.

Im Bereich Hochschulen problematisieren extreme Rechte Studiengänge wie Gender Studies oder fragen nach Personal und Finan-

56 Hinck, Gunnar: Geduldet in der AfD, in: taz. die tageszeitung, 21.2.2018, unter: www.taz.de/!5483989/. **57** AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag: Volkshochschule fördert Islamisierung, 17.1.2018, unter: https://afd-fraktion-sachsen.de/presse/pressemitteilungen/volkshochschule-foerdert-islamisierung.html. **58** Düsterwald, Marco: Mit den Rechten reden – Warum eigentlich nicht? Ein Erfahrungsbericht, in: vhs depesche. Landesverband Nordrhein-Westfalen, 6.5.2018, unter: https://vhs-depesche.nrw/mit-den-rechten-reden-warum-eigentlich-nicht-ein-erfahrungsbericht. **59** Der 1976 entwickelte Beutelsbacher Konsens legt Grundsätze für die politische Bildung fest.

zierung der Studierendenvertretungen. Sie treten aber auch selbst zu den Wahlen der Studierendenparlamente an. In Magdeburg und Halle gingen Hochschulgruppen, die sich «Studentische Interessen» und «Freies Denken» nennen und zur NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) gehörten, bei den Wahlen zum Studierendenrat (StuRa) 2007 und 2008 leer aus. Die «Campus Alternative», eine Hochschulgruppe der Identitären von «Kontrakultur Halle», zog 2018 mit einem Sitz in den StuRa der Martin-Luther-Universität ein.[60] Rechte Studierende der AfD-Jugend Junge Alternative (JA) oder aus den Burschenschaften gehen gezielt in emanzipativ, links und menschenrechtlich ausgerichtete Veranstaltungen etwa der Allgemeine Studierendenausschüsse (ASten), um anschließend gegen deren Unausgewogenheit zu protestieren und die meist überrumpelten Uni-Verwaltungen zu kopflosen Handlungen zu verleiten.

3.6 GESUNDHEITSPOLITIK

Auch in der Gesundheitspolitik geht es Rechten – wenn auch oft implizit – um Hetze gegen Migrant*innen und Migration. Immer wieder wird nach Fallzahlen meldepflichtiger Infektionskrankheiten gefragt. Dabei geht es beispielsweise um HIV, Tuberkulose oder Krätze.[61] Häufig wird ausgerechnet nach den Jahren ab 2015 gefragt, womit offensichtlich auf Antworten mit signifikanten Fallsteigerungen durch Geflüchtete gehofft wird. Der bayerische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Winhart meinte bei einer Wahlkampfveranstaltung 2018: «Ich möchte wissen, wenn mich in der Nachbarschaft ein Neger anküsst oder anhustet, dann muss ich wissen, ist der krank oder ist er nicht krank.»[62] Im Kreistag Rhein-Sieg (Nordrhein-Westfalen) wollte die Kleinstpartei «Demokratie durch Volksabstimmung» 2016 die Förderung der Aids-Hilfe streichen. Die absurde Begründung war, dass ein HIV-Virus bisher gar nicht nachgewiesen sei.[63] Im Kreistag Helmstedt (Niedersachsen) hatte die NPD in Kooperation mit der CDU 2006 mehr Erfolg: Hier wurde die beantragte Förderung der Aids-Hilfe nicht bewilligt.[64] Seit Langem wird in vielen Kommunen diskutiert, ob kommunale Kliniken privatisiert werden sollten. Ergebnis einer solchen Privatisierung ist, dass wirtschaftli-

60 Eseppelt: Linke bleiben stärkste Stura-Kraft, IB ist mit drin, in dubisthalle.de, 17.5.2018, unter: https://dubisthalle.de/linke-bleiben-staerkte-stura-kraft-ib-ist-mit-drin. **61** AfD Fraktion Chemnitz: Infektionskrankheiten, RA-183/2018, 16.3.2018. **62** AfD-Kandidat warnt vor «Neger»-Krankheiten – und wird vom Gesundheitsamt zerlegt, in: Stern, 11.10.2018, unter: www.stern.de/politik/deutschland/afd-mann-warnt-vor—neger—krankheiten---seine-quelle-widerspricht-8397196.html, Video unter: www.rfo.de/mediathek/video/ermittlungen-gegen-andreas-winhart/. **63** Fleck, Helmut: Volksabstimmung. Ab jetzt Demokratie durch Volksabstimmung – Politik für die Menschen, 6.12.2016, unter: https://blog.demokratie-durch-volksabstimmung.de/PDF/2017/20_04_2017/Kreistag_19_12/Aenderungsantraege_Volksabstimmung_zum_Doppelhaushalt_2017_-_2018.pdf. **64** Schwarz-Braun in Helmstedt, in: taz. die tageszeitung, 25.1.2007, unter: www.taz.de/!324998/.

che Belange über das Wohlergehen der Patient*innen, also über die öffentliche Daseinsfürsorge gestellt werden. Im Kreistag Darmstadt-Dieburg (Hessen) wollte die AfD 2017 das Kreisklinikum privatisieren, was die anderen Parteien ablehnten.[65] Eine unschöne Situation gibt es in der Debatte um das Kreiskrankenhauses Wolgast (Mecklenburg-Vorpommern). Auf der Seite der Gegner*innen der Teilschließung finden sich neben LINKEN auch NPD und AfD. Gerade in solchen Situationen unfreiwilliger Kooperation sollte eine klare Distanzierung gegenüber Rechten öffentlich kommuniziert werden.

3.7 RECHTS- UND INNENPOLITIK

In der Rechts- und Innenpolitik setzen radikale Rechte – wenig überraschend – vor allem auf Repression, aber – ebenso erwartbar – auch auf Rassismus und die Verharmlosung von rechter Gewalt und der Bedrohung von rechts.

3.7.1 Drogenpolitik

Traditionell versuchen Rassist*innen, Drogenhandel als Problem darzustellen, das von «Ausländern» ins Land gebracht würde, um Deutschen zu schaden. Die Formel heißt «Drogen = kriminell = Ausländer». Entsprechende Anfragen und Anträge finden sich in vielen Kommunalvertretungen.

Dabei sind einige Neonazis wohl eher froh über offene Grenzen in der Europäischen Union (EU), da sie selbst tief in den Handel etwa mit der Modedroge Crystal Meth verstrickt sind.[66] Die zweite Konstante rechter Drogenpolitik: In der Regel kennen sie nur das Mittel der Repression, um illegale Drogen zu bekämpfen. Von Legalisierung, humaner Behandlung von Suchtkranken oder den Gefahren durch legale Drogen (Alkohol, Medikamente, Nikotin) wollen sie zumeist nichts wissen. Auch präventive Maßnahmen, wie zum Beispiel die Einrichtung von Konsumräumen zur Ermöglichung des gefahrloseren Konsums oder das kostenlose Verteilen steriler Utensilien an Drogenkranke auf der Straße und in Diskotheken, lehnen sie ab.

3.7.2 Bürgerdienste

In vielen Kreisen und Gemeinden fordern autoritäre Rechte eine repressivere Ordnungspolitik, wenn es um illegale Müllentsorgung, Lärm, wildes Plakatieren oder Graffiti geht. Die Ordnungsämter sollen unter anderem schärfer gegen Verstöße vorgehen und höhere Bußgelder verhängen dürfen.

65 Jörs, Reinhard: Kreistag Darmstadt-Dieburg lehnt AfD-Antrag zur Klinikprivatisierung geschlossen ab, echo-online.de, 01/2018, unter: www.echo-online.de/lokales/darmstadt-dieburg/kreis-darmstadt-dieburg/kreistag-darmstadt-dieburg-lehnt-afd-antrag-zur-klinik-privatisierung-geschlossen-ab_17684521#. **66** Baumgärtner, Maik: Crystal Meth. Die Droge aus der Neonazi-Szene, in Deutschlandfunk Kultur, 18.5.2015, unter: www.deutschlandfunkkultur.de/crystal-meth-die-droge-aus-der-neonazi-szene.1008.de.html?dram:article_id=320133.

Wenn etwa die AfD Posten wie Beigeordnete für Ordnungsangelegenheiten stellt, nutzt sie diese, um sich als «Kümmerer» für die oft zitierten «deutschen Tugenden» Ordnung und Sauberkeit zu präsentieren.

3.7.3 Polizei/Geheimdienste

Auch wenn Kommunen keinen direkten Einfluss auf Polizei oder (Inlands-) Geheimdienste haben, versuchen extreme Rechte doch, ihre Law-and-Order-Vorstellungen auch hier durchzusetzen. Oftmals geht es dabei um die kommunale Anwendung von Überwachungsgesetzen, beispielsweise bei der Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Datenschutz spielt in den Argumentationen keine Rolle.

3.7.4 Schöffenwahlen

Seit jeher versuchen Reaktionäre, Einfluss auf die Justiz zu nehmen. International wurden die Versuche, in der Türkei, in Polen oder in den USA, Richter*innen auszutauschen, breit debattiert. Aber auch in Deutschland gibt es Zugriffsmöglichkeiten für die extreme Rechte auf Justizstrukturen. In den Ländern werden regelmäßig Richterwahlausschüsse, auf kommunaler Ebene Laienrichter*innen, sogenannte Schöff*innen, gewählt. Seit vielen Jahren ruft beispielsweise die NPD ihre Klientel auf, sich bei den entsprechenden Wahlen zu bewerben – punktuell mit Erfolg. So wurde etwa die Kreisvorsitzende der NPD Meißen (Sachsen) zur stellvertretenden Schöffin am Amtsgericht Riesa gewählt.[67] Auch AfD oder Pegida versuchten bei den letzten Schöffenwahlen zur neuen Legislatur, die Anfang 2019 begann, ihnen genehme Personen in diese wichtigen Positionen zu bringen.[68] In Lüneburg (Niedersachsen) wurde eine Liste mit potenziellen Jugendschöff*innen durch den Stadtrat beschlossen, auf der auch drei Neonazis standen.[69] Aufgrund von Kritik wurde die Abstimmung neu angesetzt.

3.8 WIRTSCHAFTSPOLITIK/REKOMMUNALISIERUNG

Bei der rechten Wirtschaftspolitik in Kommunen geht es im Wesentlichen um zwei Aspekte: Einerseits geht es um die Verhinderung eines «Ausverkaufs» durch ausländische Investor*innen. Selbstredend sollen also deutsche Unternehmen bevorzugt werden. Im Bereich kommunalen Eigentums geht es folglich meist auch nicht um die Verhinderung von Privatisierungen, sondern darum, an wen etwa kommunale Eigenbetriebe verkauft werden sollen. Je nach Akteur*in richten sich rechte Anträge aber auch gegen Privatisierungen. Die Argumentation der AfD im Fall des Neubaus einer Autobahn-

67 NPD-Schöffin: Ehrenamtlich eine Gegenmacht aufbauen, Alternative Dresden News, 24.3.2010, unter: www.addn.me/news/npd-schoeffin-ehrenamtlich-eine-gegenmacht-aufbauen/. **68** Wüstenberg, Daniel: Wie AfD und NPD ihre Anhänger zu Richtern machen wollen, in: Stern, 28.2.2018, unter: www.stern.de/politik/deutschland/schoeffenwahl--wie-afd-und-npd-ihre-anhaenger-zu-richtern-machen-wollen-7878050.html. **69** Einspruch. Lüneburger Stadtrat will Neonazis zu Schöff*innen machen, in: Antifaschistische Aktion Lüneburg, 8.6.2018, unter: https://antifa-lg-ue.org/2018/06/03/einspruch/.

strecke bei Heilbronn (Baden-Württemberg) macht die Zielrichtung deutlich: Die AfD lehnte die Finanzierung über eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) nicht etwa ab, weil dies zu einer Abhängigkeit von privaten Wirtschaftsinteressen führen würde, sondern weil damit aus ihrer Sicht die Schuldenbremse umgangen werden würde.[70]

3.9 LOBBYISMUS-/KORRUPTIONSKRITIK

Rechte Kritik an Korruption und Lobbyismus macht sich häufig an der «Selbstbedienungsmentalität» der «Altparteien» bei der Verteilung von Posten in Verwaltungs- und Aufsichtsräten von Unternehmen in (teilweisen) kommunalem Eigentum fest. Vor allem die Sitzungsgelder und sonstigen Vergütungen werden dabei generell als Hinweis auf Käuflichkeit angesehen, wie zum Beispiel die AfD im Kreistag Heilbronn (Baden-Württemberg) in einem Statement deutlich machte.[71]

3.10 VERKEHR/AUTOFAHRER-LOBBY

Spätestens seit 2018 sind Fahrverbote für bestimmte schadstoffintensive Autos in vielen Städten ein Thema. Einige Gerichte haben geurteilt, dass solche Verbote wegen ständiger Überschreitung von Abgasgrenzwerten zu verhängen sind. Während die Autoindustrie sich mit allerlei Tricks aus ihrer Verantwortung für zu hohe Schadstoffausstöße zu stehlen versucht, springt ihnen die AfD mit ihrer Kampagne «Ja zum Diesel!» zur Seite. Die den Urteilen zugrunde liegenden Klagen der Deutschen Umwelthilfe seien eine «ideologisch geprägte Aktion».[72] Schließlich seien die EU-Grenzwerte für Stickoxide viel zu niedrig und eine Gesundheitsgefährdung gar nicht erwiesen. Zudem wird zu einem der schärfsten Schwerter der deutschen Politik gegriffen: Die «Diesel-Hysterie» würde Arbeitsplätze gefährden. Die Kampagne der AfD passt gut zu den vielen Anträgen, in denen sie in den Kommunen gegen den Ausbau der Fahrradinfrastruktur und gegen tatsächliche oder behauptete Einschränkungen des Autoverkehrs agitiert. In Berlin-Neukölln beantragte die AfD beispielsweise Schwerpunktkontrollen und Nachschulungen, um «gefährliches Verkehrsverhalten von Radfahrern wirksam bekämpfen» zu können.[73] In mehreren Bezirken ging die Partei mit Anträgen gegen Tempo-30-Zonen vor, die zu Testzwecken einge-

70 Palka, Thomas Axel: Spatenstich zum Neubau der Neckartalbrücke, 10.4.2017, unter: www.thomas-palka.de/2017/04/spatenstich-neckartalbruecke/. **71** AfD Kreisverband Heilbronn: Keine Korruption im Kreistag, 18.11.2016, unter: www.afd.hn/p/kreistag-keine-korruption-121.html. **72** AfD: Ja zum Diesel – machen Sie mit!, unter: www.afd.de/ja-zum-diesel/. **73** Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin: Drucksache 0517/XX, 20.2.2018.

richtet wurden, um die hohe Stickoxidbelastung zu verringern.[74]
Ähnlichen Argumentationen folgte die Schill-Partei in der Hamburger Regierung mit der CDU ab 2001. Schill-Verkehrssenator Mario Mettmann ließ schon in den ersten Monaten «rot-grüne Verkehrsschikanen» angehen. Die Zahl von Tempo-30-Zonen wurde verringert, Tempo-100-Regelungen auf Hamburger Autobahnstücken aufgehoben, Poller entfernt und eine nach einem tödlichen Unfall angelegte Busspur in eine Autospur rückumgewandelt. Ursprünglich sollten auch Blitzer entfernt werden.[75]

3.11 «KÜMMERER»-THEMEN

Viele rechte Anträge beschäftigen sich mit auf den ersten Blick unverdächtigen Themen. Aber harmlose rechte Anträge gibt es nicht. Oftmals geht es dabei um Anliegen, mit denen sich die Rechten als diejenigen darstellen wollen, die als Einzige den Willen der viel beschworenen «kleinen Leute» artikulieren würden. Besonders deutlich wird dies bei Anträgen, die sich um die Reparatur einer Parkbank, Schäden an einem bestimmten Fußweg oder Müll auf einem Spielplatz drehen. Solche Anliegen müssten nicht in öffentlicher Sitzung eines Rates diskutiert werden, denn oftmals reicht in solchen Fällen schon ein Hinweis an die zuständige Verwaltung. Klingen die Forderungen auch noch so harmlos und oft sogar nachvollziehbar: Sie dienen immer (auch) der Werbung für die jeweilige rechte Partei oder Liste.

3.12 UMWELT- UND NATURSCHUTZ

Schon die historischen Nationalsozialist*innen verehrten «die Natur», «die Heimat» und «den deutschen Wald» und sprachen von «Heimatschutz». Der Hundefreund Adolf Hitler war Vegetarier. Heute geben Neonazis das Magazin *Umwelt & aktiv* heraus und verbreiten per Video vegane Kochtipps. Die NPD-Jugend Junge Nationaldemokraten (JN) organisierte 2007 eine Kundgebung gegen die Genversuchsanlage in Gatersleben (Landkreis Harz, Sachsen-Anhalt) – Motto: «Umweltschutz ist Heimatschutz». Die NPD im Kreistag Harz beantragte Monate später die Einrichtung einer «gentechnikfreien Region auf freiwilliger Basis durch die Bauern» zu prüfen.[76] Ähnlich wie US-Präsident Trump ignorieren viele Reaktionäre die wis-

74 Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin: Drucksache 0524/V, 13.6.2017. **75** Wipperling, Adriana: Protestparteien in Regierungsverantwortung, Potsdam 2007, S. 219; Carini, Marco/Speit, Andreas: Ronald Schill. Der Rechtsprecher, Hamburg 2002, S. 111f. **76** Der Kreistag Landkreis Harz: Beschlussvorlage 36/2007, 10.8.2007.

senschaftlichen Erkenntnisse und leugnen den Anteil des Menschen am Klimawandel. Im Zusammenhang mit den Klimaschutzzielen des Hessischen Landtags stellt die AfD-Fraktion Rheingau-Taunus fest, dass der Einfluss des Menschen auf Klimaveränderungen nicht wissenschaftlich nachgewiesen sei und die «sogenannten ‹Klimaschutzziele›» abgelehnt werden sollten.[77] Die «maßlose Errichtung» von Windrädern sei außerdem «eine systematische Naturverschandelung und eine nachhaltige Zerstörung unseres kulturellen Lebensraums»[78] und «schütze nicht ein[en] einzige[n] Eisbär[en].»[79] Als im Jahr 2016 Umwelt-Aktivist*innen von «Ende Gelände» mit einer Massenaktion gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz protestierten, bekamen sie nicht nur die Repression der Polizei zu spüren. Ermutigt durch eine vorausgegangene Kampagne, mit der in der Region Angst vor «den Chaoten» geschürt worden war,[80] griffen Neonazis und teilweise auch Teilnehmer*innen von Aktionen der lokalen Bürgerinitiative «Pro-Kohle» Journalist*innen und Klimaschützer*innen tätlich an.[81] Als die «Ende Gelände»-Aktionen zur Rettung des Hambacher Forsts im Kreis Düren (Nordrhein-Westfalen) vor einer Abbaggerung für den Tagebau im Herbst 2018 ihren Höhepunkt erreichten, schlugen sich Politiker*innen der AfD unter anderem im Kreistag Paderborn auf die Seite des Energiekonzerns RWE.[82] Die AfD im Landtag sprach von einer «Hetzjagd» von «vermummten Öko-Hooligans».[83]

3.13 INTERNATIONALES/EU

Die EU wird von praktisch allen völkisch-nationalistischen Parteien abgelehnt. Sie gilt ihnen als Symbol für eine «Fremdbestimmung» der «Deutschen». Nicht von ungefähr war das Thema EU das Gründungsthema der AfD. Im Vorfeld der Europawahlen 2019 entdeckt die Partei das Thema langsam wieder.

Auf kommunaler Ebene scheint internationale und EU-Politik – abgesehen beispielsweise von Städtepartnerschaften – kaum eine Rolle zu spielen. Allerdings steht ein Großteil der Kommunalfinanzen über die diversen Fördertöpfe mit dem EU-Haushalt in Verbindung. Und viele gesetzliche Regelungen, die in den Kommunen umgesetzt werden, gehen auf Entscheidungen

77 AfD-Fraktion Rheingau-Taunus: Antrag 06/17, 13.3.2017. **78** AfD-Fraktion Rheingau-Taunus: Antrag der AfD Fraktion zu römisch III. / Kreistagssitzung 4.10.2016. **79** Ebd. **80** Koester, Elsa: Nach Übergriffen bei «Ende Gelände»: Polizei setzt Nazis fest, in: neues deutschland, 17.5.2016. **81** Rechte Gewalteskalation während der «Ende Gelände»-Proteste durch die Landespolitik totgeschwiegen, inforiot, 7.6.2016, unter: https://inforiot.de/rechte-gewalteskalation-waehrend-der-ende-gelaende-proteste-durch-die-landespolitik-totgeschwiegen/. **82** AfD Kreisverband Paderborn: Grüne Heuchelei zum Hambacher Forst im Kreistag, 18.9.2018, unter: www.afd-kv-paderborn.de/index.php/ct-menu-item-1/beitraege/45-mehr-wuerde-fuer-pfandflaschen-sammler. **83** AfD Fraktion NRW: Hambacher Forst – Rechtsfreier Raum, unter: https://afd-fraktion.nrw/2018/09/15/hambacher-forst-rechtsfreier-raum/.

der EU zurück, so etwa im Vergaberecht, beim Verbraucher- oder Klimaschutz. Auch diese Hintergründe sollten linke Kommunalpolitiker*innen in ihrem jeweiligen Politikfeld kennen, um gegen rechte Argumentationen gewappnet zu sein.

3.14 PLEBISZITE/PARTIZIPATION

Zwar wünschen sich völkische Rechte perspektivisch einen autoritären Staat, aber bevor die nötigen Mehrheiten erlangt sind, geben sie sich aber gern demokratisch. Als probates Mittel sehen sie dafür Forderungen nach mehr Partizipation und direkter Demokratie. Die betreffenden Themen finden sich auf der ideologischen Agenda der jeweiligen Partei. Eins ist all diesen Forderungen gemein: Sie sind stets mit der mindestens impliziten Behauptung verbunden, die Verwaltung bzw. die herrschenden «Kartellparteien» würden Tatsachen verschweigen, um ihre «volksfeindlichen» Machenschaften und Pläne zu verschleiern. Und in der Regel sollen nur jene teilhaben dürfen, die in den Augen der Rechten «deutsch» sind.
Bürgerbeteiligung etwa bei der Standortsuche für neue Geflüchtetenunterkünfte wird in vielen Gremien gefordert. Auch Petitionen gehören nicht nur auf Bundes- und Landesebene zu den Instrumenten extrem rechter Politik. Oft wird auch versucht, Bürgerinitiativen zu vereinnahmen. Die in vielen Bundesländern angebotenen Einwohnerfragestunden in den Gremiensitzungen werden von rechten Aktivist*innen genutzt, um den Verordneten ihrer Partei Gelegenheit zu geben, Themen öffentlich aufzugreifen. Teilweise nutzen NPD- oder AfD-Funktionär*innen das Mittel auch schon, bevor sie Sitze im Gremium haben. Außerdem bieten rechte Parteien, derzeit allen voran die AfD, häufig sogenannte Bürgerdialoge an, um sich «volksnah» zu geben. Und schließlich dienen auch Infostände außerhalb der Wahlkämpfe dazu, der Wahlbevölkerung den Eindruck zu vermitteln, dass ihre Anliegen nur von rechts verstanden werden würden.
In manchen Ländern gibt es die Möglichkeit, durch Plebiszite, also Volksbegehren und Volksentscheide, über Gesetzesvorhaben abstimmen zu lassen, die bislang noch nicht vom Parlament behandelt wurden. Auch dieses Mittel versucht beispielsweise die AfD in Berlin zu nutzen, indem sie – gemeinsam mit CDU und FDP – gegen die Schließung des Flughafens Tegel polemisiert oder aktuell – mit der CDU – für eine drastische Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum wirbt.
Wenn es um die Ausweitung von Wahlrechten geht, stellen sich Rechte klar gegen solche Ansinnen. Die NPD möchte, dass nur «ethnisch Deutsche» wählen dürfen. Dass nicht nur EU-Bürger*innen zumin-

dest kommunal wählen dürfen, sondern in einigen Bundesländern über eine Ausweitung auf alle fest in Deutschland lebende Nichtdeutsche diskutiert wird, hält die AfD für «nicht mit dem Grundgesetz vereinbar».[84] In Thüringen versuchte die AfD im Jahr 2018, die drei Jahre zuvor beschlossene Absenkung des aktiven, kommunalen Wahlalters auf 16 Jahre mit einer Verfassungsklage zu kippen, scheiterte damit aber.[85]

3.15 ASYL/GEFLÜCHTETE/MIGRATION

Seit vielen Jahren ist der Themenkomplex Asyl/Geflüchtete/Migration für die völkische Rechte zentral. Beliebter Bezugspunkt ist ihnen dabei die angeblich verfassungswidrige und in krimineller Absicht von verborgenen Mächten durchgesetzte «Grenzöffnung» durch Kanzlerin Merkel im Jahr 2015. Dabei kann die extreme Rechte an die rassistischen Kampagnen, die seit Jahrzehnten auch von anderen konservativen Parteien geführt worden sind, anknüpfen. Die in Bayern noch aktiven Bürgerinitiativen Ausländerstopp (BIA) gehen auf gleichnamige NPD-nahe Gruppen zurück, die im Zuge der Debatten um die Bundestagswahl 1980 gegründet worden waren. Damals versuchten CDU und CSU auf Grundlage von Untersuchungen von Meinungsforscher*innen, eine «ausländerkritische Haltung in der Bevölkerung» zu bedienen.[86] Im Programm der Regierung des neugewählten Kanzlers Helmut Kohl hieß es Ende 1982: «Deutschland ist kein Einwanderungsland.»[87] Seitdem sind nicht nur aus völkischen Kreisen Worte wie «Überflutung», «Sozialparadies Bundesrepublik Deutschland», «Kanaken», «Asylmissbrauch», «Scheinasylanten» oder «Asylbetrüger» zu hören.[88] Der damalige bayerische Innenminister Edmund Stoiber (CSU) drohte unionsinternen Gegner*innen einer entsprechenden, schon damals diskutierten Grundgesetzänderung 1986 mit dem Bruch der Zusammenarbeit zwischen den Schwesterparteien. Die Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes, also die faktische Abschaffung des Asylrechts, kam dann 1993 nach jahrelangen pogromartigen Ausschreitungen gegen Geflüchtete und andere (tatsächliche und vermeintliche) Nicht-Deutsche mit zahlreichen Toten. Dem sogenannten «Asylkompromiss» stimmten im Bundestag auch SPD und FDP zu.

Die Anschläge vom 11. September 2001 unter anderem auf das New Yorker Word Trade Center be-

84 Ausweitung des Wahlrechts für Ausländer ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, in: AfD Kompakt. Mitgliedermagazin, 8.6.2018, unter: https://afdkompakt.de/2018/06/08/ausweitung-des-wahlrechts-fuer-auslaender-ist-mit-dem-grundgesetz-nicht-vereinbar/. **85** Niederlage für AfD: Wahlrecht für 16-Jährige verstößt nicht gegen Landesverfassung, in: Thüringer Allgemeine, 26.9.2018, unter: www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Niederlage-fuer-AfD-Wahlrecht-fuer-16-Jaehrige-verstoesst-nicht-gegen-Landesver-723863857. **86** Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, 2001, S. 249 f. **87** Ebd. **88** Vgl. ebd., S. 266 ff.

feuerten das Thema erneut – diesmal antimuslimisch aufgeladen. SPD-Mitglieder wie der ehemalige Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky und der frühere Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin schrieben Bestseller, was ihnen medial den Ruf einbrachte, sie hätten «Mut, unbequeme Wahrheiten auszusprechen». Vor allem Sarrazin entwickelte sich mit seinem Buch «Deutschland schafft sich ab», von dem mehr als 1,5 Millionen Exemplare verkauft wurden, zu einer Art Kronzeuge für Rassist*innen und sogenannte Islamkritiker*innen. Endlich durfte wieder gesagt werden, was angeblich alle dachten, räsonierte es im Blätterwald.[89]

Seit 2015 erlebt die Debatte um das Recht auf Asyl, um Geflüchtete, (Arbeits-)Migration und den Einfluss des Islams auf Einwanderungsgesellschaften nun einen neuen Höhepunkt. Von «Asylflut», «Asylmissbrauch» und Deutschland als angeblichem «Sozialamt der Welt» sprechen auch heute nicht nur NPD und Co., sondern auch Teile der Union. Ein aufmerksamer Blick auf die Wahlplakate rechter Gruppierungen gibt hier Aufschluss.

Der neuen Partei AfD bescherte die rassistische Debatte um den Zuzug Geflüchteter auf dem Mutterboden von Sarrazins «Wahrheiten» eine reiche Ernte, die sie in alle Länderparlamente, den Bundestag und viele Kommunalvertretungen brachte und bringt.

In vielen Kommunen werden aktuell Unterkünfte für Geflüchtete gesucht. Angesichts von Wohnraummangel und den zu geringen Beständen kommunaler Wohnungs(bau)gesellschaften oder -genossenschaften ist entsprechender Wohnraum oft nur durch Umwidmungen und Neubauten zu schaffen. Die AfD versucht mit allen denkbaren Mitteln, diese Bemühungen zu stören oder als «Ausverkauf» zu denunzieren.

Immer wieder gerieren sich extrem Rechte und vor allem die AfD im Kampf gegen die von ihr imaginierte «Umvolkung» als die Partei, die die Forderungen der (deutschen) Anwohner*innen von existierenden oder geplanten Unterkünften aufnimmt. Mit wachsendem Fachwissen werden Regelungen des Baurechts gegen geplante Unterkünfte wie MUFs («Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge») vorgegangen. In manchen Fällen entdecken NPD oder AfD auch ihr Herz für den Umweltschutz, indem sie die Rodung von Bäumen für die Baulandgewinnung[90] oder das Vorkommen seltener Pflanzen thematisieren, um gegen geplante Geflüchtetenunterkünfte vorzugehen. Nahezu jedes Thema wird mit Asyl und/oder dem Islam verbunden.

89 Ambs, Ramona: Sarrazins willige Vollstrecker, haGalil.com. Jüdisches Leben online, 12.10.2009, unter: www.hagalil.com/2009/10/sarrazin/. **90** Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf, Drucksache 0135/V, 8.2.2017.

3.16 FEINDBILD ISLAM

Der Islam ist spätestens seit der in Teilen völlig überzogenen Sicherheitsdebatte infolge der Anschläge vom 11. September 2001 wieder eines der Hauptthemen der extremen Rechten.

3.16.1 Sakralbauten

Das schlägt sich in rechter Kommunalpolitik häufig in gezielter Agitation gegen (geplante) muslimische Sakralbauten, Kulturvereine oder Friedhöfe nieder. Die thüringische AfD-Landtagsabgeordnete Corinna Herold etwa thematisierte als Stadträtin von Erfurt mehrfach den Neubau einer Moschee im Erfurter Stadtteil Marbach. So fragte sie nach der Höhe des geplanten Minaretts und der Finanzierung des Baus.[91] An Aktionen der gegen die Moschee gerichteten «Initiative Erfurt zeigt Gesicht» nahmen regelmäßig Aktivist*innen der NPD, wie zum Beispiel die Spitzenkandidatin zur Landtagswahl 2019, Antje Vogt, teil. In Kaufbeuren im Allgäu (Bayern) richtete sich ein Bündnis mit dem Namen «Kaufbeurer Bürger gegen den Neubau einer Ditib-Moschee» um Michael Stürzenberger, der der Bundesvorsitzender der inzwischen aufgelösten Kleinstpartei Die Freiheit war und sich als Autor des muslimfeindlichen Blogs «Politically Incorrect» (Pi-news) einen Namen gemacht hat, sowie den Schatzmeister des örtlichen AfD-Kreisverbandes Wolfgang Rotter und andere Rechte gegen den Bau einer Moschee des als Erdoğan-nah geltenden Verbandes DITIB.[92] In diesem Fall gab es im Sommer 2018 gar einen Bürgerentscheid, den die Moscheegegner*innen auch gewannen.[93] Auf den Unterschriftenlisten für den Entscheid standen auch 27 Verstorbene, was zu Ermittlungen wegen Urkundenfälschung führte.[94]

3.16.2 Ernährung, Tierhaltung und Artenschutz

Ob angebliche Diebstähle von Ziegen aus Tierparks oder der islamische Fleischer um die Ecke: Das rituelle Schächten wird von Rassist*innen als Beleg für den barbarischen Charakter des Islams herangezogen. Im Nationalsozialismus wurde das Schächten im Judentum ähnlich thematisiert und verfolgt.
Die AfD forderte in ihrem Bundestagswahlprogramm 2017 die ersatzlose Streichung des § 4 a, Abs. 2 Nr. 2 Tierschutzgesetz, in dem für «Angehörige bestimmter Religionsgemeinschaften» Ausnahmen vom betäubungslosen Ausbluten von Tieren geregelt sind. Zu diesen Religionsgemeinschaften zählt neben dem Islam auch das Judentum.

91 Stadtrat Erfurt, Drucksachen 0968/16 (11.5.2016) und 2642/16 (2.12.2016). **92** «Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.» (türkisch: Diyanet İşleri Türk İslam Birliği). **93** Lipp, Sebastian: Rechtsradikale jubeln – und verschärfen den Ton nach Bürgerentscheid, in: Allgäu rechtsaußen, 2.8.2018, unter: https://allgaeu-rechtsaussen.de/2018/08/02/kaufbeuren-moschee-rechtsradikale-jubeln-und-verschaerfen-ton-nach-buergerentscheid/. **94** Stein, Timo: 27 Tote stimmen für Bürgerentscheid gegen Moscheeneubau in Kaufbeuren, 20.8.2018, unter: www.watson.de/deutschland/bayern/563372071-27-tote-stimmten-fuer-buergerentscheid-gegen-moscheeneubau-in-kaufbeuren.

Der Tod von Schweinen stellt hingegen offenbar kein Problem dar, im Gegenteil: Sie werden aus rechter Perspektive zu wenig gegessen. Zunehmend beziehen sich völkische Nationalist*innen in den Kommunalvertretungen auf den Verschwörungsmythos, dass die «Islamisierung Deutschlands» zum Verbot von Schweinefleisch führe. Vor allem die vermeintliche Indoktrination von Kindern und Jugendlichen durch die angebliche Änderung der Speisepläne in Kitas und Schulen ist Ziel von Anfragen und Anträgen. In Celle beantragte die AfD im Mai 2018, dass in Kitas und Grundschulen weiter bzw. wieder Schweinefleisch angeboten werden solle. Der Stadtrat lehnte das Gesuch ab. Der CDU-Fraktionschef kommentierte launig: «Den angekündigten Antrag der AfD braucht kein Schwein.»[95] In Offenbach (Hessen) begründete die AfD-Fraktionsvorsitzende einen ähnlichen Antrag damit, dass sich «nicht nach den Befindlichkeiten der ausländischen Mitbürger» gerichtet werden dürfe. «Wir leben nun mal in Deutschland. Wem es nicht passt, muss es nicht essen.»[96] In Berlin-Neukölln fragt eine fraktionslose AfD-Verordnete, ob «in Neuköllner Grundschulkantinen die Scharia» gelte. Noch drastischer äußerte sich die Landtagsabgeordnete Christel Weißig (Ex-AfD, heute Freie Wähler Mecklenburg-Vorpommern): Sie forderte ein «Pflicht-Essen» von Schweinefleisch durch Migrant*innen an der Grenze.[97] Das Thema ist kein rein deutsches Phänomen. Die an der dänischen Regierung beteiligte völkisch-nationalistische Dansk Folkeparti (DF, Dänische Volkspartei) brachte im Stadtrat von Randers einen Antrag durch, der städtische Einrichtungen zwingt, in ihren Kantinen immer auch Schweinefleisch anzubieten.

Gleichzeitig gibt es viele Anfragen und Anträge zur Verbreitung der afrikanischen Schweinepest.

Darüber hinaus wollte die AfD im Kreistag Harburg (Niedersachsen) per Resolution Wölfe bejagen lassen, da deren Population zu groß sei.[98] Auch andernorts wurde das Thema aufgegriffen, nicht zuletzt, um sich als Kämpferin für die Interessen von Nutztierhalter*innen darzustellen. Grundsätzlich kann man sagen, dass Themen der Ernährung, Tierhaltung und des Artenschutzes gern als Vehikel für rassistische Ausfälle genutzt und notorisch überdehnt werden.

3.16.3 Sport

Auch den Sport sehen Kommunalpolitiker*innen vom Islam bedroht. In den Stadtrat von Koblenz (Rheinland-Pfalz) brachten CDU und Freie Wähler im Dezember 2018 den Antrag ein, in die neu zu beschließende Haus- und Badeordnung in den

95 Ende, Michael: Im Celler Rat geht's um die Wurst, in: Cellesche Zeitung, 6.3.2018, unter: www.cellesche-zeitung.de/Celle/Aus-der-Stadt/Celle-Stadt/Im-Celler-Rat-geht-s-um-die-Wurst. **96** Dahmer, Matthias: Kulturkampf mit Schweinefleisch, in: Offenbacher Post Online, 4.2.2017, unter: www.op-online.de/offenbach/kulturkampf-schweinefleisch-afd-antrag-offenbach-7364213.html. **97** Andreas Speit: Rechte dürfen mitspielen, in: taz. die tageszeitung, 12.11.2016. **98** Landkreis Harburg: Vorlage Wölfe im Landkreis Harburg, Resolutionsantrag der AfD-Fraktion vom 25.7.2018, VA0454/2018.

städtischen Schwimmbädern einen Passus aufzunehmen, der gestattete Bekleidung aufzählt. Bewusst nicht erwähnt werden dabei Burkinis, weil nicht zu sehen sei, ob die Trägerin offene Wunden oder ansteckenden Hautausschlag habe. Der Antrag wurde mithilfe der AfD beschlossen.[99] Auch in anderen Kommunen richten sich Initiativen gegen Burkinis, unter anderem beim Schulschwimmen.

3.17 VERSCHWÖRUNGSMYTHOS «UMVOLKUNG»/ «DEUTSCHENFEINDLICHKEIT»

Ursprünglich meinte der Begriff der «Umvolkung» im Nationalsozialismus die «Re-Germanisierung» von Deutschen in slawischen Gesellschaften und eine Siedlungspolitik, die der Abgrenzung von Ethnien in zugewiesenen Räumen dienen sollte, etwa durch die «Arisierung» polnischer und ukrainischer Städte.

Dem Grundsatz der «pathischen Projektion» (Adorno/Horkheimer) folgend, dass anderen Taten zuzutrauen seien, die dem eigenen Denken entsprechen, wurde das Wort schon in den späten 1920er Jahren genutzt, um die angeblich drohende Gefahr zu beschreiben, dass die Deutschen aufgrund von Geburtenrückgang und «volksfremder» Einwanderung zu einer Minderheit im eigenen Land werden könnten. Heute wird das «Volksfremde» vor allem an Muslim*innen und dem Islam festgemacht. Schlagworte wie «Umvolkung», «Überfremdung» oder «Volkstod» sind in rechten Diskursen allgegenwärtig. In der Regel wird hinter dem «großen Austausch» der (deutschen) Bevölkerung der Versuch geheimer Eliten gesehen, das «christliche Abendland» oder die weiße (deutsche) Identität zu zerstören. Namen von Organisationen wie der «Identitären Bewegung» oder Pegida zeugen von der großen Bedeutung dieser Verschwörungserzählung für die völkische und neofaschistische Rechte.

Auf kommunaler Ebene versuchen völkische Nationalist*innen – neben dem direkten Angriff auf das «Fremde» –, etwas für die Steigerung «weißer» Geburten zu tun. Schon in den späten 1980er Jahren beantragte die NPD in ihrer damaligen Hochburg Wölfersheim (Wetteraukreis, Hessen) ein Begrüßungsgeld für (deutsche) Babys.[100] Ein solches Begrüßungsgeld forderten auch NPD-Anträge in der Bürgerschaft Stralsund (Mecklenburg-Vorpommern), der Ratsversammlung Neumünster (Schleswig-Holstein) und dem Stadtrat von Strehla (Landkreis Meißen, Sachsen).

Im Landtag von Sachsen forderte die AfD 5.000 Euro für jedes neugeborene Kind.[101] Auch im Entwurf des Bundestagswahlprogramms

99 Stadt Koblenz: Beschlussvorlage BV/0511/2018/1, 13.11.2018. **100** Molitor, Andreas: Wir sind keine Nazis, Zeit Online, 24.3.1989, aktualisiert 21.11.2012, unter: www.zeit.de/1989/13/wir-sind-keine-nazis/. **101** Sächsischer Landtag, Drucksache 6/1779, 1.6.2015.

der AfD stand ein «Baby-Begrüßungsgeld in Form von Bargeld oder sofortigem Steuernachlass». In der Stadtverordnetenversammlung Potsdam forderte die AfD-Fraktion im Jahr 2017 ein «Begrüßungsgeld für Neugeborene» in Höhe von 500 Euro – wenn die Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft haben.
Zunehmend wird Berichten und Statistiken über rassistische Straf- und Gewalttaten das Konstrukt einer «Deutschenfeindlichkeit» entgegengestellt. Schon 2010 behauptete die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU), es gäbe «in unseren Schulhöfen und es gibt in unseren U-Bahnen und S-Bahnen ein Problem mit Deutschenfeindlichkeit.»[102] Anfragen zu entsprechenden Vorfällen stellten im selben Jahr unter anderem die Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) im Münchener Stadtrat[103] oder im Dortmunder Stadtrat die Freien Bürger-Initiative (FBI).[104] Die AfD Dortmund brachte im Herbst 2018 einen Antrag für ein «Deradikalisierungsprogramm für junge Muslime, die sich in Deutschenfeindlichkeit und frühkindlichem Antisemitismus üben» ein.[105]

3.18 ANTI-ANTIFA/ANTI-ZIVILGESELLSCHAFT

Angriffe auf politische Gegner*innen gehören für die extreme Rechte zu den wichtigsten Aktionsfeldern. Schon die Nationalsozialist*innen haben nach der Machtübergabe 1933 zuallererst linke Parteien, dann alle anderen ausgeschaltet.
Auch NPD, AfD und Co. lassen nach Einzügen in Parlamente aller Ebenen kaum Zeit verstreichen, bis sie mit Anfragen und Anträgen gegen Antifaschist*innen vorgehen. Die NPD im Kreistag Harz (Sachsen-Anhalt) erkundigte sich ab 2007 mehrfach nach Projekten im Landkreis, die über die damaligen Bundesprogramme gegen rechts finanziert wurden. 2008 beantragte sie den Ausstieg aus dem Bundesprogramm «Vielfalt tut gut».[106] In Berlin-Neukölln fragte die AfD schon einen Tag nach Beginn der Legislatur nach finanzieller Förderung verschiedener Organisationen durch den Bezirk, darunter Antifa-Gruppen, aber auch DIE LINKE, SPD, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), Gewerkschaften oder evangelische und katholische Gemeinden.[107] Seither richteten sich mehrere Hundert Anfragen und Anträge allein in den Berliner Gremien gegen Menschen, die sich gegen Rassismus engagieren.

102 Dpa: Schröder warnt vor Deutschlandfeindlichkeit, Spiegel Online, 10.10.2010, unter: www.spiegel.de/politik/deutschland/familienministerin-schroeder-warnt-vor-deutschenfeindlichkeit-a-722342.html. **103** Bürgerinitiative Ausländerstopp: Deutschenfeindlichkeit an Schulen – auch in München ein Thema, 9.11.2010, unter: https://auslaenderstop-muenchen.de/index.php/deutschenfeindlichkeit-an-schulen-auch-in-muenchen-ein-thema/. **104** Rat der Stadt Dortmund, DS Drucksache 02899-10, 16.12.2010. **105** AfD Ratsfraktion Dortmund: Sichere Herkunftsstaaten – Auswirkungen auf Dortmund – Antrag zur Sitzung des ABöOAB am 13.11.2018, 4.11.2018, unter: www.afd-do-fraktion.de/itemlist/user/46-afddortmund?start=20. **106** Der Kreistag Landkreis Harz: Beschlussvorlage 303/2008, NPD Fraktion, 4.12.2008. **107** Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin, Kleine Anfrage KA/001/XX, 28.10.2016.

Fragen nach der und Anträge gegen die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Vereine und Träger von Beratungsangeboten gehören in vielen Kommunen zu den häufigsten Initiativen von rechtsaußen. Auch in den Landtagen versuchten und versuchen DVU, NPD und AfD, Einfluss darauf zu nehmen. In der Regel werden solche Initiativen mit Beschwerden über einen angeblich undemokratischen Umgang mit der jeweiligen rechten Partei verbunden. Diese Gleichzeitigkeit von Verfolgungswahn («Alle sind gegen uns. Mimimi!») und Größenwahn («Wir werden sie jagen!») ist typisch für die extreme Rechte.

In Sachsen-Anhalt setzte die AfD sogar eine Enquete-Kommission zu «Linksextremismus» ein – mit Zustimmung eines Teils der CDU-Fraktion. Auch in der von ihr neu beförderten Debatte um den zivilgesellschaftlichen Verein Miteinander e.V. konnte die AfD auf Zustimmung von CDU-Abgeordneten setzen.

Das Muster, dass alle Organisationen, die sich gegen die AfD artikulieren, von der AfD als «links-grün versifft» denunziert werden, erinnert an Anti-Antifa-Listen der klassischen Neonaziszene, in denen neben Antifa-Gruppen auch Parteienstrukturen von Linken bis Union, Gewerkschaften, Rechtsanwält*innen oder Polizist*innen aufgeführt waren und sind.

AfD-Chef Jörg Meuthen verstieg sich im Mai 2018 nach einer klaren Äußerung des CSU-Politikers Markus Blume gegen die AfD gar in die Behauptung, die CSU sei «inzwischen im Antifa-Jargon angelangt».[108]

3.19 GEWERKSCHAFTEN

Mit der Initiative «Werde Betriebsrat» grätschen die AfD, aber auch die Identitäre Bewegung sowie das völkisch-nationalistische Kampagnenprojekt «Ein Prozent für unser Land» in ein grundlinkes Thema. Sie kann als ein Angriff auf die bestehenden Gewerkschaftsstrukturen gewertet werden. Aus der AfD heraus wurden inzwischen mehrere, ganz eigene Arbeitnehmerverbände gegründet, darunter der Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland (ALARM!), der mit dem Slogan «Sozial, ohne rot zu werden» antrat und am 1. Mai 2017 in Erfurt eine eigene Kundgebung durchführte.[109] Vorsitzender der Vereinigung ist Jürgen Pohl, Bundestagsabgeordneter der AfD und Höcke-Vertrauter. Er ist Sprecher für Arbeitnehmerfragen seiner Fraktion und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales.[110] ALARM!-Funktionäre nehmen auch an Demonstra-

108 Dpa: Nach CSU-Attacke kontert Jörg Meuthen gegen Markus Blume, Focus Online, 12.5.2018, unter: www.focus.de/politik/deutschland/afd-nach-csu-attacke-kontert-joerg-meuthen-gegen-markus-blume_id_8917340.html. **109** Budler, Kai: Völkischer Sozialpopulismus, in: der rechte rand 171, März 2018, unter: www.der-rechte-rand.de/archive/3560/alarm-afd/. **110** Deutscher Bundestag: Biografie Jürgen Pohl, AfD, unter: www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/P/-/522674.

tionen von anderen Gewerkschaften teil. Die Gewerkschaft IG Metall wies im Nachgang einer Demonstration darauf hin, dass eine Teilnahme der AfD leider nicht verhindert werden konnte.[111] Kritik übt die AfD an zu hoher Rendite und sinkenden Löhnen für die Arbeiter*innen. Doch ohne das Argument der Zuwanderung kommt ihre Problemanalyse nicht aus: So wären es auch hier die Migrant*innen, die oft unqualifiziert seien und dadurch die Preise drücken würden.

Die Zeitschrift *der rechte rand* hat sich im Frühjahr 2018 in einer Schwerpunktausgabe mit dem Thema «Angriffe auf Gewerkschaften und Betriebsräte von rechts» beschäftigt.[112]

3.20 KULTUR

Auch der Kulturbereich ist aktuell zunehmenden Angriffen von rechts ausgesetzt (zur Förderung von Kultur siehe auch das Ende von Abschnitt 2.9). So gab es mehrere Störungen von Theatervorstellungen durch «Identitäre».[113] Als das Potsdamer Hans-Otto-Theater für Juni 2016 das Stück «Illegale Helfer» ankündigte, in dem es um Geflüchtete ging, forderte die örtliche AfD-Fraktion, das Theater solle sein Programm überdenken, da damit «Gesetzesbrüche honoriert» werden würden.[114] Typisch war der weitere Ablauf. Tage später beschwichtigte die rechte Partei, dass sie sich in keiner Weise in die künstlerische Freiheit des Theaters einmischen, sondern sich erst einmal das Stück ansehen wolle.[115] Wochen später verlangte die AfD im Stadtrat mit Verweis auf das Stück Auskunft zur «finanziellen Förderung des Theaters der Stadt Potsdam im Detail».[116] Da die Förderung von Theatern in vielen Bundesländern auch kommunale Aufgabe ist, sollten Kommunalpolitiker*innen, die sich für eine vielfältige, tolerante und gerechte Gesellschaft einsetzen, auch solche Angriffe im Blick haben.

Vor allem in größeren Städten sind auch alternative Diskotheken und Clubs Ziel rechter Initiativen. Dabei wurde ein Beispiel aus Berlin überregional bekannt: Sibylle Schmidt, AfD-Verordnete in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg, wollte im April 2018 mit einem Antrag die Schließung des berühmten Musikclubs Berghain erreichen, unter anderem wegen angeblicher Verstöße gegen die

111 Budler, Kai: Völkischer Sozialpopulismus, in: der rechte rand 171, März 2018. **112** Angriffe auf Gewerkschaften und Betriebsräte von rechts, der rechte rand 171, März/April 2018. **113** Epd: Identitäre krähen dazwischen, in: taz. die tageszeitung, 13.9.2016. **114** Brendel, Gerd: AfD will Theaterstück verhindern, in: Deutschlandfunk Kultur, 4.6.2017, unter: www.deutschlandfunkkultur.de/hans-otto-theater-in-potsdam-afd-will-theaterstueck.2159.de.html?dram:article_id=356154. **115** Weirauch, Grit: AfD-Politiker Hohloch will nun ins Theater gehen, in: Potsdamer Neuste Nachrichten, 13.5.2016, unter: www.pnn.de/kultur/kritik-an-fluechtlingsstueck-am-hans-otto-theater-afd-politiker-hohloch-will-nun-ins-theater-gehen/21430808.html. **116** Oelschläger, Volker: AfD fragt nach Theaterfinanzen in Potsdam, Märkische Allgemeine Zeitung Online, 20.7.2016, unter: www.maz-online.de/Lokales/Potsdam/AfD-fragt-nach-Theaterfinanzen-in-Potsdam.

DIE VIELEN

Im Frühjahr 2017 fanden sich in Berlin Kulturschaffende zusammen, um gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck aktiv zu werden. Erste Aktion der neuen Gruppe «Die Vielen» war eine «Glänzende Demo» gegen einen Aufmarsch der «Identitären» im Juni 2017. Am 9. November 2018 wurde die von über 100 Kulturinstitutionen unterzeichnete «Berliner Erklärung der Vielen» öffentlich vorgestellt, die eine klare Distanzierung gegenüber extrem rechten Interventionen in der Kulturpolitik und einige Selbstverpflichtungen beinhaltet. Ähnliche Erklärungen folgten seitdem in Hamburg, Dresden und Nordrhein-Westfalen.[117]

117 Erklärung der Vielen, unter: www.dievielen.de/erklaerungen.

Gaststättenverordnungen und Drogenmissbrauchs. Schmidt hatte früher selbst viele Jahre Punk-Konzerte veranstaltet. Die heftige Reaktion aus der Clubszene brachte Schmidt schon zwei Tage später dazu, den Antrag zurückzuziehen.[118] Die Clubszene hatte aber verstanden, dass sie perspektivisch Ziel der AfD-Politik werden würde, und begann, sich unter dem Motto «Reclaim Club Culture» zu organisieren. Gegen den bundesweiten AfD-Aufmarsch Ende Mai 2018 in Berlin mit circa 5.000 Teilnehmenden demonstrierten nun nicht nur rund 10.000 Menschen in einer «Glänzenden Parade» von «Die Vielen» und viele Tausend bei verschiedenen anderen Aktionen, sondern auch gut 50.000 Menschen bei einem antifaschistischen Rave, zu dem viele Berliner Clubs und DJ*s aufgerufen hatten. Seither gehören solche Raves bei größeren, extrem rechten Aufmärschen zu den verlässlichen Gegenaktivitäten.

3.21 POLITICAL CORRECTNESS

Mit dem Begriff der sogenannten Political Correctness (PC, deutsch «politische Korrektheit») sollte ursprünglich eine inklusive Sprache beschrieben werden, die sensibel auf die verschiedenen Bedürfnisse von gesellschaftlichen Minderheiten einzugehen versucht. Die extreme Rechte dreht den Sinn um und nutzt den Begriff, um eine angebliche Bevormundung der «normalen» «Deutschen» zu markieren. Überschreiten völkische Nationalist*innen sprachliche Grenzen, indem sie beispielsweise von «Volksge-

118 Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, Drucksache 0738/V, 25.4.2018.

meinschaft» reden, kontern sie Kritik häufig mit Vorwürfen, man dürfe ja heute alles Mögliche nicht mehr sagen, es gäbe gar Denkverbote. «PC» ist so zu einem rechten Kampfbegriff gegen alles Emanzipative geworden. Beispiele sind Debatten um rassistische Bezeichnungen wie «Zigeunerschnitzel» oder «Negerkuss», gendergerechte Sprache oder nicht-abwertende Bezeichnungen für Menschen mit Behinderungen.
In einigen kommunalen Gremien werden in letzter Zeit Anträge eingebracht, mit denen die Idee der korrekten Sprache umgedreht wird. So beantragte die AfD in Marzahn-Hellersdorf in Berlin, «zukünftig nicht mehr pauschal und beliebig die Begriffe ‹Flüchtlinge›, ‹Geflüchtete› und ‹Schutzsuchende› für alle Migranten zu verwenden, sondern terminologisch klar zwischen politisch Verfolgten, Bürgerkriegsflüchtlingen und Wirtschaftsmigranten zu unterscheiden».[119]

3.22 «LÜGENPRESSE»

Ein Feld, auf dem sich aktuell die Sprachlosigkeit linker Akteur*innen zeigt, ist die Kritik an der Berichterstattung von Medien. Selbstverständlich gibt es hier aus linker Sicht viel zu sagen und zu kritisieren (Stichwort Framing).[120] Nicht zuletzt das selektive «Wir müssen den besorgten Bürgern zuhören» hat zum gesellschaftlichen Rechtsruck beigetragen. Mit «besorgt» waren und sind in der Regel ja nicht die Menschen gemeint, die sich Sorgen um Menschenrechte und gesellschaftliche Freiheiten machen. Zugehört wurde und wird meist Rassist*innen, die offen Grund- und Menschenrechte sowie bürgerliche Freiheiten infrage stellen und gleichzeitig «Lügenpresse» brüllen.
In dieser Situation müssen progressive Politiker*innen genau überlegen, was sie wann und wie problematisieren. Falsche oder klar tendenziöse Berichte können und sollten kritisiert werden. Gleichzeitig sollte jeder Angriff auf die Pressefreiheit zurückgewiesen werden. Dass das oft eine Gratwanderung und überaus widersprüchlich sein kann, gehört zum politischen Geschäft, wenn man es ernst nimmt. Auf Kritik zu verzichten, weil sie auch aus einer rechten Ecke, aber mit anderen Argumenten geübt wird, ist keine Alternative. Die eigene Kritik muss nur stets als links, human und emanzipativ kenntlich bleiben.
Von der AfD wurden in den vergangenen Jahren in mehreren Landtagen Anträge eingebracht, die die jeweiligen Rundfunkstaatsverträge

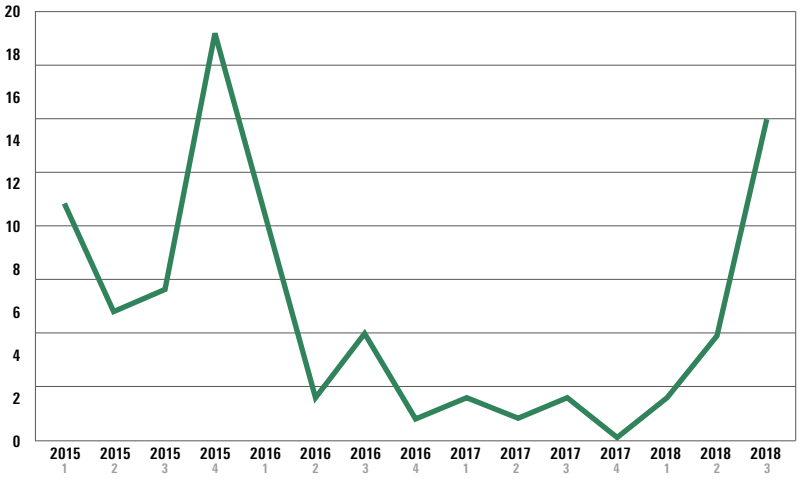
119 Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf von Berlin, Drucksache 1149/VIII, 15.11.2018. **120** Framing bezeichnet in der Medienwirkungsforschung und Kommunikationswissenschaft die Einbettung von Ereignissen in einen bestimmten Rahmen. Dadurch entstehen Bilder, die bewusst oder unbewusst eine Bewertung, Ursache oder Emotion hervorrufen sollen. In den letzten Jahren rückte dieser Forschungsbereich insbesondere im Bereich des Journalismus in den Fokus, da Begrifflichkeiten ohne weiteres übernommen wurden. Wir erinnern uns an Debatten über «Dönermorde» oder «Asyltourismus».

abschaffen wollten. Die staatliche Finanzierung des «Staatsfunks» sei untragbar, hieß es. Stellungnahmen von AfD-Politiker*innen unter dem Motto «Genug GEZahlt!» finden sich zuhauf. In Brandenburg gründete sich 2018 eine «Volksinitiative» gleichen Namens – maßgeblich geführt von AfD-Funktionär*innen.[121] Auch andere Rechte wie die NPD thematisieren die GEZ-Gebühren.[122] Nicht zuletzt auf PEGIDA-Demonstrationen kam es vermehrt zu «Lügenpresse»-Rufen.[123]

Die beständige Hetze bleibt nicht ohne Folgen. In den letzten Jahren sind tätliche Angriffe auf Journalist*innen häufiger geworden, wie eine Studie des European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF) aus Leipzig ergab (→ Abbildung 5).[124]

121 Barnack, Victoria: AfD Politiker gründen Verein gegen GEZ-Gebühren, in: Märkische Allgemeine Zeitung Online, 14.5.2018, unter: www.maz-online.de/Brandenburg/AfD-Politiker-gruenden-Verein-gegen-GEZ-Gebuehren. **122** Zasowk, Ronny: Es geht ums Prinzip – weg mit der GEZ-Zwangsabgabe!, 4.5.2017, unter: https://npd.de/es-geht-ums-prinzip-weg-mit-der-gez-zwangsabgabe/. **123** August 2018 wurde ein Reporterteam von Frontal 21 (ZDF) auf einer Pegida-Demonstration in Dresden beschimpft und festgehalten. Später stellte sich heraus, dass der Demonstrant ein Mitarbeiter des Landeskriminalamts war. Vgl. Wenn der Polizei-Einsatzleiter sagt – «Ihr seid ja die Lügenpresse», 23.8.2018, unter: www.welt.de/politik/deutschland/article181273656/Sachsen-Wenn-der-Polizei-Einsatzleiter-sagt-Ihr-seid-ja-die-Luegenpresse.html. **124** European Centre For Press and Media Freedom: Feindbild «Lügenpresse». Schulterschluss der Gewaltbereiten, Leipzig, September 2018, unter: www.ecpmf.eu/get-help/fact-finding-missions/concept-of-the-enemy-iii-the-violent-forces-are-ganging-up-against-journalists.

Abbildung 5: Anzahl der Angriffe gegen Journalist*innen (2015–2018)



Quelle: European Centre For Press and Media Freedom: Feindbild «Lügenpresse». Schulterschluss der Gewaltbereiten, Leipzig, September 2018

3.23 «ALTERNATIVMEDIEN»

Für den Kampf gegen die «Lügenpresse» verfügen die meisten Parteien und Gruppen der extremen Rechten über eigene Medien. Es gibt sowohl interne Verlautbarungsblätter als auch Medien, die sich nach außen richten. Einerseits sollen sie die «Lügen» der politischen Gegner*innen «entlarven», andererseits eigene Erzählungen und Inhalte verbreiten und über die Aktivitäten der Gliederungen und Fraktionen berichten. Besonders wichtig sind mittlerweile soziale Medien wie Facebook oder Twitter, aber auch der Printbereich spielt eine große Rolle. Bekanntestes Beispiel für die Nutzung der Medien dürfte wohl US-Präsident Trump sein, der einerseits «Fake News!!» twittert, wenn ihm eine Aussage etwa zur Klimapolitik nicht passt, gleichzeitig aber immer wieder selbst Falschbehauptungen aufstellt, also selbst ebensolche «Fake News» produziert.

Unterstützend kommen die sogenannten Alternativmedien hinzu. Und sie haben Erfolg. Zeitschriften wie *Compact,* die Zeitung *Junge Freiheit* oder das Monatsmagazin *Zuerst!* gibt es in jedem Pressegeschäft. Auch *Tichys Einblick, Cato* oder *Tumult* finden sich neben dem NPD-Parteiblatt *Deutsche Stimme,* der *National-Zeitung,* der *Deutschen Militärzeitschrift* oder verschiedenen Blättern von Vertriebenenverbänden.[125] Der Kopp-Verlag liefert populäre Veröffentlichungen für Trolle, Völkische und Verschwörungstheoretiker*innen.

Antifaschistische Archive wie das Antifaschistische Informations- und Dokumentations-Archiv (a.i.d.a.) in München oder das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) in Berlin sammeln rechte Medien aller Art, werten sie aus, bereiten sie auf, analysieren sie und stellen sie Interessierten aus Politik, Wissenschaft und Initiativen zur Einsicht bereit. Einrichtungen wie diese freuen sich naturgemäß immer über Zusendung rechten Materials (→ Adressteil im Anhang).

3.24 ANTISEMITISMUS

Antisemitismus ist seit jeher integraler Bestandteil nicht nur rechter Ideologien. Mythen von einer jüdischen Weltverschwörung sind in Form von pseudo-antikapitalistischen Stereotypen weit verbreitet. Das Gerede von «Ostküsten-Kapital» (in Anspielung auf den Sitz der Wall Street) stehen dabei in der Tradition des alten Begriffs vom bösen «raffenden» im Gegensatz zum guten (deutschen) «schaffenden» Kapital. Häufig wird für Darstellungen des

125 Das apabiz analysiert rechte Printmedien in der eigenen Publikationsreihe «Magazine», online unter: www.apabiz.de. Die antifaschistische Zeitschrift *der rechte rand* widmete dem Thema einen Schwerpunkt, unter: www.der-rechte-rand.de/ausgaben/ausgabe-172/.

«Dollar-Imperialismus» auf das Bild der Krake oder des hakennasigen und Zigarre rauchenden Kapitalisten mit Zylinder zurückgegriffen.

Der damalige NPD-Landesvorsitzende Andreas Karl begründete die Zustimmung seiner Fraktion im Kreistag des Burgenlandkreises (Sachsen-Anhalt) zu einem Antrag der Grünen 2007 gegen die Ausweiterung eines Braunkohletagebaus damit, dass Großkonzerne «uns» ausbeuten und «das Kapital an die Ostküste der USA transferieren» würden.[126] Die bekannteste Erzählung von einer jüdischen Weltverschwörung sind die Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen «Protokolle der Weisen von Zion», denen zufolge «die Juden» hinter allen wesentlichen, politischen Strömungen wie Liberalismus, Demokratie und Kommunismus stecken würden. Die «Völker» würden durch «Neid und Hass, durch Streit und Krieg, ja selbst durch Entbehrungen, Hunger und Verbreitung von Seuchen» zermürbt. Und schließlich sei der Antisemitismus selbst eine Erfindung «der Juden». Die nachweislich erfundenen «Protokolle» wurden später unter anderem von der NSDAP wieder veröffentlicht und sind heute noch weltweit verbreitet. Auch der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Gedeon bezog sich in mehreren Büchern positiv auf das antisemitische Machwerk,[127] unter anderem in seinem 2012 erschienenen Buch «Der grüne Kommunismus und die Diktatur der Minderheiten».

Für Antisemit*innen ist derzeit der aus Ungarn stammende US-Milliardär George Soros das Gesicht der Weltverschwörung. Soros, der den Holocaust in Ungarn versteckt überlebte, fördert über seine Stiftungen diverse Projekte in vielen Ländern, beispielsweise die Open Society Foundations, die auch das Recherche-Projekt Correctiv.org unterstützen. Im Dezember 2018 musste auf Betreiben der ungarischen Fidesz-Regierung unter Ministerpräsident Orban die von Soros gegründete «Central European University» (CEU) schließen. Als Bundesjustizministerin Katharina Barley (SPD) wenige Tage später Soros in Berlin traf, bezeichnete der thüringische AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner Soros als einen «zwielichtigen, dubiosen, internationalistischen Strippenzieher» und bediente damit das antisemitische Stereotyp von Juden und Jüdinnen, die im Verborgenen zum Übel anderer agieren würden.[128]

126 Begrich, Pascal/Weber, Thomas/Roth, Roland: Die NPD in den Kreistagen Sachsen-Anhalts. Forschungsbericht zur kommunalpolitischen Arbeit der extremen Rechten sowie zu Formen und Strategien der demokratischen Auseinandersetzung, Magdeburg, August 2010, S. 59. **127** Netz, Igor: «Antisemitismus der Vernunft», in: der rechte rand 167, Juli 2017, unter: www.der-rechte-rand.de/archive/2290/drr167-afd-antisemitismus/. **128** AfD Fraktion im Deutschen Bundestag: Ministerin Barley trifft zwielichtigen George Soros!, unter: www.afdbundestag.de/ministerin-barley-trifft-zwielichtigen-george-soros-stephan-brandner-afd-fraktion-im-bundestag/.

3.25 ERINNERUNGSKULTUR UND GESCHICHTSPOLITIK

Die AfD in Hamburg wurde im Gegensatz zu den anderen Parteien nicht zu einer «Stolperstein»-Verlegung[129] vor der Handelskammer eingeladen und legte deshalb Rechtsaufsichtsbeschwerde ein, da das Neutralitätsgebot verletzt worden sei.[130] Von extremen Rechten wird das Gedenkprojekt immer wieder mit süffisanten Adaptionen aufgegriffen. Die NPD beantragte vor einigen Jahren in verschiedenen kommunalen Gremien wie Berliner Bezirksverordnetenversammlungen die Verlegung «roter Stolpersteine» oder im Kreistag Harz (Sachsen-Anhalt) ähnliche Steine für die «Opfer der sowjetischen Besatzung» oder für «Opfer der SED-Diktatur», womit sie nicht nur den Holocaust relativierte, sondern auch den vorherrschenden «Extremismus»-Diskurs aufgriff. Ähnliches versuchte die AfD in Berlin-Neukölln, als sie 2017 dagegen votierte, dass der Bezirk «Stolpersteine» finanziert: Der AfD-Verordnete Steffen Schröter lehnte einen entsprechenden Antrag ab, da er «Opfer der SED-Diktatur» verhöhnen würde. Schließlich würden Walter Ulbricht und Erich Honecker auch als Opfer des Nationalsozialismus gelten.[131] Die rassistische Initiative «Kandel ist überall» um die baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Christina Baum ging noch weiter und verbreitete im September 2018 Bilder von «Merkels Stolpersteinen», auf denen die Namen von Mädchen zu lesen sind, die von Migranten ermordet worden sein sollen.[132] In Charlottenburg-Wilmersdorf setzte wiederum die AfD noch einen drauf, indem sie eine Große Anfrage unter dem Titel «Stolpersteine» stellte, in der es tatsächlich um Gehwegschäden ging.[133]

Die Ablehnung des Gedenkens an die Shoa wird besonders bei Anlässen wie Veranstaltungen zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar deutlich. Im hessischen Büdingen (Wetterau) setzte sich 2017 der dortige NPD-Landesvorsitzende und -Fraktionschef Daniel Lachmann demonstrativ hin, als sich die anderen Verordneten zum Gedenken erhoben.[134] Tage zuvor wurde im Cottbuser Rathaus an den gerade verstorbenen Holocaustüberlebenden und Ehrenbürger Max Schindler

129 Stolpersteine sind kleine 10 cm mal 10 cm große Gedenksteine, die durch den Künstler Gunter Demnig vor dem letzten bekannten und freiwillig gewählten Wohnort von Opfern des Nationalsozialismus verlegt werden. Sie erinnern europaweit an die NS-Verbrechen und machen im Straßenbild auf die Anzahl der ermordeten Menschen aufmerksam, online unter: www.stolpersteine.eu/. **130** AfD legt Rechtsaufsichtsbeschwerde ein, in: WELT, 1.10.2018, unter: www.welt.de/regionales/hamburg/article181731236/Stolperstein-Verlegung-AfD-legt-Rechtsaufsichtsbeschwerde-ein.html. **131** Neuköllner AfD blamiert sich bei Stolperstein-Debatte, in: Der Tagesspiegel, 19.10.2017, unter: www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-neukoelln-neukoellner-afd-blamiert-sich-bei-stolperstein-debatte/20478658.html. **132** Mück-Raab, Marion: Missbrauchte Stolpersteine, in: taz. die tageszeitung, 22.6.2018. **133** Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, Drucksache 0872/5, 20.09.2018. **134** Büdingen: Stadtverordnete gedenken des Holocaust und streichen Gelder für NPD-Fraktion, in: Kreis-Anzeiger 1/2018, unter: www.kreis-anzeiger.de/lokales/wetterau-kreis/buedingen/budingen-stadtverordnete-gedenken-des-holocaust-und-streichen-gelder-fur-npd-fraktion_17642952.

erinnert. Der NPD-Verordnete und stellvertretende Bundesvorsitzende Ronny Zasowk verließ währenddessen den Saal.[135] Was zumindest Teile der AfD über das Gedenken an den Holocaust denken, machte Björn Höcke mit seiner bekannten Dresdener Rede im Januar 2017 deutlich, in der er mit Blick auf das Holocaust-Denkmal in Berlin beklagte: «Wir Deutschen sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.»[136] Dass er nicht etwa meinte, die Vernichtung des Judentums in Europa sei eine Schande gewesen, zeigt sich an seiner Teilnahme am früheren, jährlichen Neonaziaufmarsch in Dresden: Bei den «Trauermärschen» wurde mit weit überhöhten Opferzahlen an die Bombardierung der Stadt im Februar 1945 gedacht. Die alliierten Luftangriffe auf Nazideutschland wurden und werden von Neonazis auch bei diesen Aufmärschen als «Bombenholocaust» diffamiert.

Auch in Kommunalvertretungen greifen Neonazis diese NS-Relativierung auf. Im Kreistag Harz (Sachsen-Anhalt) beispielsweise beantragte der damalige NPD-Fraktionsvorsitzende Michael Schäfer im Jahr 2008 und noch einmal 2014 eine «Gedenkstunde […] für die Opfer des Bombenholocaust».[137] Schäfer, der mehrere Jahre Bundesvorsitzender der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN, heute: Junge Nationalisten) und bis 2014 Angestellter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion war, ist heute für das Kampagnenprojekt «Ein Prozent für unser Land» aktiv und tritt auch für die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung auf.[138] Für die AfD sitzt Martin Hohmann sowohl im Bundestag als auch im Kreistag Fulda (Hessen). Hohmann wurde 1998 für die CDU in den Bundestag gewählt und löste durch eine Rede zum Tag der deutschen Einheit 2003 die nach ihm benannte Affäre aus. Damals versuchte er, den Holocaust mit Rückgriff auf altbekannte, antisemitische Verschwörungstheorien durch einen Vergleich mit der Oktoberrevolution und dem Stalinismus zu relativieren, indem er davon sprach, dass «die Juden» «mit einiger Berechtigung als ‹Tätervolk› [zu] bezeichnen» wären.[139] Einige Wochen später schloss ihn die CDU/CSU-Fraktion aus. Im Juli 2004 wurde er schließlich aus der CDU geworfen, wogegen er bis vor den Bundesgerichtshof zog, der die Klage Ende 2007 abwies.[140] Im Spätsommer 2018 wurde bekannt, dass mehrere Besuchergruppen von AfD-Bundestagsabgeordneten, un-

135 Recherche- & Informationsstelle Antisemitismus RIAS, 25.1.2017, unter: https://twitter.com/Report_Antisem/status/824280821796392960. **136** «Denkmal der Schande». Björn Höcke (AfD) empört mit Hetz-Rede 17.01.2017, Youtube, unter: www.youtube.com/watch?v=7E_Mvgsk6PY. **137** Der Kreistag Landkreis Harz: Beschlussvorlage 1118/2014, NPD Fraktion, 8.5.2014. **138** AfD-Seminar mit Neonazi Referent, in: inforiot, 24.10.2017, unter: https://inforiot.de/afd-seminar-mit-neonazi-referent/. **139** Vollständige Rede Hohmanns, tagesschau.de, 20.7.2004, unter:https://web.archive.org/web/20090504020222/http://www.tagesschau.de/inland/meldung229950.html. **140** Dpa: Parteiausschluss von Hohmann rechtskräftig, in: Der Tagesspiegel, 18.12.2007, unter: https://web.archive.org/web/20071218121012/http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Parteien-CDU-Martin-Hohmann;art122,2440707.

ter ihnen die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel, in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen «antisemitische und historisch unhaltbare Äußerungen» gemacht und die Existenz von Gaskammern angezweifelt haben sollen, weswegen die Polizei ermittelt.[141]

Immer wieder reagieren Rechte auf Abgrenzungen ihnen gegenüber mit einer besonders widerwärtigen Spielart der Relativierung der Shoa, indem sie behaupten, heute ähnlich verfolgt zu werden wie Jüd*innen im Nationalsozialismus.[142] Nachdem sich an antifaschistischen Aktionen gegen einen AfD-Aufmarsch Ende Mai 2018 in Berlin mehr als 70.000 Menschen beteiligt hatten, twitterte der Sprecher der AfD Lichtenberg, Dr. Marius Radtke: «1938 bei den NAZIs: ‹Judensau!›, 2018 bei der ANTIFA: ‹AfD-Schwein›».[143] Ende 2016 schrieben die «AfD-Freunde Kinzigtal» (Hessen) bei Facebook: «Noch vor wenigen Tagen gedenkten [sic!] wir den [sic!] Opfern der Reichspogromnacht. Auch damals begann es mit der gesellschaftlichen Ausgrenzung [von Juden] durch ‹Gutmenschen› u.a. mit dem Hausverbot für Juden in deutschen Geschäften. Und heute …? Heute werden AfD'ler […] vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen.»[144]

Ähnlich äußerte sich der frisch gewählte AfD-Kreistagsabgeordnete Thomas Wollmann (Gießen, Hessen) im März 2016 und nutzte dabei einen von den Nazis geprägten Begriff: Mehrere Farbangriffe unter anderem auf Studentenverbindungen verglich er mit «Methoden der Reichskristallnacht».[145]

3.26 WEITERE NS-RELATIVIERUNGEN

Geschichtspolitik ist für völkisch-nationalistische Politik essenziell. In nahezu allen Kommunalvertretungen mit extrem rechten Verordneten werden von ihnen daher auch geschichtspolitische Themen bearbeitet. Eine erhebliche Rolle spielt dabei seit jeher der Umgang mit dem historischen Nationalsozialismus. Das Spektrum hierbei reicht von der scheinbaren Anerkennung der Verbrechen mit der Einschränkung, dass «auch mal Schluss sein» müsse, bis hin zum offenen Bekenntnis, den NS-Staat wiederbeleben zu wollen.

Debatten über das vermeintliche Gedenken an «alle Opfer» – wobei mit «alle» in der verharmlosenden Lesart der meisten Rechten auch und vor allem «die Deutschen» ge-

141 AfD-Besuchergruppe hetzt in KZ-Gedenkstätte, tagesschau.de, 31.8.2018, unter: www.tagesschau.de/inland/afd-besucher-sachsenhausen-101.html. **142** Reuters: «Neue Form des Sterns»: Koch löst Eklat aus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.2002, unter: www.faz.net/aktuell/politik/hessischer-landtag-neue-form-des-sterns-koch-loest-eklat-aus-183002.html. **143** Recherche- & Informationsstelle Antisemitismus RIAS: 27.5.2018, unter: https://twitter.com/Report_Antisem/status/1000820072296960000. **144** Holocaust-Banalisierung von den AfD-Freunden Kinzigtal, 28.11.2016, unter: http://keinealternative.blogsport.de/2016/11/28/holocaust-banalisierung-von-den-afd-freunden-kinzigtal/. **145** Bekenntnis zu Farbattacken, in: Wetterauer Zeitung, 15.3.2016, unter: www.wetterauer-zeitung.de/regional/stadtgiessen/Stadt-Giessen-Bekenntnis-zu-Farbattacken;art71,110615.

meint sind, die zum Großteil gar keine Nazis gewesen wären, sondern unter den Nazis gelitten hätten – gehören ebenso dazu wie das Polemisieren über eine angebliche «Umerziehung» durch die Alliierten. Häufig ist im Zusammenhang mit der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus auch von einem angeblichen «Schuldkult» die Rede, mit dem endlich Schluss sein müsse. Einen Antrag auf Errichtung eines Denkmals für Zwangsarbeiter lehnte der AfD-Vertreter im Schulausschuss in Dortmund, Matthias Helferich, entsprechend mit der Begründung ab, dass dadurch «eine wabernde Kollektivschuld am Leben erhalten» werde.[146]

Am 8. November 2018 machte im Berliner Abgeordnetenhaus wieder einmal Andreas Wild von sich reden. Der seit 2017 fraktionslose AfD-Politiker nahm an einem Trauermarsch zum Gedenken an den 80. Jahrestag der Pogromnacht vom 9. November 1938 teil – mit einer blauen Kornblume am Revers seines Anzugs.[147] Dieses Symbol wurde seit dem späten 19. Jahrhundert von der antisemitischen Schönerer-Bewegung und später bis zur Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich 1938 von den dortigen Nazis als Erkennungszeichen genutzt, da die NSDAP und das Hakenkreuz in Österreich seit 1933 illegal waren. Die Kornblume muss also als Zeichen gedeutet werden, das «Denkverbote» umgehen möchte. Ähnlich nutzen Neonazis Symbole wie die zwölfstrahlige «Schwarze Sonne»[148] quasi als legales Hakenkreuz.

Auch wenn Wild behauptete, die Bedeutung nicht gekannt zu haben: Wenige Wochen später trug er wieder eine Kornblume am Jackett, diesmal im Plenum des Abgeordnetenhauses.[149] Gegen daraufhin erteilte Ordnungsrufe legte er Widerspruch ein, den Mitte Dezember 2018 fast das gesamte Parlament und sogar ein Großteil der AfD ablehnte. Wild legte wieder nach und warf der AfD-Fraktion in seinem Newsletter vor, sie hätte die Blaue Blume «geopfert», die von der Presse zur Naziblume gemacht worden sei.[150]

146 Recherche- & Informationsstelle Antisemitismus RIAS: 24.10.2017, unter: https://twitter.com/Report_Antisem/status/922836039420563457. **147** Colmenares, Katja: Während Berlin erinnert, verhöhnt AfD-Politiker Opfer, in: BILD, 8.11.2018, unter: www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/eklat-um-nazi-symbol-bei-afd-politiker-waehrend-holocaust-gedenken-58314796.bild.html. **148** Schwarze Sonne, in: Versteckspiel, unter: https://dasversteckspiel.de/die-symbolwelt/nationalsozialismus/schwarze-sonne-42.html. **149** Schmidt, Florian: AfD-Politiker Wild provoziert erneut mit blauer Kornblume, in: Berliner Morgenpost, 29.11.2018, unter: www.morgenpost.de/berlin/article215900703/AfD-Politiker-Wild-provoziert-erneut-mit-blauer-Kornblume.html. **150** Wild war nicht der einzige völkische Politiker, der in den letzten Jahren demonstrativ eine blaue Kornblume trug. Auch der Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) Heinz-Christian Strache und der FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer zeigen sich mit ihr. Am Tag der Bundestagswahl 2017 fiel ein Mitarbeiter der Ruhruniversität Bochum mit einer Kornblume auf: Matthias Helferich, der die AfD im Schulausschuss Dortmund als sachkundiger Einwohner vertritt.

3.27 SONSTIGE GESCHICHTSPOLITIK

In der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin brachte die AfD einen Antrag ein, mit dem an Ernst Niekisch erinnert werden sollte. Die AfD reduzierte Niekisch auf seine Ablehnung Hitlers. Offenbar sollte damit die angebliche Ablehnung der AfD gegenüber dem Nationalsozialismus bekräftigt und gleichzeitig den anderen Parteien verunmöglicht werden, den Antrag abzulehnen. Die Partei DIE LINKE reagierte beispielsweise, indem sie einen öffentlichen Vortrag organisierte, [151] um sich und andere über den Antisemiten und Antikommunisten Niekisch aufzuklären und so inhaltlich gewappnet zu sein. Da das Kalkül der AfD nicht aufging, legte sie mit einem Antrag nach, eine Gedenktafel für die Widerstandskämpferin Maria Gräfin von Maltzan instand zu setzen. Für ihren Einsatz für Jüd*innen wurde von Maltzan 1987 von der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem mit dem Titel einer «Gerechten unter den Völkern» geehrt.[152]

Zunehmend nimmt die AfD positiv auf die Kolonialgeschichte Deutschlands Bezug. So richten sich etwa Initiativen gegen die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die nach Kolonialisten heißen wie in Berlin-Neukölln und im «afrikanischen Viertel» im Wedding sowie in Hamburg.[153] Auch die (finanzielle) Unterstützung von «Landsmannschaften» und «Vertriebenen»-Verbänden ist Thema von AfD-Initiativen, vor allem auf Bundes- und Landesebene. Eine mögliche Mehrfinanzierung würde die Infrastruktur dieser Revisionist*innen stärken, was auch in der Fläche spürbar sein könnte, beispielsweise bei Debatten über Denkmale, Gedenkveranstaltungen oder in Schulen.

3.28 ANTIKOMMUNISMUS

Klassischer Antikommunismus zeigt sich in der aktuellen Kommunalpolitik vor allem durch Debatten über die «DDR-Diktatur», beispielsweise wenn es um die Staatssicherheit geht.

Die NPD im Kreistag Harz beantragte 2007 und 2014, die «dauerhafte Entfernung von intoleranten, rassistischen und antisemitischen Denkmälern, Straßennamen usw. aus dem öffentlichen Leben», nämlich «Denkmäler, Straßennamen und andere Erinnerungsgegenstände an Karl Marx und Friedrich Engels». Es sei nicht zu akzeptieren, «Tatsachen» über die «DDR […] mit ihrem

151 Der Vortrag des Experten Volkmar Wölk kann man hier nachlesen: Wölk, Volkmar: Linke Leute von rechts? Eine Gedenktafel, die AfD und der Nationalbolschewismus, 19.12.2018, unter: www.sozialkritik.org/aktuelle-beitraege/linke-leute-von-rechts-eine-gedenktafel-die-afd-und-der-nationalbolschewismus/. **152** Der Antrag ist in die Ausschüsse überwiesen worden und wurde noch nicht abschließend behandelt (Stand Mitte Februar 2019). **153** Bohne, Andreas: Die AfD entdeckt den deutschen Kolonialismus, in: Antifaschistisches Infoblatt 121, Winter 2018.

totalitärem [sic!], inhumanen Totalitarismus» zu verschweigen. Mit der für ihn typischen Häme führte Fraktionschef Michael Schäfer in der Begründung Zitate an, die «Haß und Gewalt» im Denken von Marx und Engels und ihren Antisemitismus belegen sollten. Außerdem schlug Schäfer vor, dass die Kosten für die Umsetzung des Ansinnens über das Bundesprogramm «Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie» getragen werden könnten.[154] Begleitend organisierten NPD und JN im Jahr 2007 auch eine Kundgebung am Marx-Denkmal von Wernigerode.

Mit höhnischer Freude beziehen sich völkische Nationalist*innen immer wieder positiv auf linke Symbolfiguren wie den langjährigen KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann (1886–1944). In der Regel geht es um ein Zitat, das beweisen soll, dass Thälmann Nationalist war: «Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk; und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehre, ist die deutsche Nation. Eine ritterliche, stolze und harte Nation. […] Ich bin Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiter und bin deshalb als ihr revolutionäres Kind später ihr revolutionärer Führer geworden.»[155] Die AfD, zum Beispiel aus Oldenburg, meint, «Ernst Thälmann wäre heute Mitglied der AfD!».[156] Und der frühere Funktionär des internationalen Neonazinetzwerks Blood & Honour Sven Liebich aus Halle (Sachsen-Anhalt) bietet über seinen Versand T-Shirts mit dem Zitat an. Schon als Kopf der Kameradschaftsszene des Bundeslandes hatte er Anfang der 2000er Jahre T-Shirts mit dem Konterfei von Ché Guevara und dem Spruch «Ché wäre heute bei uns» produziert.

154 Der Kreistag Landkreis Harz: Beschlussvorlage 47/2007, 28.8.2007. **155** Thälmann, Ernst: Zwischen Erinnerungen und Erwartungen, 1977, S. 56–58. **156** AfD Stadt Oldenburg/Ammerland: Ernst Thälmann wäre heute Mitglied der AfD, 18.9.2917, unter: https://de-de.facebook.com/AfD.Oldenburg/photos/ernst-th%C3%A4lmann-w%C3%A4re-heute-mitglied-der-afd/683808155145938/.

4 UMGANG MIT RECHTEN AKTEUR*INNEN IN KOMMUNALEN GREMIEN

Zunehmend erhalten rechte Akteur*innen Einzug in die kommunalen Gremien. Das Problem mit rechten Parlamentarier*innen ist allerdings kein neues Phänomen, weil es in allen Bundesländern bereits Erfahrungen mit rechten Fraktionen oder Einzelpersonen gibt, auch außerhalb kommunaler Institutionen. In einzelnen Stadtverordnetenversammlungen, Gemeinderäten oder Kreistagen sind extrem Rechte bereits seit Jahrzehnten vertreten. In den letzten Jahren ist es ihnen aber gelungen, ihre Strukturen deutlich auszubauen und zu verfestigen. Dadurch haben sie nicht nur Sitze, sondern auch finanzielle Ressourcen hinzugewonnen.
Mit dem Einzug der AfD gibt es vermehrt Schwierigkeiten, Absprachen, die im Hinblick auf den Umgang mit der NPD oder den Republikanern getroffen worden sind, weiter aufrechtzuerhalten. Eine deutliche Positionierung von linken, antifaschistischen und progressiven Akteur*innen ist daher weiterhin und gerade jetzt er-

UNTERSTÜTZUNG IN DER ARGUMENTATION GEGEN RECHTS

Um auch sprachlich und argumentativ gegen rechte Aussagen gewappnet zu sein, gibt es bereits zahlreiche Angebote wie Argumentationstrainings und Publikationen von Bildungsträgern, mobilen Beratungsstellen sowie anderen Vereinen und Organisationen, die sich problemlos im Internet finden lassen. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf zwei Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung verwiesen:

«Haltung zeigen – Gesprächsstrategien gegen rechts» von Frauke Büttner, Wiebke Eltze, Lisa Gutsche und Juliane Lang – auf der Seite der Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellbar und zum Download als pdf unter: www.rosalux.de/publikation/id/37599/haltung-zeigen/.

«Gender raus – Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik», herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung – auf der Seite der Rosa-Luxemburg-Stiftung bestellbar und zum Download als pdf unter: www.rosalux.de/publikation/id/37502/gender-raus/.

forderlich. Dass die Präsenz rechter Akteur*innen sowohl in den Gremien und Parlamenten als auch in den Medien und in der Gesellschaft als «normal» hingenommen wird, muss aktiv bekämpft werden. Dabei gibt es verschiedene Handlungsmöglichkeiten. Ziel linker, kommunaler Mandatsträger*innen sollte es dabei stets sein, sich einerseits deutlich gegen Rassismus, völkischen Nationalismus zu äußern und zu positionieren, andererseits aber auch die eigenen Positionen stark zu machen. Auch die Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen außerhalb sowie die Kooperation mit anderen Fraktionen innerhalb des Gremiums und natürlich der Austausch zwischen linken Politiker*innen verschiedener Gremien sollte im Vordergrund der Arbeit stehen. Klar ist, dass völkisch-nationalistische, antisemitische oder rassistische Positionen, die Angst schüren und Hass und Gewalt predigen, ein Angriff auf unsere Gesellschaft und ein solidarisches Miteinander sind. Sie zerstören die Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte hin zu einer offenen, gerechten Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Teilhabe aller steht.

4.1 GRUNDSÄTZLICHER PERSÖNLICHER UMGANG

Wie der/die einzelne Verordnete mit Personen rechter Parteien im persönlichen Bereich umgeht, hat selbstverständlich jede*r für sich zu entscheiden. Dennoch besteht grundsätzlich die Notwendigkeit, extrem rechte Parteien oder Gruppen und damit auch ihre Vertreter*innen als Antidemokrat*innen zu verstehen, und somit auf einen gewissen, grundlegend distanzierten Umgang zu achten. Selbst wenn sie durch Wahlen demokratisch legitimiert worden sind und demokratische Mittel zur Erreichung ihrer Ziele nutzen, sind ihre Ziele nicht demokratisch, sondern rassistisch und völkisch-nationalistisch. Für den Umgang mit rechten Akteur*innen empfiehlt es sich, bereits in der ersten eigenen Fraktionssitzung nach den Wahlen über den gemeinsamen künftigen Umgang zu sprechen, Probleme herauszuarbeiten und das Ergebnis in Form einer öffentlichen Erklärung festzuhalten. Wie eine mögliche Erklärung aussehen kann, wird im Folgenden am Beispiel des Vorschlags der Wählergruppe «die aNDERE» anschaulich (→ Seite 78). Über folgende Möglichkeiten des Umgangs sollte im Rahmen der Fraktionssitzung gesprochen werden:

4.1.1 Begrüßung/Handgeben

Insbesondere in kleineren Gesprächsrunden kommt es oft vor, dass jeder anwesenden Person die Hand geschüttelt wird. In solchen Situationen ist es nicht immer leicht, bei einzelnen Anwesenden eine Ausnahme zu machen, um so um das Händeschütteln mit extrem Rechten herumzukommen. Doch gerade ein bewusst *anderer* Um-

gang kann dabei helfen, nicht in Routinen zu verfallen. Andere Beispiele wären das demonstrative Sitzenbleiben statt des höflichen Aufstehens bei einer Begrüßung oder das Vermeiden von Abschiedsfloskeln wie «Auf Wiedersehen!».
Beim zufälligen Zusammentreffen auf Fluren oder auf der Straße ist es immer möglich, jemanden grußlos zu «übersehen» und eine andere Person so zu meiden.

4.1.2 Small Talk

Extrem rechte Verordnete versuchen oft, kleinere, scheinbar unverfängliche Gespräche mit Demokrat*innen zu führen, um die Isolierung zu brechen und als Teil des demokratischen Spektrums zu erscheinen. In Veranstaltungen und auf Fluren oder am Rande einer Sitzung ist Small Talk, also ein kleines Schwätzchen, jedoch nicht notwendig, auch dann nicht, wenn es sich ja sprichwörtlich nur «um das Wetter» drehen sollte. Für Außenstehende ist der Inhalt eines Gespräches nicht erkennbar. Fotos von linken Politiker*innen im Gespräch mit Politiker*innen rechter Parteien vermitteln das Bild eines normalen Umgangs und bringen eine*n selbst in Erklärungsnot. Wenn andere Kolleg*innen im selben Raum stehen, können kleinere Grüppchen gebildet werden, um sich zu unterhalten. Dadurch wird auch eine Nichtansprechbarkeit suggeriert. Darüber hinaus sind auch freundliche Rituale wie das Aussprechen von Geburtstagsglückwünschen entbehrlich. Sollte man selbst Glückwünsche von rechten Mandatsträger*innen überbracht bekommen, ist die Verwicklung in kleinere Gespräche abzuwenden.

4.1.3 Distanzierung

In kleineren Gemeinden kennen sich linke Politiker*innen und rechte Räte oft schon länger, auch außerhalb des politischen Geschehens. Es ist besonders im Politikalltag wichtig, den Kontakt auf die nötigsten Umgangsfloskeln zu begrenzen, «witzeln» zu vermeiden und nicht ins «Du» zu rutschen.
Sollten Vertreter*innen der extremen Rechten einmal zu einem «links-grün versifften» Redebeitrag klatschen oder sich lobend über eine Wortmeldung aussprechen, sollte situativ über eine Distanzierung nachgedacht werden. In dieser kann und sollte gegebenenfalls der Unterschied zwischen den Parteien und – wenn möglich – zwischen den Abstimmungsgründen deutlich herausgestellt werden. Abzuwägen ist dabei aber auch, welche Aufmerksamkeit und Präsenz den Rechten dadurch gegeben wird. Dafür braucht es auch heute mutige Akteur*innen in kommunalen Gremien, die für progressive Politik kämpfen, streiten und sich rechter Hetze klar entgegenstellen.

4.2 ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

Zu Podiumsdiskussionen, aber auch Talkshows oder Radiogesprächen werden immer wieder auch Vertreter*innen rechter Parteien eingeladen. In solchen Fällen kann es angebracht sein,

1. sich mit der veranstaltenden Organisation in Verbindung zu setzen, die Teilnahme rechter Gäste zu problematisieren und ggf. die eigene Nichtteilnahme anzudrohen;
2. mit den anderen Kandidat*innen demokratischer Parteien übereinzukommen, gemeinsam die Veranstaltung nicht zu besuchen und somit auf ein Ausladen rechter Akteur*innen hinzuwirken;
3. auf klar definierte Verhaltensregeln und eine Strategie zur Durchsetzung des Hausrechts hinzuwirken, um bei rassistischen, antidemokratischen, homophoben oder sexistischen Äußerungen eingreifen zu können.

Sollte es dennoch zu einer gemeinsamen Veranstaltung kommen, werden Politiker*innen linker Parteien gern neben rechte Akteur*innen platziert. Eine solche Sitzordnung ist zu verweigern. Es gibt keinen Grund, eine räumliche Nähe aufzubauen. Kommt es auch hier zu Redebeiträgen, die direkt positiven Bezug auf linke Äußerungen nehmen, ist auch hier eine Distanzierung im nächsten Beitrag angeraten (wenn die Zeit es zulässt). In keinem Fall darf der Eindruck entstehen, dass man sich kenne oder schon lange vertraut zusammenarbeite. Für eine gute Vorbereitung ist es wichtig herauszufinden, welche Personen bereits angemeldet sind, wer den Podiumsgast begleiten könnte und wie groß der Veranstaltungsort ist. Außerdem empfehlen wir Argumentationstrainings gegen reche Akteur*innen, die verschiedene Beratungsstellen anbieten, um eine Übernahme linker Argumentationsmuster zu entlarven. Sollten bereits Diskussionen mit denselben rechten Akteur*innen stattgefunden haben, empfiehlt es sich, die gemachten Erfahrungen der Kolleg*innen einzuholen.

Für die Veranstalter*innen gilt es, sich im Rahmen des Hausrechtes abzusichern und eine Ausschlussklausel bereits in der Bewerbung zu publizieren und auch sichtbar als Plakat oder Hinweisschild am Veranstaltungsort zu platzieren:

«Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die extrem rechten Parteien oder Organisationen angehören, der extrem rechten Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.»

4.2.1 Rechte im Publikum

Oft kommt der Podiumsgast nicht allein zur Veranstaltung. Rechte Personen, Mitglieder rechter Parteien oder Gruppen mischen sich gern unter das Publikum, klatschen laut und versuchen, viele Fragen zu stellen, um dadurch ihren Redeanteil zu erhöhen und Themen zu setzen. Auch hier sei der Hinweis auf die Hausordnung und das Hausrecht gegeben. Eine weitere Maßnahme ist, im Vorfeld darauf zu drängen, dass bei der Moderation auf Zeit und Raum von Fragen geachtet und die Person mit dem Saalmikrofon dazu angehalten wird, dieses nicht aus der Hand zu geben.

Auch in kommunalen Gremien kann durch den Einzug rechter Parteien die Anzahl von Besucher*innen aus der rechten Szene zunehmen. Insbesondere bei Fragestunden oder Anwohneranträgen bietet sich ihnen die Möglichkeit, rechte Inhalte öffentlichkeitswirksam vorzubringen. Oft ist es ein und dieselbe Person, die an öffentlichen Sitzungen teilnimmt. Allein das kann den offenen demokratischen Austausch hemmen und das gesamte Sitzungsklima negativ beeinflussen.

4.3 GREMIENARBEIT

4.3.1 Berliner Konsens

Mit dem Einzug der NPD in einige Berliner Bezirksverordnetenversammlungen entwickelte die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) im Jahr 2011 gemeinsam mit den demokratischen Parteien im Abgeordnetenhaus ein Papier, das die demokratischen Grundsätze deutlich hervorheben sollte. Der «Berliner Konsens» hält allerdings nur ein allgemeines Verständnis fest und beinhaltet keine Handlungsanleitungen der Fraktionen im Parlament selbst. Darin heißt es etwa: «Wir wenden uns dagegen, rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien ein Podium zu geben. Mit Vertreterinnen und Vertretern von diskriminierenden Positionen darf es keine Diskussion auf Augenhöhe geben.»[157] Weiter wird sich deutlich für ein tolerantes Miteinander in Berlin ausgesprochen und Protest bei Veranstaltungen rechter Parteien und Akteure bekräftigt: «Rechtsextremen und rechtspopulistischen Veranstaltungsoffensiven und Versuchen, sich in öffentlich-rechtlichen Räumen als wählbare oder gar demokratische Parteien zu inszenieren, gilt es mit allen juristischen Mitteln und Möglichkeiten des demokratischen und friedlichen Protestes zu begegnen.»[158] Im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahlen 2016 wurde von den Parteien SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, DIE LINKE, Piratenpartei sowie der FDP eine zweite Auflage des «Berliner Konsenses» unterzeichnet.

157 Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: Berliner Konsens gegen Rechtsextremismus, 18.9.2011, unter: www.mbr-berlin.de/angebote/beratung/berliner-konsens-gegen-rechts/?lang=de. **158** Ebd.

In diesem wird darauf hingewiesen, dass Berlin eine weltoffene Stadt sei und bleibe. Außerdem gebe es eine Solidarität mit Betroffenen rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung.[159] Ein weiter gehendes Dokument nach dem Einzug der AfD in das Abgeordnetendokument wurde nicht verabschiedet.

4.3.2 Schweriner Weg

Eingeführt wurde das Konzept des Schweriner Weges mit dem Einzug der NPD in den Schweriner Landtag im Jahr 2006. Es befasst sich mit grundsätzlichen Handlungsanweisungen und -absprachen im Umgang mit rechten Akteur*innen im Landtag. Inzwischen findet dieses Konzept ebenfalls in kommunalen Gremien Anwendung. Doch was steckt dahinter? Wird es heute noch genutzt? Was hat sich mit dem Einzug neuer rechter Parteien verändert?

In einem Flyer der SPD Mecklenburg-Vorpommern ist zu lesen, worum es in der Vereinbarung des Schweriner Weg geht:[160] Zu Anträgen der NPD nimmt nur ein*e Abgeordnete*r einer demokratischen Fraktion Stellung;

- Alle Anträge der NPD, die in den Landtag eingebracht werden, werden von allen demokratischen Fraktionen abgelehnt;
- An Veranstaltungen nehmen die gewählten Vertreter*innen der demokratischen Fraktionen nur teil, wenn die NPD nicht mit auf dem Podium sitzt oder eingeladen ist.

Während der Recherchen und in Gesprächen mit unterschiedlichen kommunalpolitischen Akteur*innen waren beide Konzepte, also der Berliner und Schweriner Erklärung, wichtige Referenzpunkte. Sowohl im Stadtrat von Lutherstadt Wittenberg als auch in der Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf in Berlin nutzen Akteur*innen Teile beider Konzepte – doch nicht immer konsequent und durchgehend. Andere kommunale Gremien hingegen nutzen keines der beiden Konzepte als Strategie im Umgang mit rechten Akteur*innen in Parlamenten, Kreistagen, Stadträten oder in der Bezirksverordnetenversammlung.

Mit dem Einzug der AfD in einige der Gremien sind viele demokratische Mandatsträger*innen verunsichert. Absprachen gegen eine NPD fielen leichter, immerhin gab es mehrfach verfassungsrechtliche Anläufe, die Partei zu verbieten. Im Urteil zum zweiten Verbotsverfahren bestätigte 2017 das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Verfassungsfeindlichkeit der Neonazipartei. Ein Verbot scheiterte lediglich an der Bedeutungslosigkeit der Partei im politischen Geschehen der Bundesrepublik.

Doch nun sitzt die AfD auch im Bundestag und eine Gleichbehandlung

159 Vgl. Berliner Konsens. Öffentliche Erklärung der Berliner demokratischen Parteien SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke, Piratenpartei und FDP. In Zusammenarbeit mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, 1.6.2016, unter: www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2016/06/Berliner_Konsens_2016.pdf. **160** Vgl. Landtagsfraktion SPD Mecklenburg-Vorpommern: Der Schweriner Weg. Zum Umgang der demokratischen Fraktionen mit der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, unter: https://webmoritz.de/wp-content/uploads/2016/05/Schwerinerweg.pdf.

mit der NPD in der politischen, kommunalen Auseinandersetzung ist angesichts der deutlich größeren Macht und trotz der kontinuierlichen Radikalisierung der AfD nur schwer vermittelbar, obwohl sie eben nicht so bedeutungslos ist, wie das Bundesverfassungsgericht die NPD 2017 einschätzte. Am Beispiel der Wählergruppe «die aNDERE» aus der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung zeigt sich: Eine klare Positionierung gegen rechts gelingt auch ohne Berliner Konsens oder Schweriner Weg:

«Sehr geehrte Kolleginnen in den Fraktionen der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, seit dem Mai 2014 sitzt die AfD in Fraktionsstärke in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung. […] Unsere Fraktion möchte nicht so einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir haben bereits angekündigt, dass wir die AfD für rechtspopulistisch und ihre Positionen für rassistisch halten. Eine Zusammenarbeit mit der AfD-Fraktion ist daher für uns ausgeschlossen. […] DIE aNDERE würde es begrüßen, wenn es auch [wie im Brandenburger Landtag] in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung einen Minimalkonsens zum Umgang mit der AfD-Fraktion gibt.

Unsere Fraktion wird auch künftig keinen Brief, keinen Antrag und keine Erklärung mitzeichnen, die auch von der AfD unterstützt wird. Wer auf unsere Unterstützung Wert legt, muss auf die durch die AfD verzichten. Wir bitten, diese Position zu akzeptieren. Natürlich würden wir es begrüßen, wenn andere Fraktionen unsere Auffassung teilen.»[161] Für die Arbeit in kommunalen Gremien ist es wichtig, sowohl in der eigenen Fraktion als auch mit anderen demokratischen Fraktionen gemeinsame Positionen und Absprachen im Umgang zu erarbeiten, sonst fällt es rechten Akteur*innen und Fraktionen leicht, kommunalpolitische Arbeit von Demokrat*innen zu stören. Dass es rechten Kommunalpolitiker*innen oft darum geht, demokratische Politikabläufe zu behindern, hat der AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider (Sachsen-Anhalt) mit Blick auf die Kommunalwahlen 2019 auf den Punkt gebracht. Bei einem sogenannten Bürgerforum seiner Partei im Februar 2018 in Merseburg beklagte er eine «Überdemokratisierung der Kommunalpolitik» und erklärte: «Wir müssen herausfinden, wie wir auf kommunaler Ebene sabotieren können.»[162] Ein Sich-Abarbeiten an rechten Initiativen bedient diese Auffassung, denn sie behindert insbesondere die Setzung und Einbringung eigener, linker oder antifaschistischer Themen. Eine Verständigung innerhalb der eigenen Fraktion zu thematischer Ausrichtung und Arbeitsweise schon im Vorfeld der konstituierenden Sitzung ist daher maßgeblich für die Arbeit der kommenden Legislatur. Aus diesem Grund hier einige aus linker

161 Die aNDERE: Erklärung zur AfD, 23.09.2015.
162 Briest, Robert: Aufruf zur Sabotage. AfD-Kreis-Chef Tillschneider skizziert seine Pläne, in: Mitteldeutsche Zeitung, 28.2.2018, unter: www.mz-web.de/saalekreis/aufruf-zur-sabotage-afd-kreis-chef-tillschneider-skizziert-seine-plaene-29791432.

Sicht grundsätzliche Handlungsempfehlungen, die bei der Arbeit in kommunalen Gremien helfen sollen: Es sollten:

- keine gemeinsamen Anträge mit rechten Fraktionen eingereicht;
- keine Anträge rechter Fraktionen angenommen;
- keine gemeinsamen Erklärungen, an denen rechte Fraktionen beteiligt sind, abgegeben und
- keine Personalvorschläge aus oder von rechten Fraktionen unterstützt oder angenommen werden.

In den folgenden Abschnitten werden die verschiedenen Wege, Möglichkeiten und Situationen im Einzelnen aufgezeigt und Handlungsempfehlungen anhand von Argumentationen und Beispielen gegeben.

4.4 FRAKTIONSBILDUNG

Beim Einzug von Einzelpersonen oder einigen wenigen Abgeordneten in ein kommunales Gremium oder bei einer besonders großen Hürde zur Bildung einer Fraktion (ab circa fünf Mandaten) ist es für die weitere Arbeit, insbesondere in den Ausschüssen, von Vorteil, eine Fraktion mit anderen Parteien zu bilden. Auch bei der Besetzung von Posten oder in anderen Gremien kann der Status als Fraktion eine Voraussetzung für die Mitarbeit sein. Für die Möglichkeit der Arbeits- und Abstimmungsfähigkeit ist es daher geboten, eine Gruppe mit Parteien zu bilden, denen man inhaltlich nahesteht. Eine Fraktionsbildung mit der AfD oder rechten freien Wählergruppen kann also unter keinen Umständen eine Option sein. Verschiedene Beispiele zeigen, dass es andere Möglichkeiten der Fraktionsbildung gibt:

Im Wetterau-Kreis (Hessen) bildet die LINKE-Kreistagsfraktion eine Fraktion zusammen mit einer Abgeordneten der PIRATEN.[163] In Stuttgart (Baden-Württemberg) bilden acht Personen eine Fraktionsgemeinschaft im Stadtrat. Dazu gehörten mit drei Mandaten die SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial), DIE LINKE ebenfalls mit drei Stadträt*innen sowie jeweils ein PIRAT und eine Person über die studentische Liste.[164] Auch im Augsburger Stadtrat (Bayern) hat sich eine Ausschussgemeinschaft gebildet, um in die verschiedenen Ausschüsse zu gelangen. Diese besteht aus den Parteien Freie Wähler, DIE LINKE, der ÖDP (Ökologisch-Demokratische Partei)[165] und der Polit-WG. Ihre Ziele für die Zeit im Stadtrat sind auf ihrer Internetseite definiert und nachzulesen.[166]

163 Landkreis Wetterau: Kreistagsabgeordnete, Stand 25.10.2018, unter: www.wetteraukreis.de/politik/kreistag/kreistagsabgeordnete/. **164** Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE PluS: über uns, unter: https://soeslinkeplus.de/fraktiongemeinschaft/. **165** Wobei auch hier darauf verwiesen sei, dass die ÖDP wie in Kapitel 2 bereits erwähnt, Fraktionen mit der AfD stellt. Deshalb ist eine Auseinandersetzung mit den konkreten Personen und eine Verständigung über die gemeinsamen Inhalte im Vorfeld der Fraktionsbildung geboten. **166** Ausschussgemeinschaft: Gemeinsame Ziele, unter: https://ausschussgemeinschaft.de/gemeinsame-ziele-der-ausschussgemeinschaft/.

Kleine Fraktionen, aber auch angehende Mandatsträger*innen sollten aufmerksam beobachten, inwiefern es Bestrebungen gibt, die Voraussetzungen für den Erhalt des Fraktionsstatus zu verändern, der oft in der ersten, konstituierenden Sitzung der Legislatur festgelegt wird. Gern wird die Anzahl der notwendigen Sitze nach oben verschoben, um eine Fraktionsbildung zu verhindern – vermehrt auch gegen linke Mandatsträger*innen. Dadurch entfielen notwendige Ressourcen und rechtliche Möglichkeiten für die kommunalpolitische Arbeit, wie zum Beispiel Fraktionsräume, Mitarbeiter*innen, das Rede- und Abstimmungsrecht in Ausschüssen sowie finanzielle Mittel. Der Fraktionsstatus ist demnach wichtig für die Arbeit vor Ort. Deshalb sollten Änderungen der Geschäftsordnung in diesem Zusammenhang vermieden und verhindert werden.

4.5 WAHLEN VON PERSONEN IN GREMIEN UND POSITIONEN

Jede gewählte Partei/Liste hat – je nach Proporz – einen Anspruch auf Posten wie etwa im Vorstand/Präsidium, auf Dezernent*innen, Ausschussvorsitze, sachkundige Bürger*innen, aber auch in Aufsichtsräten von Eigenbetrieben. Damit ist jedoch kein Anspruch verbunden, dass linke Akteur*innen konkrete, personelle Vorschläge akzeptieren oder mittragen müssen. Aus diesem Grund können Wahlvorschläge für solche Posten im Einzelfall – konkret begründet – abgelehnt werden. Hierbei ist es hilfreich, sich mit Expert*innen aus antifaschistischen Initiativen zu den entsprechenden Personen auszutauschen. Enthaltungen bei entsprechenden Abstimmungen sind möglich, aus Sicht der Autor*innen aber nicht sinnvoll, auch wenn damit immerhin gezeigt werden kann, dass die Postenvergabe als Teil der demokratischen Regeln akzeptiert wird.

4.6 KONSTITUIERUNG

Die Konstituierende Sitzung wird in den meisten Fällen durch den/die älteste*n Mandatsträger*in eröffnet und geleitet. Im Deutschen Bundestag wurde dies im Vorfeld der Wahlen zum jetzigen 19. Deutschen Bundestag geändert. Die Eröffnung der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestags wurde von dem Mandatsträger mit der längsten Parlamentserfahrung durchgeführt. Geändert wurde dieser in der Geschäftsordnung geregelte Sachverhalt in der letzten Legislaturperiode. Der Erfolg der AfD ließ vermuten, dass ein Einzug in den Bundestag nicht ausbleiben und somit auch die älteste Person von der AfD, in der ge-

genwärtigen Fraktion durch Herrn Glaser, gestellt werden würde. Im Fokus der Begründung des Geschäftsordnungsantrags steht die mögliche Unerfahrenheit eines neuen, aber lebensältesten Abgeordneten.
«Der § 1 Absatz 2 GO-BT wird dahingehend geändert, dass künftig nicht mehr das lebensälteste Mitglied des Bundestags als Alterspräsident vorgesehen wird, sondern das am längsten dem Bundestag angehörende Mitglied, das hierzu bereit ist.»[167] Ein solches Vorgehen kann auch in kommunalen Gremien mit dieser sehr plausiblen Begründung erfolgen. Weitere Möglichkeiten wären, die Kriterien auf die parlamentserfahrenste oder lebensälteste Frau auszuweiten.
Prinzipiell gestaltet sich das Ändern von Geschäftsordnungen allerdings schwierig und ist nur in bestimmten Situationen zu empfehlen. Denn auf der einen Seite stärkt es rechte Akteur*innen in ihrer vermeintlichen Opferrolle. Damit haben rechte Politiker*innen einmal mehr einen Grund, sogenannte etablierte Parteien verbal zu diskreditieren. Auf der anderen Seite erscheint der Ansatz, demokratische Rechte zu beschneiden, um Antidemokrat*innen zu bekämpfen, als grundsätzlich widersinnig. Auch diese Debatte ist nicht neu. Um die Einführung einer «Lex NPD» wurde vor ein paar Jahren in vielen Gremien gestritten. Welche Gefahren damit verbunden sind, können linke Lokalpolitiker*innen berichten, die – vor allem in Westdeutschland – vielerorts von Vertreter*innen demokratischer Parteien mittels einer «Lex PDS» in ihren Handlungsmöglichkeiten beschnitten worden sind. Dass NPD, AfD und Co. noch deutlich weiter gehen würden, wenn sie die Chance bekämen, sollte klar sein. Für das eigene Selbstverständnis ist also genau abzuwägen, ob solche Beschneidungen mitzutragen sind. Enthaltungen können an dieser Stelle von Vorteil sein. Sie geben die Möglichkeit, eine Nichtakzeptanz zukünftiger rechter Personalien zum Ausdruck zu bringen, zeigen gleichzeitig aber die grundlegende Ablehnung gegenüber einer Beschneidung der demokratisch ausgehandelten Spielregeln. Gibt es Verständigungen zu Geschäftsordnungsänderungen, die die Konstituierung betreffen, müssen diese in der alten Legislaturperiode beschlossen werden.

4.7 GREMIEN UND ÄMTER

Sollten Dezernentenposten oder Ähnliches vergeben werden müssen, so ist – mit der nötigen Mehrheit im Gremium – eine Änderung der Zuteilung von Ressorts möglich. So gibt es Bereiche, die einen geringeren Einfluss auf den Alltag der Menschen haben oder weniger Zugriff auf sensible Daten bieten als andere. Die Bereiche Soziales, Gesundheit, Jugend oder Migration

167 Deutscher Bundestag, DS 18/12376.

sollten dabei in keinem Fall Personen rechter Parteien zufallen. Durch neue Zuschnitte ist es möglich, einen breiten und massiven Einfluss solcher Posten zu verhindern.
Hierbei besteht in jedem Fall die Schwierigkeit der Zuteilung, denn grundsätzlich ist es in jedem Ressort von großem Nachteil, eine nationalistische, antidemokratische Person in einer Leitungsfunktion zu haben.
Der Bezirk Berlin-Lichtenberg hat eine vergleichsweise gute Möglichkeit gefunden, den Einfluss des Stadtrates der AfD im Bezirksamt gering zu halten, indem ihm der Bereich «Regionalisierte Ordnungsaufgaben» übertragen wurde. Dazu gehören die Bereiche Fahrzeugbeseitigung, der Tierfang für Berlin sowie die Straßenreinigung des Bezirks.[168] In einigen Kommunen wurde der Bereich «Ordnung» an rechte Vertreter*innen vergeben. Doch an dieser Stelle sei zur Vorsicht geraten. Dem Bereich unterstehen oft Standesämter, Einbürgerungs- und Meldebehörden sowie weitere Ämter. Das bedeutet, dass es zum einen zu Problemen oder Verzögerungen bei Trauungen oder Einbürgerungen von Migrant*innen kommen kann und andererseits ein immenser Datenzugriff an dieser Stelle möglich ist. Eine grundsätzliche Empfehlung zur Vergabe der Ressorts ist an dieser Stelle nicht abschließend möglich. Auch im Bereich Umwelt können Schwierigkeiten entstehen, denn dieser fällt dann möglicherweise in die Hände von Leuten, die den

168 Bezirksamt Lichtenberg von Berlin: Bezirksstadtrat der Abteilung Regionalisierte Ordnungsaufgaben, unter: www.berlin.de/ba-lichtenberg/politik-und-verwaltung/bezirksamt/artikel.554588.php.

BÜRGERMEISTERWAHL IN LEBUS (LANDKREIS MÄRKISCH-ODERLAND, BRANDENBURG)

Oft werden im kommunalpolitischen Bereich parteilose Kandidat*innen aufgestellt. Auch hier ist es besonders wichtig, eine gute Kommunikationsstruktur aufzubauen und über den Umgang mit rechten Akteur*innen zu reden. Dabei sind Informationen über die zu wählende Person von entscheidender Bedeutung.
In Brandenburg wollten beispielsweise Parteilose der LINKEN-Liste den ehrenamtlichen Bürgermeister von Lebus mitwählen. Der Kandidat war allerdings bekanntermaßen Mitglied der AfD. Dass die Wahl nicht zustande kam, ist einem formalen Fehler zu verdanken – doch das Beispiel zeigt, dass Informationen über Akteur*innen und Kandidat*innen wichtig sind, um keine Rechten zu unterstützen und zu wählen. Durch Verabredungen im Vorfeld können solche Fallstricke auch in der Kommunalpolitik rechtzeitig erkannt werden, um zu verhindern, dass Rechte an Einfluss gewinnen.

Klimawandel leugnen. Im Bereich Gesundheit geht es seit einigen Jahren vermehrt um die Versorgung von Obdachlosen, Migrant*innen oder Erwerbslosen. In diesem Bereich zu kürzen oder eine nationalistische Politik einziehen zu lassen, hätte fatale Folgen für Menschen, die auf ein solches Versorgungssystem angewiesen sind. In den Bereichen Jugend und Sport können Schwerpunkte und Themensetzung anders gewichtet werden. Insbesondere für die Bereiche Inklusion, Fraueninitiativen oder Projekte zur Demokratieförderung ergeben sich dann Einschränkungen für die weitere Arbeit.

Weitere Schwierigkeiten können bei der Besetzung von Ausschussvorsitzen entstehen. Diese werden in der Regel nach Proporz gewählt und aufgeteilt. Die Leitung eines Ausschusses kann eine machtvolle Position werden, wenn keine klaren Absprachen mit den anderen demokratischen Parteien vorhanden sind. Denn die Einberufung von Tagesordnungspunkten sowie die Themensetzung liegt in den Händen des/der Vorsitzenden. Ausschüsse bilden im Kleinen dasselbe Stärkeverhältnis ab. Bei rechten Kandidaturen zum Ausschussvorstand ist es empfehlenswert, sich mindestens zu enthalten.

4.8 REDEBEITÄGE UND BEFASSUNG MIT ANTRÄGEN

Vor der Befassung mit Anträgen in der öffentlichen Sitzung ist eine Behandlung und Besprechung rechter Anträge in der Fraktions-, aber auch in der Ältestenratssitzung möglich und ratsam. In beiden Fällen kann über Inhalte sowie das weitere Vorgehen abgestimmt werden. Eine Behandlung rechter Initiativen kann im Einzelfall auch abgelehnt werden. Sollten rechte Akteur*innen in der Sitzung des Ältestenrates anwesend sein, sind informelle Treffen im Kreis demokratischer Vertreter*innen ebenfalls möglich.

Eine Zusammenarbeit mit rechten Akteur*innen sollte prinzipiell abgelehnt werden. Redebeiträge zur Ablehnung rechter Anträge sollten zudem inhaltlich und argumentativ sachlich, im Ton aber scharf sein. Ein breites Wissen über a) die Personen und b) die Ziele und Themen der jeweiligen Partei/Fraktion machen eine Abgrenzung und argumentative Enttarnung rechter «Kümmerer» einfacher. Dazu ist es einerseits erforderlich, dass demokratische Aktive sich – zumindest in ihrem jeweiligen Politikfeld – mit den Positionen der Rechten auskennen. Hilfreich ist andererseits aber natürlich auch der Austausch mit Expert*innen. Lokale oder regionale Antifa-Gruppen sind immer, unabhängige Journalist*innen und engagierte Wissenschaftler*innen oft gut über die lokale rechte Szene informiert und können entsprechende Hinweise, Einschätzungen und Hilfestellungen geben.

Im Kreistag Wetterau (Hessen) werden sozialpolitische Anträge der NPD mit folgender Begründung abgelehnt: «Wir sehen das Prob-

lem, aber wir wollen es nicht national lösen.» Ein sozialpolitischer Antrag rechter Fraktionen suggeriert in der Wortwahl einen sozialpolitischen Ansatz, die Einordnung in das jeweilige Partei- oder Wahlprogramm deckt allerdings eine nationale, rassistische, homophobe oder sexistische Begründung im Kern auf und ermöglicht dadurch eine sachliche, linke Ablehnung des Antrages. Dies ist auch bei kopierten Anträgen möglich. Wenn rechte Fraktionen, zum Teil wortgleich, Anträge von linken Akteur*innen einbringen, sind sie durch eine solche Begründung abzulehnen. Andererseits ist es auch möglich, einen eigenen Antrag einzubringen, der explizit linke Forderungen benennt, oder einen Änderungsantrag zu stellen, der klar die eigenen Themen setzt.

Oft stimmen in kommunalen Gremien rechte Politiker*innen linken Anträgen zu. Aber auch zustimmendes Klatschen bei Redebeiträgen linker Politiker*innen ist nicht selten.

In diesen Fällen ist zu überlegen und mit den anderen Fraktionsmitgliedern zu besprechen, ob Anträge nicht prinzipiell so formuliert werden sollten, dass ein Zustimmen Rechter nicht möglich ist, beispielsweise durch die Nennung von Zielgruppen wie Migrant*innen, Frauen oder Homosexuellen. Ein solches Vorgehen ist nicht immer möglich, kann aber ein probates Mittel sein. Wenn ähnliche Anträge zeitgleich gestellt werden, ist es im Anschluss von Bedeutung, Initiativen in diesem Bereich zu stärken und erste eigene Projekte anzugehen.

Grundsätzlich ist es die Aufgabe linker, radikal-demokratischer Akteur*innen, auf den rassistischen, neonazistischen, sexistischen, homophoben und nationalistischen Charakter rechter Fraktionen aufmerksam zu machen, diese zu demaskieren und eine klare Haltung für eine solidarische, tolerante und soziale Gesellschaft zu zeigen. Dabei sollte ein möglichst geringer Anteil der eigenen Redezeit auf die direkte Beschäftigung mit Rechten fallen, vielmehr sollte der Fokus auf den eigenen Themen liegen. Diese kommen auch in Talkshows oder in der allgemeinen Berichterstattung prozentual weniger vor als Themen rechter Akteur*innen. Linke Akteur*innen können selbstbewusst ihre Themen setzen und sind mit ihren Forderungen zum Beispiel nach einer gerechten Sozial-, Wohnungs- und Familienpolitik dem Alltag der Menschen oft deutlich näher als rechte Akteur*innen, die auf Ausgrenzung, Angst und das Schüren von Hass setzen.

Auch bei Themen, die sich rechte Parteien versuchen anzueignen, wie der Bereich der Plebiszite, gilt es, eigene Themen, aber insbesondere ein eigenes «wording» zu setzen: Linke fordern direktdemokratische Elemente, um Menschen aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen. Dabei geht es um einen Zugang für Personen und Gruppen, die nicht über die strukturellen, personellen oder finanziellen Ressourcen verfügen, Lobbying zu betreiben. Bei Plebisziten mit hetzerischen Inhalten ist es notwendig und empfehlenswert, diese zu the-

matisieren und ein breites demokratisches Bündnis aufzubauen – linke Kommunalpolitik kann eine große Unterstützung für diese Bündnisse darstellen, auch außerhalb der Gremienarbeit.

Sollten in Sitzungen rassistische oder hetzerische Reden vonseiten der rechten Fraktion gehalten werden, gibt es verschiedene Möglichkeiten zu protestieren. In der Stadtverordnetenversammlung von Oberursel (Hochtaunuskreis, Hessen), dem Gründungsort der AfD, verließen während einer Rede eines AfD-Verordneten Mitglieder aller Fraktionen den Raum, einige blieben allerdings sitzen. Im anschließenden Interview mit der Linksfraktion wurde deutlich, dass das Verlassen des Raumes eine spontane, nicht abgesprochene Aktion war. Ganz klar, jede*r muss für sich entscheiden, was zu ertragen ist, und einen persönlichen Umgang finden. Absprachen helfen, sich die eigene Position zu vergegenwärtigen und gemeinsam zu handeln. Das stärkt nicht nur den Protest, sondern auch die eigene Haltung. Mögliche Protestformen für Mandatsträger*innnen:

- Rücken zudrehen,
- gemeinsames Lesen in Unterlagen (diese dabei hochhaltend),
- aufstehen und den Saal kurzzeitig verlassen.

Es gibt in den verschiedenen Gremien unterschiedliche Maßnahmen, die bei drastischen, rassistischen Redebeiträgen ergriffen werden können. Insbesondere Vorsitzende der Gremien können unter anderem Folgendes tun:

- Forderung nach Rede zur Sache,
- aufeinander aufbauend: Verwarnungen; Rügen; Ordnungsruf; Ausschluss von der Sitzung,
- weitere Besprechungen im Ältestenrat.

In Oberursel brachte die AfD im Juni 2018 einen Antrag für einen «Zuzugsstopp für Asylsuchende und Flüchtlinge» ein und «argumentierte» unter anderem mit einer «Blutspur», die durch die Politik Angela Merkels durch Deutschland gezogen würde. Aus Sicht des – in Hessen in jeder Kommune vorgeschriebenen – Ausländerbeirats hätte es wegen rassistischer und menschenverachtender Formulierungen eine Rüge für einen AfD-Verordneten geben müssen, was unterblieb. Derselbe Verordnete hatte in der vorigen Sitzung allerdings einen Ordnungsruf des Vorstehers (CDU) kassiert, weil er aus einer nichtöffentlichen Sitzung berichtet und «wiederholt ungebührliches Verhalten anderen Kollegen gegenüber» gezeigt habe. Offenbar fällt es einigen demokratischen Mandatsträger*innen leicht, Kritik zu äußern, wenn etwas nicht regelkonform abläuft, schwer hingegen, verbale Entgleisungen als solche zu verstehen. Schon im Frühjahr 2017 hatte die AfD einen offenen Brief an den Vorsteher geschrieben, in dem gefordert wurde, den Vorsitzenden des Ausländerbeirats dafür zu rügen, dass dieser der AfD «Ausländerfeindlichkeit» vorgeworfen habe.[169]

169 Niederschriften der Stadtverordnetenversammlung vom 24.5. und 21.6.2018, des Ausländerbeirats vom 13.3.2017 und vom 6.8.2018; Gespräch mit Verordneten der LINKEN Oberursel.

HANDLUNGSANLEITUNG FÜR DEN UMGANG MIT RECHTEN AKTEUR*INNEN IN KOMMUNALEN GREMIEN

- Absprachen treffen mit anderen demokratischen Fraktionen für eine gemeinsame Strategie und einen gemeinsamen Umgang
- Geschlossenes Auftreten der demokratischen Parteien
- Klare und deutliche Positionierung gegen rassistische, menschenfeindliche und rechtspopulistische Personen, Parteien, Akteur*innen und Inhalte
- Dechiffrierung rechter Anträge durch Auflösung sprachlicher Verklausulierungen und konkrete Benennung als rassistische Hetze
- Mit guten Kenntnissen der jeweiligen Parteiprogramme und der jeweiligen Person können rechte Ideologien entlarvt und sichtbar gemacht werden.
- Schärfung der eigenen Position zu unterschiedlichen politischen Themen
- Agieren, statt nur auf Anträge und Provokationen zu reagieren
- Umsichtig abwägen und nicht auf alles eingehen
- Keinen Alltag und keine Normalisierung in die politische Auseinandersetzung einziehen lassen
- Nur eine Person im Rotationsverfahren lehnt Anträge Rechter mündlich ab (Gegenrede)
- Sollte eine zweite Stellungnahme durch eine linke Position nötig sein, ist eine zweite Rede durchaus sinnvoll. Dabei aber stets die eigenen Ressourcen und Redeanteile und auch die Absprachen mit den anderen Fraktionen bedenken.
- Gemeinsam Anträge rechter Verordneter ablehnen, wenn möglich einstimmig
- Deutlich den rechten Charakter der Anfrage in der Gegenrede thematisieren und herausstellen
- Keine (langen) Debatten zulassen
- Verschiebung von Anträgen in den jeweiligen Ausschuss, wenn damit eine öffentliche Debatte und ein breites Podium für rechte Akteur*innen verhindert werden kann
- Deutlich kommunizieren und für die Bürger*innen transparent machen, warum man wie mit rechten Akteur*innen umgeht.

INTERVIEW MIT KATJA WOLF: «ICH HABE DER NPD NOCH NIE DIE HAND GEGEBEN»

Eine wichtige Arbeit in kommunalen Gremien ist die Arbeit von Oberbürgermeister*innen und Bürgermeister*innen sowie von Stadt- und Landrät*innen. Katja Wolf (DIE LINKE) ist seit 2012 Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach in Thüringen. Im Rahmen der Recherchen führte Anika Taschke ein Interview mit ihr in Eisenach.

Katja, zu den Kommunalwahlen 2009 und 2014 ist jeweils die NPD mit mehreren Sitzen in den Stadtrat gewählt worden. Woran liegt das, deiner Meinung nach?

Die NPD spielt eine besondere Rolle in Eisenach. Sie ist durch den aktiven Kopf Patrick David Wieschke[170] vertreten und gibt sich stets als «Kümmererpartei». Insbesondere die Stellung des Fraktionsvorsitzenden ist ausschlaggebend für den Wahlerfolg der NPD in Eisenach.

Wie ist die Zusammenarbeit im Stadtrat? Gibt es Absprachen mit den anderen demokratischen Parteien im Umgang mit rechten Kräften?

Als Oberbürgermeisterin bin ich dem Gleichbehandlungs- und Neutralitätsgrundsatz verpflichtet und halte mich mit großer Akribie daran. Ich möchte nicht den Vorwürfen der NPD-Fraktion oder anderer rechter Akteure ausgesetzt sein, dass ich sie ungerecht oder negativ behandele. Trotzdem gibt es Absprachen mit den anderen demokratischen Fraktionen. Wir nutzen den «Schweriner Weg»[171] als demokratisches Mittel, der NPD keine breite Bühne zu bieten. Das bedeutet, dass wir keine Anträge in die Ausschüsse weiterleiten, sondern sie im Plenum behandeln, nur eine Person der demokratischen Fraktionen die Gegenrede hält und die Ablehnung – oft einstimmig, ohne die Stimmen der NPD – begründet.

Halten sich da alle dran?

Bei öffentlichen Abstimmungen in den meisten Fällen. Die Absprache wurde gleich nach der Wahl getroffen und bisher klappt das sehr gut. Wichtig ist für uns, dass eigene Themen der Fraktionen auf die Agenda kommen und Anträge der NPD nicht breit erläutert und kommuniziert werden. DIE LINKE lehnt selbstverständlich alle Anträge der NPD-Fraktion ab.

170 Patrick David Wieschke gehörte zum Thüringer Heimatschutz, aus dem das Kerntrio des NSU hervorgegangen ist, und war später zeitweise Bundesorganisationsleiter und drei Jahre lang Vorsitzender der NPD Thüringen. Vgl. Führungswechsel bei der Thüringer NPD: Wieschke geht, Tobias Kammler kommt, Thüringen rechtsaußen, 16.1.2015, unter: https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/2015/01/16/fuhrungswechsel-bei-der-thuringer-npd-wieschke-geht-tobias-kammler-kommt/. **171** Der «Schweriner Weg» regelt die Art und Weise des Umgangs mit rechten Akteur*innen in Parlamenten (→ Punkt 4.3.2 Schweriner Weg).

Die Besetzung der Aufsichtsräte wählen wir nach d'Hondt.[172] Darüber kann sich auch keiner beschweren – dadurch sitzt kein gewählter Abgeordneter der NPD in einem Aufsichtsrat. Andere Fraktionen haben eine Fraktionsgemeinschaft gebildet. Es gibt für die Fraktionen viele Spielräume, im Rahmen der Geschäftsordnung zu agieren und keine zu breite Öffentlichkeit für die NPD herzustellen. Die klagen natürlich gegen solches Vorgehen. Bisher aber nicht erfolgreich.

Bist du bereits Anfeindungen ausgesetzt gewesen?

Ich habe bei der Vereidigung eines NPD-Fraktionärs ihm den Handschlag verweigert.[173] Dafür wurde ich öffentlich, aber insbesondere von der NPD kritisiert. Auch dagegen haben sie geklagt. Ich begründete diese Geste damit, dass man mich nicht zwingen kann, einer rechten Person die Hand zu schütteln. Außerdem ist die Vereidigung auch ohne meinen Handschlag gültig und rechtens. Also besteht dazu auch keine Notwendigkeit. Ich habe der NPD noch nie die Hand gegeben und ich werde das auch weiterhin nicht tun. Ich werde keine Normalität herstellen, wo keine ist.

Inwiefern kommen neue Herausforderung auf dich zu, sollte 2019 die AfD in den Stadtrat einziehen?

An den Gleichbehandlungsgrundsatz werde ich mich auch weiterhin halten. Den sehen meine Fraktionskolleg*innen oft kritisch und manchmal auch zu ihrem Nachteil. Aber Gleichbehandlung bedeutet, dass Regeln für alle gelten und ich darauf achten werde und muss, dass dies auch stattfinden kann. Mit der AfD wird es schwieriger. Ich möchte keine Gleichsetzung der NPD und der AfD. Ich möchte auch in dieser Situation niemanden in die Opferrolle schlüpfen lassen. Es wird sich aber noch zeigen müssen, wie sie agieren, kommunizieren und vor allem wie beide Parteien, wenn sie im Stadtrat vertreten seien sollten, miteinander umgehen. Immerhin kämpfen sie beide um eine ähnliche Wählerschaft. Für linke Akteure gilt es, Antworten zu finde und schlagkräftig zu sein.
Ich selbst werde wieder auf der Liste für die kommenden Stadtratswahlen antreten, denn so kann ich meine neue Fraktion stärken[174] und ein wenig Einfluss auf die Kräfteverhältnisse im neuen Stadtrat nehmen.

*Wie sieht es mit der Bereitstellung kommunaler Räume für rechte Akteur*innen in Eisenach aus?*

172 Wird auch als Höchstzahlverfahren bezeichnet und beschreibt eine Methode der Sitzverteilungserrechnung. Weitere Informationen unter: www.wahlinfo.de/probewahl/sitzverteilung/. **173** Handschlag-Verweigerung gegenüber NPD-Mandatsträgern rechtlich zulässig, 25.11.2014, unter: https://haskala.de/2014/11/25/handschlag-verweigerung-gegenueber-npd-mandatstraegern-rechtlich-zulaessig/. **174** Wenn Bürgermeister*innen kandidieren, wird davon ausgegangen, dass das die Popularität der Liste erhöht – damit kann die neue Fraktion gestärkt aus der Wahl gehen. Katja Wolf ist als Oberbürgermeisterin im Stadtrat vertreten, gehört aber nicht der Linksfraktion an.

Kommunale Räume werden in Eisenach nicht an Parteien vergeben. Das trifft auch die eigenen Reihen, aber hält Rechte aus den kommunalen Räumlichkeiten ab.

Gibt es denn rechte Übergriffe in Eisenach? Und gibt es Bündnisse dagegen?

Ein tatsächlich sehr großes und eisenachspezifisches Problem scheint die Quantität von rechten Schmierereien in der Stadt zu sein. Ansonsten gibt es Angriffe auf unsere Bürgerbüros oder Autos, auch auf mich.
Es gibt eine Radikalisierung der Sprache auch im Stadtrat – Hemmschwellen sinken.
Doch es gibt auch sehr breite und bunte Bündnisse, die sich immer schnell mobilisieren und rechter Hetze ein klares «Nein!» entgegenstellen. Das stärkt mir sehr den Rücken und lässt mir auch mehr Spielraum im Handeln, wenn ich doch eine NPD-Demo genehmigen muss. Diese Bündnisse wird es auch weiterhin in den kommenden Jahren geben. Mit oder ohne NPD und AfD.

Die NPD und andere rechte Akteure, auch in anderen Kreisen und Gemeinden, stellen massenhaft Anfragen zur Unterbringung, zu Zahlen oder Krankheiten von Geflüchteten. Wie gehst du in der Verwaltung und im Stadtrat damit um?

In der Thüringer Kreis- und Gemeindeordnung gibt es den sogenannten übertragenen Wirkungskreis: Alle Anfragen, die sich auf diesen beziehen, beantworte ich nicht und lehne ich ab. Es sind Aufgaben, die nicht in den Wirkungskreis des Stadtrates fallen und somit von mir im Rahmen der Regeln abgelehnt werden können.[175] Was bei uns nicht geht, geht in anderen Stadträten. Aber ich nutze den sehr engen Rahmen aus. Da ich das konsequent betreibe, führt das auch Mal zu einem Klatscher der rechten Seite, wenn ich Anträge der eigenen Fraktion mit derselben Begründung ablehnen muss. Das führt auch hier und da zur Entfremdung mit der eigenen Fraktion. Doch mir ist es in den letzten Jahren wichtig geworden, Berechenbarkeit in meinem Handeln deutlich werden zu lassen. Das bietet Sicherheit für alle, aber aus der rechtlichen Perspektive auch für mich. Es ist wichtig, immer wieder auf die eigene Fraktion zuzugehen, Gespräche zu führen und ein paar mehr Informationen zur Verfügung zu stellen, damit klar wird, warum die Entscheidung so gefallen ist. Informationen muss ich an alle Fraktionen gleich verteilen. Dennoch kann ich unterschiedliche Fraktionen, Personen, Projekte oder Einzelpersonen zu Gesprächen einladen, um neue Strategien zu entwickeln. Da muss keine NPD dabei sein.
Ich hege keinen respektvollen Umgang mit ihnen. Ausdrücklich nicht!

175 Katja Wolf bezieht sich hier auf Paragraf 3 der Thüringischen Landes-und Gemeindeordnung, die verschiedene Aufgaben den verschiedenen Gremien zuordnet. Rechte Akteur*innen versuchen, nicht nur in Eisenach, verschiedene Themen mit Migration/Migrant*innen zu verbinden, um dies für ihre rassistische Politik zu instrumentalisieren. Diesem Vorgehen kann Katja Wolf formal die Grundlage entziehen, indem sie darauf verweist, dass es sich nicht um Aufgaben des Stadtrats handelt.

Wie schaffst du es, rechten Tendenzen ganz konkret entgegenzuwirken?

Ich kann meine eigenen Schwerpunkte festlegen und umsetzen. Ich engagiere mich für eine schnelle und konsequente Entfernung rechter Schmierereien. Außerdem unterstütze ich zivilgesellschaftliche, antirassistische Projekte und Akteure in der Stadt. Als Oberbürgermeisterin habe ich viel Spielraum, linke Projekte durchzusetzen. Viele Menschen werden das nicht als linke Politik wahrnehmen, sondern als: «Es wird etwas für mich getan. Meine Situation verbessert sich.» Das ist mir sehr wichtig. In den Wahlkämpfen klingele ich auch an jeder Tür. Haustürgespräche sind meine kleine Stärke. Die erste fällt mir schwer, aber danach muss ich mich bremsen, nicht noch nach 20 Uhr mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Von der «Tagesschau» abhalten möchte ich sie nun auch nicht.

Worin siehst du die Stärke von Kommunalpolitik?

Kommunalpolitik ist die Königsdisziplin, weil sie eben so nah dran ist an den Menschen.
Du siehst außerdem täglich, was du machst und was du geschaffen und mitgestaltet hast. Der Aufwand, Kitagebühren nach dem Einkommen zu staffeln, ist höher. Im Detail wirkt es sich aber positiv auf diejenigen aus, die sowieso kaum Geld haben. Deshalb habe ich das umgesetzt. Der Spagat zwischen Verwaltung, Parteipolitik und einer Politik für alle ist aber auch wahnsinnig anstrengend. Mir ist es ein großes Anliegen, Probleme aus verschiedenen Perspektiven anzusehen und das Ungerechtigkeitsgefühl ernst zu nehmen. Denn Ungerechtigkeit gibt es in diesem Land und ich möchte mir weiterhin die Mühe machen, hinzuhören und in die Welt der Menschen einzutauchen.

5 HALTUNG ZEIGEN – ANGEBOTE SCHAFFEN

Rechte Akteur*innen, insbesondere auf der kommunalen Ebene, stellen sich als «Kümmerer» dar. Dies ist ein sehr linker Anspruch und Gedanke. Aus diesem Grund ist und bleibt es wichtig, für die Menschen da zu sein, Probleme aufzunehmen und für alle Menschen eine solidarische und nicht-ausgrenzende Politik in der Kommune oder im Kreis zu erkämpfen. Dazu gehört es, vor Ort ansprechbar und nahbar zu sein. Gerade Kommunalpolitiker*innen haben die Chance, mit den Menschen in Kontakt zu kommen und sich mit Themen des Alltags zu beschäftigen. Der Vorwurf, dass die «etablierten Parteien» nicht mehr für die Menschen da sind, ist einer, der vor allem von rechts gebrüllt wird. Linken, demokratischen und weltoffenen Mandatsträger*innen empfehlen wir daher, weiterhin vor Ort Präsenz zu zeigen, in Gespräche zu gehen, Sprechstunden für alle Menschen anzubieten und die Räume und das «Kümmerer-Narrativ» nicht den Rechten zu überlassen.
Gelebte Solidarität und die solidarische Gesellschaft sind ein Kernanliegen progressiver Rät*innen. Solidarität ist aber etwas anderes als bloße Hilfestellung. Solidarität ist ein Begegnen auf Augenhöhe. Sie ist eine wechselseitige Beziehung – keine hierarchische und einseitige. Insofern ist das «Kümmern» von links etwas ganz anderes als das, was rechte unter Kümmern verstehen.

5.1 ANSPRECHBAR SEIN UND INFORMIEREN

Mit Hartz IV-Beratungen, Sprechstunden, Mieter*innen- oder Rechtsberatung stehen die Türen kommunaler Fraktionen und Verordneter seit Jahren offen. Im lokalen Raum ist es daher möglich und notwendig, die Präsenz (wieder) zu erhöhen und einige Angebote zu machen. Nicht in allen Kreisen oder Gemeinden ist ein regelmäßiges Angebot personell zu stemmen. Absprachen und abwechselnde Besuche mit anderen Fraktionen oder Einzelabgeordneten helfen, diese Arbeit zu initiieren oder wieder aufzunehmen. Dabei können linke Akteur*innen offene und tolerante Räume schaffen, die von rechts nicht angeboten werden. Sichere Räume und Angebote für LGBTQI, Menschen mit Behinderung, Erwerbslose, Obdachlose, Frauen sowie für Migrant*innen sind für die kommunale Arbeit vor Ort ausgesprochen wichtig.

5.1.1 Sprechstunden

Sprechstunden bieten einen privaten Raum für Probleme jeglicher Art. Für diese sensiblen, oft auch emotionalen Themen ist ein kleiner Raum vollkommen ausreichend. Wenn die Möglichkeit besteht, ist eine gewisse Büro-Infrastruktur mit einem Kopierer von Vorteil, denn dann können Unterlagen schnell und unkompliziert für die weitere Verwendung vervielfältigt werden. Sprechstunden sollten öffentlich beworben werden, um Voranmeldung sollte gebeten werden.

5.1.2 Infostände

Infostände erhöhen die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum. Die Gespräche, die hier geführt werden können, haben einen anderen Charakter, persönliche Anliegen sollten mit dem Angebot, die Sprechstunde zu besuchen, aufgenommen werden. In den Recherchen zu dieser Broschüre wurde wiederholt darauf eingegangen, dass rechte Parteien sehr präsent geworden sind. Dies kann nicht vermieden werden, sollte aber mit öffentlichen Veranstaltungen, Kinderfesten und Infoständen gekontert werden. Insbesondere Markttage oder Festlichkeiten bieten sich dafür sehr an. Auch so kann «Gesicht zeigen» gegen rechts aussehen.

5.1.3 Ämterbegleitung

Neben dem Angebot von regelmäßigen Sprechstunden und verschiedensten Beratungsmöglichkeiten, ist es auch möglich, Ämterbegleitungen anzubieten. Insbesondere bei Jobcentern, Arbeitsagenturen oder Ausländerbehörden ist es hilfreich und sehr unterstützend, wenn diejenige Person eine Begleitung, aber auch eine Zeug*in dabei hat. Im Vorfeld können Formulare gemeinsam ausgefüllt werden. Dadurch kann der Rücken für andere Probleme mit freigehalten werden und die Angst vor den Angestellten der jeweiligen Behörde sinkt.

5.1.4 Broschüren in einfacher Sprache

Anlaufstellen, wie Büros oder Geschäftsstellen, sollten für Probleme, Sorgen, kurze Gespräche und Fragen offen sein. Dafür müssen Öffnungszeiten gut sichtbar angebracht oder vielleicht online veröffentlicht werden. Informationsmaterial zu verschiedenen Themen, Veranstaltungen oder weiteren Beratungsangeboten sollte ebenfalls sichtbar ausliegen – Angebote in leichter Sprache bieten ebenfalls die Möglichkeit der Inklusion und helfen, komplexe Sachverhalte für jede Person verständlich zu machen.

5.2 VERGABE VON RÄUMEN

Angesichts der wachsenden Präsenz rechter Akteur*innen im öffentlichen Raum stellt sich die Frage nach der Vermietung von öffentlichen Räumen in Volkshochschulen, Rathäuser oder Schulen an rechte Akteur*innen mit großer Dringlichkeit. Grundsätzlich sollte der Umgang mit diesen Schwierigkeiten nicht darauf hinauslaufen, dass kommunale Räume generell zu parteifreien Räumen erklärt werden, auch wenn das mancherorts – wie in Eisenach – so gehandhabt wird. Michaele Sojka[176] nahm in ihrem Interview mit den Autor*innen dazu Stellung:

«Die Vermietung kommunaler Räume ist die Angelegenheit der Kommunen, weniger der Landkreise. Den Parteien städtische Immobilien grundsätzlich nicht mehr vermieten zu können, wie dies in verschiedenen kommunalen Satzungen (auch in Altenburg) geregelt ist, halte ich nur für eine zweitbeste und ‹Notmaßnahme›. Dies schränkt schließlich auch die Arbeit der demokratischen Parteien ein. Damit kann man erstens der Verbreitung rechter Einstellungen nicht wirklich begegnen. Und die rechten Aktivitäten werden in ländliche Räume verdrängt, wo die Vernetzung für einen wirksamen demokratischen Widerstand schwerer zu organisieren ist. Ich halte unsere demokratische Gesellschaft für stark und widerstandsfähig genug, um im öffentlichen Disput, nicht im Untergrund, miteinander und gewaltfrei um Mehrheiten zu ringen. Rassistische und fremdenfeindliche Positionen und Aktionen müssen offen entlarvt werden. Ich glaube fest daran, dass diese nicht mehrheitsfähig sind, aber das muss durch die Mehrheitsgesellschaft täglich wieder erarbeitet werden. Das klingt platt, aber einfacher ist eine echte Demokratie auf Dauer wohl nicht zu haben.»

Eine energische, gut begründete und zielgerichtete Auseinandersetzung mit den politischen Forderungen nationalistischer und rassistischer Parteien und ihre Zurückweisung sollten weiterhin im Vordergrund der Auseinandersetzung stehen. Wichtig ist, dass Politik und Verwaltung in Vermietungs- und Veranstaltungsfragen gemeinsam und einheitlich agieren. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten, die bereits von anderen Organisationen, wie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in Berlin, in verschiedenen Publikationen diskutiert wurden. Daher wird im Folgenden nur ein kurzer Überblick über Optionen gegeben:[177]

176 Michaele Sojka (DIE LINKE) war unter anderem von 2001 bis 2012 Abgeordnete im Thüringer Landtag und von 2012 bis 2018 Landrätin im Altenburger Land (Thüringen). **177** Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus: Handlungs-Räume. Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen öffentlich-rechtlicher Räume, Berlin 2009, unter: www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/09-09-01_mbr_Handlungs-Raeume_FINAL.pdf.

1. Strukturelle Einschränkungen vornehmen, durch eindeutige Nutzungsvereinbarungen

In einer solchen Vereinbarung sollten der Zweck von Veranstaltungen sowie inhaltliche Beschränkungen festgehalten werden. Dabei sollte explizit darauf hingewiesen werden, dass Veranstaltungen mit rassistischen, homophoben oder antisemitischen Inhalten untersagt sind. Auch die Anwendung der bereits mehrfach genannten Ausschlussklausel spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Eine Zugänglichkeit öffentlicher Räume ist außerdem für Mitarbeiter*innen der Bezirks- und Gemeindeämter auch bei fragwürdigen Veranstaltungen grundsätzlich sicherzustellen, um die Einhaltung der Haus- und Nutzungsordnung kontrollieren zu können.

2. Einbindung von zivilgesellschaftlichem Protest

Vor Stadthallen, Rathäusern oder Kneipen kommt es immer wieder zu Protesten von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die gegen Veranstaltungen rechter Gruppen und Akteur*innen auf die Straße gehen. Große Protestaufrufe und Mobilisierungskampagnen können zu den rechtlichen und strukturellen Einschränkungen eine abschreckende Wirkung auf die Veranstalter*innen haben. Auch Vermieter*innen werden dabei unter Druck gesetzt und insbesondere im privaten Bereich davon abgehalten, Räume erneut an Personen oder Organisationen der extremen Rechten zu vermieten.

5.3 EIGENE VERANSTALTUNGEN

Auch bei eigenen Veranstaltungen kann es durch die Anmeldung von Gegenkundgebungen durch rechte Akteur*innen zu Problemen kommen. Aus diesem Grund ist, wie bereits oben benannt, eine Ausschlussklausel vorab zu veröffentlichen und vor dem Eingang und im Veranstaltungssaal auszuhängen. Veranstaltungen wegen Anmeldungen von Gegenaktivitäten rechter Personen abzusagen, ist nicht empfehlenswert, denn damit wäre genau das erreicht, was vermutlich hinter der Anmeldung steckt: eine Einschüchterung und Verunsicherung von Veranstalter*innen. In solchen Fällen sollten lokale Recherche- und Beratungsstellen informiert und gebeten werden, wenn möglich an der Veranstaltung teilzunehmen und diese gegebenenfalls zu moderieren. Auch Schulungen zum Umgang mit Rechten können und sollten aus diesem Anlass besucht werden. Außerdem ist es in solchen Fällen empfehlenswert, auch die Polizei über die Veranstaltung und mögliche Störungen durch rechte Akteur*innen zu informieren.

Bei Diskussionen muss es klare Absprachen im Umgang mit dem Saalmikrofon geben. Personen, die eine

Frage stellen wollen, sollten dazu angehalten werden, ihren vollständigen Namen und gegebenenfalls die Organisation, für die sie sprechen, zu nennen und sich kurzzufassen.
Sollten Gäste eingeladen sein, die von rechts und/oder durch konservative Akteur*innen medial stark kritisiert werden, sind klare Positionierungen gefordert und sinnvoll. Eine Erklärung, warum diese Akteur*innen, Gäste, Organisationen für das jeweilige Thema wichtige sind, kann dabei helfen, die Gäste zu stärken und zu schützen. Ein Zurückrudern in der Einladungspolitik, der Podiumsbesetzung oder gar die Absage der Veranstaltung ist in keinem Falle ratsam. Vorrauseilender Gehorsam ist im Rahmen linker Politik nicht notwendig. Es wird in den kommenden Jahren, mit dem vermehrten Einzug rechter Akteur*innen in Gremien, aber auch in Vereinen, schwerer werden, linke Veranstaltungen ohne Druck von rechts durchzuführen. Umso wichtiger sind eine klare Haltung und geradlinige Begründungen bei Medienstatements, Pressemitteilungen oder im Social-Media-Bereich.

5.4 KOOPERATION MIT ANDEREN FRAKTIONEN

Rechte Akteur*innen kopieren nicht nur Anträge und Anfragen demokratischer Fraktionen, sondern bringen mehr und mehr auch gleichlautende Dokumente in verschiedene Gremien ein. Einige Initiativen rechter Kommunalpolitiker*innen werden außerdem von Anfragen in Landtagen und Bundestag flankiert. Andersherum werden beispielsweise Kampagnen der Bundes-AfD mit Anträgen in den Kommunen aufgegriffen. Dies zeigen die zunehmende Kooperation und Koordination rechter Politiker*innen untereinander.
Für demokratische Fraktionen in kommunalen Gremien ist auch die gemeinsame Arbeit, Vernetzung und Kooperation mit anderen Fraktionen wichtig – sei es in Form eines kommunalpolitischen Forums, einer Vernetzungsrunde der Fraktionsvorsitzenden oder in ähnlichen Formaten. Aus zeitlichen Gründen sind solche Treffen nicht in jedem Fall möglich. Doch ein enger Austausch kann nicht nur dabei helfen, einen gemeinsamen Umgang mit rechten Akteur*innen zu finden, indem zum Beispiel Anträge anderer Fraktionen übernommen werden, sondern bietet auch die Möglichkeit, sich auf rechte Anträge vorzubereiten und aus den andernorts bereits gemachten Erfahrungen zu lernen. Der Austausch vereinfacht somit den Arbeitsalltag im Umgang mit rechten, nationalistischen und völkischen Anträgen auf kommunaler Ebene und stärkt das selbstbewusste Setzen eigener Themen.

5.5 FORTBILDUNG, INFORMATION UND BERATUNG

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die rechte Szene und ihre Akteur*innen in unterschiedlichen Kreisen und Gemeinden unterschiedlich aufgestellt sind und verschieden agieren. Es ist daher empfehlenswert, Weiterbildungsangebote der mobilen Beratungsteams wahrzunehmen, aber sich auch über Publikationen oder Veranstaltungen der Stiftungen, wie zum Beispiel der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Heinrich-Böll- oder der Friedrich-Ebert-Stiftung, zu informieren. Die Fragen, aus welchem Umfeld Personen kommen, können die lokalen Antifa-Strukturen oder Archive oft beantworten. Eine regelmäßige Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen kann das Wissen über die rechte Szene, rechte Parteien und neue Kandidat*innen oder Mandatsträger*innen erweitern und somit ein selbstbewusstes Auftreten und eine Enttarnung neonazistischer Akteur*innen ermöglichen.

5.6 PROJEKTE SICHERN UND FÖRDERN

Für die Arbeit gegen rechte Akteur*innen ist es insbesondere auf der lokalen Ebene wichtig, breite Bündnisse zu bilden und mit Initiativen, die sich gegen rechts einsetzen, engen Kontakt zu halten. Denn auch für Gruppen, Bündnisse und Projekte wird die Arbeit schwerer. Immer wieder fragen rechte Fraktionen, insbesondere in den Landtagen, danach, welche Demokratie- oder gar «linksextremistischen» Projekte gefördert werden. Solche Anfragen wurden wiederholt von Landesregierungen oder auf kommunaler Ebene ausführlich beantwortet. In solchen Fällen ist es grundlegend, schnell zu reagieren und den Projekten zu versichern, dass man a) die Anfrage auf dem Schirm hat und b) sich für die Projekte und Gruppen einsetzen wird. Veranstaltungs- und Projektplanung sowie die Einstellung von Geldern im Haushalt sind daher von großer Bedeutung. Denn nur durch zivilgesellschaftliche Akteur*innen und ihre Arbeit ist eine tolerante und solidarische Gesellschaft möglich.
Insbesondere für progressive, linke Fraktionen und Wähler*innengruppen bietet sich daher ein Austausch mit Trägern und Einrichtungen im Umfeld an. Diese können im Rahmen von Kiez- oder Gemeindetouren besucht werden. Aber auch die Einrichtung von thematischen Runden Tischen kann eine Vernetzung ermöglichen. Darüber hinaus ist es eine wichtige Aufgabe vor Ort, bereits bestehende Bündnisse zu unterstützen oder neue mit aufzubauen. Victor Perli macht deutlich, was die Aufgabe von linken Mandatsträger*innen und Strukturen in der kommunalen, politischen Arbeit sein kann:

«Wir intensivieren den Austausch und beteiligen uns an breiten Bündnissen, die Gegenwehr organisieren, Minderheiten schützen und Stadtviertel, Dörfer und öffentliche Räume vor rechter Dominanz schützen oder zurückerobern wollen.»[178] Doch auch in den Gremien selbst ist es wichtig, Projekte, zum Beispiel durch Projektmittel, zu fördern: «[Hier können] wir sie unterstützen, Veranstaltungen und interkulturelle Festivals anregen und dabei helfen, Räume für eine antirassistische Jugend- und Subkultur zu fördern»[179] Selbst kleinere Fraktionen oder Einzelabgeordnete vor Ort können auf verschiedenste Art und Weise Projekte, die unter rechtem Beschuss stehen, unterstützen. Dazu kann es zum Beispiel auch gehören, die mediale Öffentlichkeit, die vor Ort da ist, zu nutzen, um Trägern oder Projekten, die sich für die Verbesserung der Lebenssituation vor Ort einsetzen, Gehör zu verschaffen.

178 Krellmann, Jutta/Perli, Victor: Klare Kante gegen den Neoliberalismus und die AfD – Thesen zum Umgang mit den Rechtspopulisten in den Kommunalparlamenten und Einladung zur Debatte, unter: www.rosalux.de/fileadmin/ls_ni/dokumente/Flyer/AfD-Strategie-kommunal-JK-VP.pdf. **179** Ebd.

ANHANG

KONTAKTE

Rosa-Luxemburg-Stiftung
www.rosalux.de

RLS-Landesstiftungen und Regionalbüros in den Bundesländern
www.rosalux.de/stiftung/bundesweite-arbeit/

Linke Kommunalpolitische Vereinigungen in den einzelnen Bundesländern

Baden-Württemberg
www.kompofo.de/

Berlin
www.kommunalpolitik-berlin.de

Brandenburg
www.kf-land-brandenburg.de/

Hessen
www.kommunelinks.de/

Mecklenburg-Vorpommern
www.kf-mv.de/

Niedersachsen
www.lkfn.de/

Nordrhein-Westfalen
www.kopofo-nrw.de/

Sachsen
www.kommunalforum-sachsen.de/

Sachsen-Anhalt
www.kf-st.de/

Thüringen
https://thueringengestalter.de/

DIE LINKE – Themenfeld Kommunalpolitik (inklusive Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften)
www.die-linke.de/themen/kommunalpolitik/

BERATUNGSSTELLEN

Bundesverband Mobile Beratung e.V. – Mobile Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus in allen Bundesländern
www.bundesverband-mobile-beratung.de

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.
www.verband-brg.de

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)
www.report-antisemitism.de

Aufklärung und Beratung zu geschlechtlicher und sexueller Gewalt
www.abqueer.de

ARCHIVE

**A.I.D.A.
antifaschistische information-dokumentations- und archivstelle münchen e. V.**
www.aida-archiv.de

**apabiz
antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e. V.**
www.apabiz.de

WEITERE INFORMATIONEN UND HINTERGRUNDRECHERCHEN

Rechtes Land – Atlas zur extremen Rechten
www.rechtesland.de
https://blog.rechtesland.de/

Magazin der rechte rand
www.der-rechte-rand.de

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)
www.antifainfoblatt.de

LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen
www.lotta-magazin.de

Das Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von Neonazis und extrem Rechten
www.dasversteckspiel.de

VERWENDETE LITERATUR

apabiz e.V.: magazine #1 – Rechte Printmedien und die AfD, Berlin 2018.

AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V: (R)echte Hilfe? Soziale Arbeit und Rechtsextremismus, Magdeburg 2012.

Katharina Beier/Bogitzky, Jenny/Buchstein, Hubertus/Feike, Katharina/Fischer, Benjamin/Freyber, Pierre/Strüwing, Mattias/Wiedemann, Tim: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns, Greifswald 2006.

Bundesverband Mobile Beratung e.V., Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und Kulturbüro Sachsen e.V.: Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück. Empfehlungen zum Umgang mit rechspopulisitischen Parteien in Parlamenten und Kommunen.», 2017.

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Wiegel, Gerd: Rechtspopulisten im Parlament – Polemik, Agitation und Propaganda der AfD, Frankfurt am Main 2018.

Büttner, Frauke/Eltze, Wiebke/Gutsche, Lisa/Lang, Juliane: Haltung zeigen. Gesprächsstrategien gegen rechts, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2017.

Caballero, Luis/Diehl, Stefan: Die NPD in den rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten, Mainz 2014.

Candeias, Mario (Hrsg.): Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung, Bestimmungsansätze, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 24, Berlin 2018, unter: www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung/.

Gießelmann, Bente/Heun, Robin/Kerst, Benjamin/Suermann, Lenard/Virchow, Fabian (Hrsg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Schwalbach,Ts. 2016.

Hafeneger, Benno: Politik der «extremen Rechten» – eine empirische Untersuchung am Beispiel der hessischen Kommunalparlamente, Schwalbach,Ts. 1995.

Hafeneger, Benno/Jestädt, Hannah/Klose, Lisa-Marie/Lewek, Philine: AfD in Parlamenten – Themen, Strategien, Akteure, Frankfurt am Main 2018.

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen: Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens, Dresden 2016.

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen: «Linksgrün-versifft?». Handreichung zum Umgang mit rechtspopulisitischen Parteien und Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene, Dresden 2018.

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen: Nazis in Parlamenten. Eine Bestandsaufnahme und kritische Analyse aus Thüringen, Erfurt 2011.

Krellmann, Jutta/Perli, Victor: Klare Kante gegen Neoliberalismus und die AfD – Thesen zum Umgang mit den Rechtspopulisten in den Kommunalparlamenten und Einladung zu einer Debatte, 2016, unter: www.rosalux.de/publikation/id/9175/klare-kante-gegen-den-neoliberalismus-und-die-afd/.**Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen:** «Ich bin die Strafe …» – Rechtspopulismus der «Pro-Bewegung» am Beispiel ihres Antragsverhaltens im Kölner Stadtrat, Köln 2010.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts, Berlin 2018.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Handlungs-Räume. Kommunale Handlungsstrategien im Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen öffentlich-rechtlicher Räume, Berlin 2009.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Wachsam sein! – Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen, Berlin 2017.

Obszerninks, Britta/Schmidt, Matthias: Die Parlamentsarbeit der DVU in den Hamburger Bezirken, Hamburg 2001.

Parteivorstand DIE LINKE: Zum Umgang der Partei DIE LINKE mit der Rechtspartei AfD, Beschluss vom 20.2.2016, Beschluss 2016,034.

Rosa-Luxemburg-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung: «Gender raus». Zwölf Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik, Berlin 2017.

Sauer, Dieter/Stöger, Ursula/ Bischoff, Joachim/Detje, Richard/ Müller, Bernhard: Rechtspopulismus und Gewerkschaften, Hamburg 2018.

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V.: Im Fokus von Neonazis – Rechte Einschüchterungsversuche. Ein Ratgeber für Betroffene und Unterstützer*innen, Berlin 2017.

Verein für demokratische kultur in berlin – initiative für urbane demokratieentwicklung e. V.: Handlungsempfehlungen für Demokrat/innen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien, Berlin November 2010, unter: www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2014/07/Handlungsempfehlungen_download.pdf.

Verein für demokratische kultur in berlin – initiative für urbane demokratieentwicklung e.V.: «In der BVV kann der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht gewonnen werden, muss dort aber dennoch geführt werden.», Berlin 2009.

Tilo Giesbers ist freier Journalist und beschäftigt sich seit den 1990er Jahren mit der extremen Rechten und Gegenstrategien. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören insbesondere extrem rechte Wahlantritte.

Anika Taschke ist Politikwissenschaftlerin. Sie gibt Seminare zu den Themen extreme Rechte, Parlamentarismus, Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik. Außerdem arbeitet sie im Umfeld der Partei DIE LINKE.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: Februar 2019
Redaktion: Friedrich Burschel und Katharina Weise
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Das apabiz ist das umfangreichste öffentlich zugängliche Facharchiv zur extremen Rechten nach 1945. Unsere Sammlung beinhaltet neben Büchern und Zeitschriften auch eine Vielzahl von Flugblättern, Katalogen, Fanzines, Aufklebern sowie Bild- und Tondokumenten von rechten Akteuren und Strukturen aus dem In- und Ausland. **Wir freuen uns über Printprodukte (extrem) rechter Parteien.**

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin | geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

0 30 . 6 11 62 49 mail@apabiz.de www.apabiz.de

WWW.ROSALUX.DE